19. DGB-Bundeskongress
3. Tag – Dienstag, 18. Mai 2010

(Beginn des 3. Kongresstages: 9.02 Uhr)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Ihr hattet gestern auf den Abenden Eurer Einzelgewerkschaften Gelegenheit, wieder Kraft zu tanken für den heutigen sicherlich anstrengenden Tag. Ich habe Euch versprochen: Wir fangen wieder mit etwas Schönem an, mit Gratulationen zu Geburtstagen.

Heute haben zwei Kollegen und eine Kollegin Geburtstag. Wir gratulieren von hier aus ganz herzlich dem Kollegen Dieter Burdorf. (Beifall) – Genauso herzlich gratulieren wir dem Kollegen Franz-Josef Möllenberg. (Beifall) – Einen ganz herzlichen Glückwunsch und viele liebe Grüße an Gabriele Welsch. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, ein paar Formalien vorab: Ihr habt gestern ja schon festgestellt, dass sich die Papierberge auf Euren Plätzen erhöhen. Ich hoffe, Ihr habt die Abänderungs- und Initiativanträge noch auf Euren Tischen liegen. Es wäre wichtig, dass Ihr sie Im Laufe des Tages entsprechend den Anträgen, zu denen sie gehören und bei denen sie mitberaten werden, in Euer Antragsbuch einordnet. Vielleicht ein Hinweis für den 20. Kongress: Ich fände es toll, wenn uns die Anträge nicht in Form eines gebundenen Buches übermittelt würden, sondern als einzelne Blätter in einem Ordner. Dann könnte man alles neu sortieren. (Beifall)

Damit es Euch leichter fällt, die Abänderungsanträge zuzuordnen, habt Ihr heute Morgen auf Euren Plätzen einen rosafarbenen Zettel gefunden, auf dem steht, welcher Antrag wozu beraten wird. Ihr habt außerdem weiße Zettel bekommen mit der Bitte, den Initiativantrag I 001 und den Abänderungsantrag Ä 002 noch einmal auszutauschen. Da hat es noch Änderungen gegeben.

Weiterhin – das ist jetzt für die konkrete Beratung ganz wichtig – möchte ich Euch fragen: Habt Ihr alle noch die Aufrufliste zu den Blöcken S und K? Die Liste ist auch gestern verteilt worden. Gibt es irgendwelche Bereiche, in denen die Liste gestern nicht angekommen ist? Diese Liste brauchen wir heute Morgen zwingend für unsere Beratungen. – Super!

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 9 „Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der DGB-Satzung" auf. Bevor wir in die Beratung einsteigen, möchte ich noch einmal das Wort an die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission geben, um uns mitzuteilen, wie viel stimmberechtigte Delegierte wir zurzeit haben – ich glaube, es hat sich noch eine Änderung ergeben –, damit wir wissen, wo die Zahl für die Zweidrittelmehrheit liegt, wenn wir nachher zu den Abstimmungen kommen. Hierzu gebe ich dem Kollegen Hugo Müller das Wort.

Hugo Müller, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der gestrige Tag hat offensichtlich Lust auf mehr gemacht. Seit der letzten Mandatsbestätigung sind nämlich zwei weitere Delegierte eingetroffen. Wir haben diese Mandate geprüft. Alle Mandate sind gemäß der Geschäfts- und Wahlordnung gültig. Es nehmen daher zurzeit 399 Delegierte ihr Mandat wahr. (Leichter Beifall) Wir bitten den Kongress, auch den neu eingetroffenen Delegierten die Stimmberechtigung zu erteilen. – Danke schön.

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Hugo. – Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt gehört, es sind noch weitere Delegierte dazu gekommen. Wir werden jetzt noch einmal über die Gültigkeit der Mandate abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Klasse! 399 lässt sich auch viel besser dritteln.

Wir haben schon seit Sonntag sehr konstruktiv miteinander gearbeitet. Wir haben unter Tagesordnungspunkt 4 zurückgeblickt auf das politische Umfeld, unter dem wir gekämpft und gearbeitet haben. Wir haben unter Tagesordnungspunkt 7 das Team wiedergewählt, das den DGB unter Leitung von Michael Sommer in den nächsten vier Jahren führt. Wir haben es schon gut beim DGB. Egal, wie das Wetter draußen ist, wir können sicher sein: Wir haben vier Jahre Sommer vor uns. (Heiterkeit – leichter Beifall) Aber Spaß beiseite.

Unter Tagesordnungspunkt 8 haben Michael Sommer und viele Diskutanten auch die schwierigen Bedingungen beschrieben, unter denen wir in den nächsten vier Jahren unsere Arbeit machen müssen. Aber Michael und auch all die anderen Diskussionsredner haben recht. Wir Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen haben die Kraft, auch etwas zu ändern. Und warum? Weil wir etwas haben, was unsere politischen Gegner nicht haben. Wir haben den Mut, dafür zu kämpfen, dass Menschen Arbeit haben, von der sie auch leben können, dass unsere Kinder Chancen haben und dass Menschen, wenn sie älter werden, dies auch in Würde tun können. Wir können uns noch eine gerechtere Welt vorstellen. Du hast recht, Michael, wir haben noch Visionen, und ich bin stolz darauf. (Beifall)

Wir kommen nun zur Beratung der Anträge, die uns den notwendigen Rahmen für unsere Arbeit für die nächsten Jahre geben. Unter dem Tagesordnungspunkt 9 befassen wir uns mit der Beratung und Beschlussfassung zu den Satzungsanträgen. Es gibt allerdings unter dem Block K organisationspolitische Anträge, die auch einen Satzungsbezug haben. Wir möchten gerne, dass alle diese Anträge wirklich als eine Einheit diskutiert werden und dass die Chance besteht, sich darüber ausführlich auszutauschen. Deswegen schlagen wir vor, dass wir unter dem Tagesordnungspunkt 9 nicht nur die Satzungsanträge, die Ihr im Block S findet, sondern auch die Anträge, die Ihr im Block K findet, gemeinsam diskutieren.

Zu dem Abstimmungsmodus, der unter anderem auch aus dieser erwähnten Aufrufliste hervorgeht, die Euch vorliegt, werden wir später noch einmal ganz konkrete Hinweise geben. Um Euch erst einmal einen Überblick allgemeiner Art über das Thema Anträge und Antragsberatung zu geben, möchte ich Wolfgang Rhode das Wort geben. Er wird dazu ein paar Worte sagen.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr habt am Sonntag die elf Mitglieder der Antragsberatungskommission bestätigt. Alle Einzelgewerkschaften sind in unserer Kommission vertreten. Die Antragsberatungskommission hat mich zu ihrem Sprecher gewählt. Für das Vertrauen bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich, dass Andrea Kocsis von ver.di und Dietmar Schäfers von der IG BAU meine Stellvertreter sind.

Wir arbeiten in einer sehr guten Atmosphäre zusammen. Alle, gerade auch kontroverse Diskussionen waren vom Willen zur Einigung getragen. Wir freuen uns jetzt auf die Beratungen der nächsten Tage mit Euch, Kolleginnen und Kollegen.

Wichtig ist mir noch der Hinweis, dass wir fast alle Empfehlungen einstimmig gefasst haben. Wir werden in der Antragsberatungskommission, wie Ihr das vielleicht gewohnt seid, arbeitsteilig arbeiten. Wir werden zu den Antragsblöcken Einleitungen geben und wir werden die Empfehlungen erläutern. Wir versuchen, uns dabei so kurz wie möglich und so präzise wie nötig zu fassen. Ich denke, das ist in Eurem Sinne.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, will ich zunächst noch ein paar Hinweise zur Antragsberatung geben, um unsere gemeinsame Arbeit zu erleichtern. Zur Erinnerung: Antragsberechtigt an den Kongress sind nach der DGB-Satzung die Vorstände der Gewerkschaften, der DGB-Bundesvorstand, die DGB-Bezirksvorstände, der Bundesfrauenausschuss und der Bundesjugendausschuss. Sie haben insgesamt 152 Anträge an den 19. ordentlichen Bundeskongress eingereicht, davon drei Satzungsanträge.

Diese Anträge haben wir in 18 Bereiche zusammengefasst. Das reicht vom Antragsbereich A mit dem Titel „Wege aus der Krise" bis zum Antragsbereich R „Medien- und Kulturpolitik". Wir haben also so einiges noch an Wegstrecke vor uns. Aber ich glaube, dass sich unsere Arbeit lohnen wird, denn wir werden über klare Positionierungen zum Thema Krise genauso diskutieren wie über zentrale Fragen der Sozial- und Bildungspolitik.

Jetzt wissen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass in unseren Gewerkschaften jeweils unterschiedliche Regeln für die Antragsberatung und die Empfehlungen herrschen. Es ist deswegen an dieser Stelle besonders wichtig, dass wir uns verständigen und verstehen, welche Empfehlungen hier für den Kongress gelten. Wir haben uns in der Antragsberatungskommission auf folgende Empfehlungen verständigt:

Die erste Empfehlung lautet „Nichtbefassung".
Die zweite lautet „erledigt bei Annahme von Antrag XYZ".
Die dritte Empfehlung heißt „Ablehnung".
Die vierte Empfehlung lautet „Annahme". Diese hat dann verschiedene Ausprägungen.

Dazu kurz ein paar Erläuterungen. Kann über einen Antrag nicht abgestimmt werden, wird „Nichtbefassung" empfohlen. Im Antragsbuch werdet Ihr gesehen haben, dass wir von dieser Empfehlung äußerst selten Gebrauch gemacht haben. Wir emp-

fehlen Nichtbefassung, wenn zum Beispiel der DGB-Bundeskongress nicht zuständig ist, der Antrag fehlerhaft formuliert ist oder das im Antrag angesprochene Ereignis bereits überholt ist. Der Antrag ist dann weder angenommen noch abgelehnt, wenn Ihr der Empfehlung der Antragsberatungskommission auf Nichtbefassung folgt.

Weiter: Liegen wort- oder sinngleiche Anträge vor oder ist über das Antragsbegehren eines Antrags mit Beschluss eines anderen Antrags entschieden, lautet die Empfehlung: „erledigt bei Annahme von Antrag XYZ". Sollen Anträge durch die Annahme eines Antrags erledigt sein – das ist wichtig –, werden die angesprochenen Anträge gemeinsam zur Beratung aufgerufen. Die Empfehlung „Ablehnung" ist eindeutig, die brauche ich nicht zu erläutern.

Die Empfehlung „Annahme" hat, wie gesagt, mehrere Ausprägungen. „Annahme in geänderter Fassung" empfehlen wir, wenn aus sachlichen Gründen eine Änderung oder Ergänzung des eingereichten Textes notwendig war oder wenn ein Abänderungsantrag angenommen wurde.

Die Empfehlung „Material zum Antrag" haben wir gewählt, wenn der Antrag überwiegend oder im weitesten Sinne mit dem Antragsinhalt übereinstimmt, dem er zugeordnet ist. Der im zugeordneten Antrag genannte Adressat ist dann verpflichtet, die im Material genannten Aussagen zu berücksichtigen, soweit sie dem Antragsbegehren in dem zugeordneten Antrag nicht widersprechen.

„Annahme als Material" an ein Gremium, zum Beispiel den Bundesvorstand, ist ein Überweisungsbeschluss. Es bedeutet, dass für dieses Antragsbegehren eine Lösung gefunden werden muss, oder, auch das ist eine Möglichkeit, es müssen die Details dieses Antrags erst noch genauer geprüft werden. Der Antrag wird also dann an die in ihm genannten Adressaten – in der Regel ist das der DGB-Bundesvorstand – überwiesen.

Ich hoffe, damit sind die Grundlagen für unsere Beratungen klar und deutlich beschrieben. Und nun zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es hat ja schon einige Hinweise zu den Abstimmungen gegeben. Daher möchte ich mich kurz hier nur auf zwei beschränken.

Erstens. Für eine Änderung der Satzung ist eine Zweidrittelmehrheit der Stimmberechtigten des Kongresses nötig. Zweitens. Für alle anderen Anträge genügt in der Abstimmung jeweils die einfache Mehrheit. Ihr habt es ja schon gehört, es werden Enthaltungen und ungültige Stimmen nicht mitgezählt. Das bedeutet: Bei Anträgen könnt ihr „nur" mit Ja oder Nein stimmen, wenn Eure Stimme denn Gewicht haben soll.

Auf Antrag von Delegierten kann natürlich auch geheim abgestimmt werden, aber unsere Bitte ist, macht davon nur äußerst selten Gebrauch.

So weit meine Einführungen, Kolleginnen und Kollegen. Ich gebe das Wort an Karola zurück. (Vereinzelt Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Schönen Dank, Wolfgang. Ich habe gesehen, Ihr habt auch die Zeit genutzt, um Eure Unterlagen auf den Tischen zu organisieren. Das heißt, wir können jetzt auch starten. Ihr habt eben gehört, Wolfgang hat darauf hingewiesen, dass die Antragsberatungskommission sich die Blöcke aufgeteilt hat. Zuständig für den Block Satzung ist Kollege Dietmar Schäfers. Dietmar wird dazu jetzt auch noch einige einführende Worte sagen.

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission
Danke schön, Karola. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Karola schon ausgeführt hat, beginnen wir jetzt bei der Antragsberatung auf diesem Kongress mit dem Themenbereich „neue Satzung". Ihr findet das in dem Antragsbuch in zwei Blöcken, nämlich unter dem Buchstaben S und unter dem Buchstaben K. Das wollen wir jetzt mal gemeinsam durchgehen. Das ist vielleicht ein bisschen umständlich, denn da ist eine ganze Menge Blättern jetzt gefragt. Aber gemeinsam werden wir das sicherlich auch gut hinbekommen.

Wir haben insgesamt an dieser Stelle drei Satzungsanträge und elf organisationspolitische Anträge, die einen Satzungsbezug haben, zu beraten. Die Satzungsanträge umfassen einmal den Antrag S 001, das ist die Neufassung der DGB-Satzung, die der DGB-Bundesvorstand eingebracht hat. Dann sind das die Anträge S 002, das ist der Antrag zu dem Entwurf einer neuen DGB-Satzung des DGB-Bundesfrauenausschusses, und der Satzungsantrag S 003 der DGB-Jugend, der Antrag des DGB-Bundesjugendausschusses.

Wir schlagen Euch vor, dass wir die Anträge aus Block S sowie die Anträge K 001 bis K 011 dann auch gemeinsam diskutieren, denn alles andere macht nach unserer Überzeugung gar keinen Sinn. Um Euch die Übersicht zu erleichtern, haben wir Euch die Aufrufliste auslegen lassen. In der Aufrufliste seht Ihr also dann auch, in welcher Reihenfolge die Anträge aufgerufen werden. Ihr habt auch jeweils die aktuelle Empfehlung der Antragsberatungskommission dort eingefügt.

Ich werde im Einzelnen die Empfehlungen der Antragsberatungskommission zu den Anträgen in den Blöcken S und K erläutern und auch das Abstimmungsprozedere erklären, wobei ich noch einmal deutlich machen will, so wie Wolfgang das ja auch schon gesagt hat: Für die Annahme von Satzungsanträgen ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Ich komme nun zu den Empfehlungen der Antragsberatungskommission im Einzelnen. Ich werde zu allen in diesen Bereichen S und K aufgeführten Anträgen jetzt die Empfehlungen der Antragsberatungskommission erläutern.

Ich fange an mit dem Antrag S 001 „Neufassung der DGB-Satzung". Ich muss Euch nicht das ganze Paket näher vorstellen; denn der Satzungsentwurf ist in den vergangenen Monaten eingehend in allen Gewerkschaften und auf allen Ebenen diskutiert worden, Kolleginnen und Kollegen. Wenn Ihr der Empfehlung der Antragsberatungskommission auf Annahme von S 001 folgt, erledigen sich die Anträge S 003, K 002 bis K 008 und der Antrag K 010. Die Anträge S 002, K 001, K 009 und K 011 werden danach dann jeweils einzeln abgestimmt.

Ich komme nun zum Antrag S 003 der DGB-Jugend. Der Antrag S 003 des DGB-Bundesjugendausschusses will die DGB-Jugend als DGB-Jugendorganisation mit einem eigenen Paragrafen in der DGB-Satzung verankern. In acht Ziffern sollen Status und Rechte der DGB-Jugend, ihr Aufbau, die Grundstruktur ihrer Gremien, die Mitgliedschaft in der DGB-Jugend sowie die Stimmrechte der DGB-Jugendausschüsse in DGB-Vorständen und Konferenzen geregelt werden. Wie ich schon ausgeführt habe, ist der Antrag S 003 erledigt bei Annahme des Satzungsantrags S 001.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in direkter Verbindung zu dem Satzungsantrag stehen die Anträge K 002 bis K 008 und K 010: Diese K-Anträge sind keine Satzungsanträge, sondern nehmen Bezug auf die Satzung. Zu den Inhalten dieser Anträge möchte ich Euch Folgendes sagen:

Der Kern des Antragsbegehrens von K 002 – das ist der Antrag vom Bezirksvorstand Bayern – lehnt wesentliche Teile des Bundesvorstandsantrages S 001 auf Neufassung der DGB-Satzung ab. Die Antragsbegehren der Anträge K 003 bis K 008 und K 010 betreffen die Vertretung von Frauen beziehungsweise der Jugend mit Stimmrecht in den Vorständen sowie die Arbeit der DGB-Ortsverbände. Diese Punkte sind in der Neufassung der Satzung im Antrag S 001 auch berücksichtigt. Die Antragsberatungskommission empfiehlt zu den Anträgen K 002 bis K 008 und K 010: erledigt bei Annahme des Satzungsantrages S 001.

Wenn wir diesen Block beraten und abgestimmt haben, dann haben wir noch über die Anträge S 002, K 001, K 009 und K 011 zu entscheiden. Der Antrag S 002 – das ist der Antrag des DGB-Bundesfrauenausschusses zum Entwurf einer neuen Satzung – will in die vorgeschlagene neue Satzung diverse Änderungen einarbeiten. Dazu gehören die Festschreibung der Frauenförderung auch innerhalb des DGB, die Festlegung der Selbstbestimmung über die Entscheidungsstrukturen der DGB-Frauen sowie die Einführung einer Vorschlagsquote für diverse Wahlämter. Des Weiteren wird eine Vorschlagsquote für die Bezirks- und Regionsvorsitzenden sowie deren Stellvertreter und Stellvertreterinnen gefordert. Die Frauen müssten hier unter den Bewerbern und Bewerberinnen auf je beide Ämter mindestens entsprechend ihrem Anteil in der Mitgliedschaft repräsentiert sein.

Dieses Regularium würde der Idee des DGB als Bund der Gewerkschaften aus unserer Sicht zuwiderlaufen, weil der DGB das Entsenderecht der Gewerkschaften stark einschränken würde und eventuell Benennungen zurückweisen müsste. Die Antragsberatungskommission empfiehlt zum Antrag S 002 Annahme als Material an den Bundesvorstand, damit der DGB-Bundesvorstand diesen Komplex noch einmal beraten kann.

Ich komme nun zu den Begleitanträgen zur Satzung. Im Antrag K 001, dem Begleitantrag, den der Bundesvorstand im Februar 2010 einstimmig beschlossen hat, werden die Grundprinzipien der DGB-Strukturreform beschrieben. Auch hier ist mir der Hinweis wichtig, dass der DGB-Bundesvorstand und seine Einzelgewerkschaften sich bis zur Schlussabstimmung um einen tragfähigen Kompromiss bemüht und diesen auch gefunden haben.

Worum geht es noch? Im Antrag werden die Konsequenzen der Strukturreform für die Satzungsebenen Kreis- und Stadtverbände, Bezirke einschließlich Regionsgeschäftsstellen und Landesvertretungen sowie die Bundesebene aufgrund der neuen Satzungsbestimmungen näher erläutert. Ebenso wird die Arbeit für die Personengruppen Frauen und Jugendliche ausführlich

beschrieben. In Zeile 115 des Antrags K 001 gibt es eine Ergänzung zur Verwirklichung der Geschlechterdemokratie. Es heißt dann: „Gemäß dem Anspruch der Verwirklichung der Geschlechterdemokratie und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern ist bei allen Wahlmandaten von Organen der DGB-Satzung einschließlich der Regionsgeschäftsführerinnen und Regionsgeschäftsführer darauf hinzuwirken, dass diese auf der jeweiligen Wahlebene dem Anteil aller weiblichen Gewerkschaftsmitglieder entsprechen."

Die Antragsberatungskommission empfiehlt zum Antrag K 001 Annahme in geänderter Fassung, so wie sie auf der Seite 415 des Antragsbuches ausgewiesen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Antrag K 009, über den wir dann einzeln abstimmen, geht es um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in den DGB-Gremien und externen Gremien, Delegationen, Beiräten, für die der DGB eine Benennungskompetenz hat. Gefordert wird ein Bericht, der jährlich erstellt und veröffentlicht werden soll. Dieser soll die Verteilung der Sitze in den verschiedenen DGB-Gremien sowie in den Wahlämtern nach Geschlechtern getrennt benennen.

Die Empfehlung für diesen Teil des Antrages lautet: Annahme in geänderter Fassung mit der Änderung der Zeilen 1 bis 5. Es heißt dann: „Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, dem Bundesausschuss regelmäßig einen Gleichstellungsbericht vorzulegen." Für die Zeilen 6 bis 48 des Antrages K 009 lautet die Empfehlung: Annahme als Material an den Bundesvorstand.

Ich komme jetzt zu dem Antrag K 011 „Förderung der gewerkschaftlichen Frauenarbeit" des DGB-Bezirksvorstands Baden-Württemberg. Er fordert die stärkere Förderung der gewerkschaftlichen Frauenarbeit und speziell die Bereitstellung von finanziellen und personellen Ressourcen. Die Antragsberatungskommission empfiehlt zum Antrag K 011 Annahme als Material an den Bundesvorstand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme damit auch schon fast zum Schluss. Wir alle kennen sehr genau sowohl den Verlauf als auch die vielen Diskussionen, die es um den Satzungsentwurf und die Anträge S 001 bis S 003 gegeben hat. Das, was jetzt in den Antragsbüchern ist, halten wir für einen guten Kompromiss. Alle zur Annahme vorgeschlagenen Anträge sollen dem DGB helfen, seine Aufgaben, seine Mandate, seine politischen Aufgaben noch besser wahrzunehmen.

Ich möchte zum Schluss zusammenfassen: Zu den Anträgen aus dem Block F und K lauten die Empfehlungen der Antragsberatungskommission folgendermaßen: Annahme des Antrags S 001; dadurch sind der Antrag S 003, die Anträge K 002 bis K 008 sowie der Antrag K 010 erledigt. Für den Antrag S 002 empfehlen wir die Annahme als Material an den Bundesvorstand. Für K 001 empfehlen wir Annahme in der geänderten Fassung. Für K 009 empfehlen wir Annahme in der geänderten Fassung und für die Zeilen 6 bis 48 Annahme als Material an den Bundesvorstand. Für K 011 empfehlen wir Annahme als Material an den Bundesvorstand.

Die Beratung kann beginnen. Ich bedanke mich bei Euch für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Dietmar, für Deine Erklärung zu den Empfehlungen der Antragsberatungskommission. – Ich rufe hiermit die Anträge S 001 bis S 003 und K 001 bis K 011 zur Beratung auf. Damit ist die Debatte über diese Anträge eröffnet. Ihr findet diese Anträge auch auf Eurer Antragsliste.

Ihr könnt dazu jetzt die Wortmeldezettel abgeben. Wir werden folgendermaßen verfahren: Als Nächstes werden die Antragsteller zu den Anträgen die Gelegenheit bekommen, ihre Anträge zu begründen. Deshalb bitte ich auch darum, dass Ihr, wenn Ihr Eure Wortmeldezettel abgebt, deutlich macht, dass Ihr als Antragsteller zu einem Antrag sprechen möchtet. Wenn die Antragsteller ihre Anträge begründet haben, soweit sie es möchten, werden die weiteren Diskutanten in der Reihenfolge, wie die Wortmeldungen bei uns eingegangen sind, das Wort erhalten.

Als Erster spricht für die Antragsteller der Kollege Michael Sommer zum Antrag S 001. – Michael, Du hast das Wort.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Liebe Delegierte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir heute diskutieren und abstimmen wollen, stellt die Weichen für die Zukunft des DGB, denn unsere Satzung ist die Grundordnung unserer gemeinsamen Einrichtung. Zusammen mit dem Grundsatzprogramm stellt sie das Fundament der Zusammenarbeit der Gewerkschaften im Dachverband dar.

Wie entscheidend dieses Fundament für unser Selbstverständnis, aber auch unsere tägliche Arbeit ist, hat die lange und intensive Debatte gezeigt, die wir hinter uns haben, bis hinein in die Beratung der Delegierten auf diesem Kongress. Diese De-

batte hat uns alle nicht nur gezwungen, uns mit den Grenzen eines Dachverbands auseinanderzusetzen, sie hat uns auch aufs Neue vor Augen geführt, welche Chancen sich dadurch eröffnen, dass wir die Idee unserer Gründungsväter und -mütter Tag für Tag mit Leben erfüllen. „Gemeinsam sind wir stark" ist keine Phrase, das ist gelebte Solidarität. Wenn ich das sagen darf: Die Debatte am gestrigen Nachmittag hat stark bewiesen, wie sehr wir eine einheitliche, gemeinsame Gewerkschaftsbewegung brauchen und wie vielfältig, aber auch wie geschlossen sie sich auf der anderen Seite darstellen kann und darstellen muss.

Dass diese deutsche Gewerkschaftsbewegung eine gemeinsame Stimme und einen gemeinsamen Dachverband braucht, der die Interessen bündelt und machtvoll zur Geltung bringt, ist uns, glaube ich, allen klar. Wir wissen auch, dass die gemeinsame Arbeit zuweilen auch mit Reibereien verbunden ist. Das ist logisch. Ihr alle wisst, wovon ich spreche. Übrigens ist es in Ordnung, dass es auch Debatten zwischen uns gibt, auch für die Klärung von Streitigkeiten. Auch dafür gibt es den DGB. Das ist gestern angesprochen worden.

Solidarität bedeutet nicht, Differenzen unter den Teppich zu kehren, sondern sie sachlich auszutragen und einen Weg zu suchen, der von möglichst allen gegangen werden kann. Diesem Prozess einen verlässlichen organisatorischen Rahmen zu geben und den Dachverband in seiner dienenden Funktion für die Gewerkschaften aufzustellen, das ist letztendlich die Aufgabe einer Satzung.

Kolleginnen und Kollegen, ich möchte darauf hinweisen: In den vergangenen Jahrzehnten hat es immer wieder Anpassungen und Veränderungen unserer Satzung gegeben. In ihren Strukturen ist sie jedoch seit ihrer Neufassung im Jahre 1971 im Prinzip die gleiche geblieben. Fast 40 Jahre also hatte unsere Grundordnung Bestand. Das zeigt schon, dass die Satzung einer Organisation Stabilität gibt, die man braucht, um gemeinsam arbeiten zu können.

Allerdings gibt es auch immer wieder in einigem Abstand Fortentwicklungen. So ist es mit vielen grundlegenden Verfassungen, die wir in einer Gesellschaft haben, also auch mit der Satzung des DGB, aber auch seiner Gewerkschaften. Eine Satzung will deshalb behutsam behandelt werden. Nur eine qualifizierte Mehrheit kann sie ändern. Und das ist auch gut so. So haben die Vorsitzenden der Gewerkschaften auch zunächst die wesentlichen Eckpunkte der Neuformierung des Dachverbands in einem langen und intensiven Klärungsprozess beraten. Über ihn ist in den vergangenen Monaten, Wochen und Tagen so viel gesprochen worden, dass ich darauf verzichte, das im Einzelnen darzustellen.

Aber dieser Prozess war nicht einfach. Es bedurfte großer Kompromissbereitschaft aller Beteiligten, um zu einer von ziemlich allen akzeptierten und von allen getragenen Grundlage zu kommen. Ohne diese gemeinsame Grundlage wäre es um die Zukunft unseres Dachverbands schlecht bestellt.

Kolleginnen und Kollegen, natürlich haben wir viele Alternativen und Varianten diskutiert. Aber ich sage auch: Viele der möglichen Alternativen, die sich der eine oder andere gewünscht hätte, hätten die deutsche Gewerkschaftsbewegung möglicherweise vor eine nicht mehr zu reparierende Zerreißprobe gestellt. Es ging auch diesmal darum, Einigkeit herzustellen, denn wir leben auch in einer Gemeinsamkeit sehr unterschiedlicher Organisationskulturen – darauf habe ich gestern schon einmal hingewiesen – und einer sehr unterschiedlichen Ausgestaltung unserer inneren Demokratie, also unserer eigenen Willensbildung. Auch das gilt es im DGB widerzuspiegeln und zu berücksichtigen.

Die Eckpunkte und etwas ausführlicher der vorliegende einstimmig angenommene Begleitantrag des DGB-Bundesvorstands, also der Antrag K 001, beschreiben den Umbau, auf den wir uns verständigt haben. Die darin vereinbarte Umstrukturierung ist teilweise so tiefgreifend, dass eine bloße abschnittsweise Änderung der bestehenden Satzung nicht sinnvoll gewesen wäre. Deswegen legen wir eine Neufassung vor.

Im Einzelnen geht es um die Stärkung der politischen Zusammenarbeit von Gewerkschaften und dem DGB als dem Bund der Gewerkschaften auf allen Ebenen. Es geht um die Vermeidung von Reibungsverlusten zwischen den Gliederungsebenen durch eine bessere Verzahnung der drei neuen Ebenen, der Kreis- und Stadtverbände, der Bezirke – hier einschließlich der Landesvertretung und der Regionen – sowie der Bundesebene, die auch für die Europapolitik zuständig ist. Es geht aber auch um die Erhöhung des nach außen gerichteten Aktionspotenzials des DGB insgesamt sowie um die Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit auf der kommunalen Ebene und um die Verstärkung der Interessenvertretung in der Europapolitik.

Letztlich: Wir wollen die effektive Handlungsfähigkeit unseres Dachverbands auch unter geringeren materiellen Ressourcen sicherstellen. Mit Blick auf die Debatte sowohl im Geschäftsbericht als auch gestern will ich sagen: Natürlich wird der DGB auch finanziell weiter dafür Sorge tragen müssen, dass wir Solidarität organisieren. Deswegen wird es weiterhin einen Soli-

daritätsfonds geben, übrigens auch unter den gleichen Bedingungen wie heute. Er wird nur anders finanziert, nämlich aus dem Haushalt des DGB direkt. Das ist mir wichtig.

Kolleginnen und Kollegen, der neue Satzungsentwurf, der Euch heute vorliegt, führt bewährte Regelungen fort, definiert aber auch neue Ziele, Aufgaben und Strukturen. Wir haben sehr ernst genommen, was die Gewerkschaften uns im Frühjahr 2008 auf den Weg gegeben haben: Sie wollten keine visionären Modellprojekte, die die Wirklichkeit der gewerkschaftlichen Lebenslage nicht wiedergeben, sondern eine an den harten Realitäten der Einnahmen- und Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften orientierte schlanke und schlagkräftige Struktur.

Ziel aller Beratungen war es übrigens auch, eine zukunftsfähige Lösung über 2014 hinaus zu erarbeiten, um nicht jedes Jahr oder von jedem Kongress aus eine neue Generaldebatte zu beginnen. Ziel war und ist es, den Dachverband in die Lage zu versetzen, vorhandene und realistisch zu erwartende Ressourcen zu bündeln und effektiv einzusetzen.

Kolleginnen und Kollegen, nur so können wir unseren Mitgliedern die größtmögliche Unterstützung bieten, um im Ernstfall auch die Solidarität zu organisieren.

Lasst mich noch auf zwei Punkte eingehen. Eine lebendige Organisation diskutiert auch lebendig. Und wie lebendig der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind, hat die Debatte um die Veröffentlichung des Satzungsentwurfes, eigentlich schon die Veröffentlichung der Eckpunkte gezeigt. Uns erreichten sehr, sehr viele Zuschriften, Resolutionen, Anregungen, Hinweise und Vorschläge. Zahlreiche Gremien fassten ihre Beschlüsse dazu, vor allem auch zum Stimmrecht von Frauen und Jugend in den Vorständen.

Der Bundesvorstand ist diesen Begehren zum Schluss gefolgt, auch weil wir der Personengruppenarbeit im Deutschen Gewerkschaftsbund eine besondere Bedeutung beimessen. (Leichter Beifall) Wir glauben, dass dies nicht dem Grundprinzip unserer Organisation widerspricht, wonach der DGB auch in seiner inneren Struktur der Bund der Gewerkschaften zu sein hat. Und dass wir den Gender-Fragen in der Frauenpolitik einen größeren Stellenwert in der Organisation einräumen wollen und werden, belegen die einschlägigen Passagen im Leitantrag. Im Übrigen wird auch die Seniorenarbeit überall dort in den Vorständen Gehör finden, wo es tatsächlich Seniorenarbeit vor Ort oder in den Bezirken gibt.

Kolleginnen und Kollegen, Organisationsänderungen grundsätzlicher Art stellen selten alle Beteiligten und Betroffenen gleichermaßen zufrieden. Natürlich gibt es auch Strukturveränderungen, aber solche, die sich aus der bestehenden Organisation heraus weiterentwickeln, darum haben wir uns jedenfalls bemüht, und die weitgehend vermeiden sollen, dass es Sieger und Verlierer gibt. Wir wollen, dass alle mehr vom DGB haben, indem wir eine stärkere und verbindlichere Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg organisieren zwischen der Bundesvorstandsverwaltung und den Bezirken, aber auch innerhalb der Bezirke zwischen den Bezirksvorständen einschließlich der Regionsgeschäftsführungen und der dritten und vierten Ebene.

Ich sage an der Stelle sehr klar und sehr prinzipiell: Wir brauchen eine einheitliche Organisation und nicht diverse Einzel-DGBs, wir müssen das Nebeneinander der verschiedenen Ebenen überwinden. Es geht nicht um Einheitsbrei, aber um die Einheit, die aus der Vielfalt erwächst. Und so können wir alle zu Gewinnern werden, denn die stärkere verbindliche Zusammenarbeit über die Ebenen hinweg wird alle stärken, die im Dachverband an den unterschiedlichen Stellen Verantwortung tragen.

Kolleginnen und Kollegen, die Verankerung der ehrenamtlichen Ebenen in der Satzung und ihre daraus folgende Ausgestaltung in den Landkreisen und kreisfreien Städten wird der DGB in den Kommunen mit mehr Gewicht versehen. Wir werden als DGB Gesicht zeigen und uns noch stärker als bislang für die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im Wohnbereich einbringen und Vorschläge zu den Themen Bildung, Infrastruktur, Zivilgesellschaft, Regionalentwicklung und so weiter entwickeln.

Ausdrücklich – und das will ich noch mal betonen – haben wir uns in der Schlussberatung über den Satzungsantrag im Bundesvorstand darauf verständigt, auf detaillierte satzungsrechtliche Vorgaben für die dritte Organisationsebene zu verzichten, um den Bezirksvorständen die Möglichkeit zu geben, in eigener Verantwortung die Arbeit der dritten Organisationsebene zu regeln. Dabei wird der Bund auch weiterhin in regionalen Strukturen hauptamtlich präsent sein. Niemand will die hauptamtlichen Strukturen regional abschaffen. Aber wir wollen sie in die Kompetenz der Bezirksvorstände besser und effektiver integrieren. Die regionalen Strukturen verlieren zwar vordergründig Autonomie, weil sie stärker in die Bezirke eingebunden werden, aber sie sollen mitnichten Gestaltungsmöglichkeiten verlieren. Außerdem können sie in Zukunft viel mehr als bislang Einfluss auf die Arbeit der Bezirksvorstände nehmen, insbesondere dadurch, dass die künftigen Regionsgeschäftsführer und

Regionalgeschäftsführerinnen von den Bezirkskonferenzen gewählt werden und dem erweiterten geschäftsführenden Bezirksvorstand angehören sollen.

Kolleginnen und Kollegen, wir stellen heute die Weichen für die Zukunft des Deutschen Gewerkschaftsbundes in organisationspolitischer Hinsicht, und ich glaube, wir demonstrieren mit unserer Kompromissfähigkeit schon die Möglichkeit und die Deutlichkeit, dass wir miteinander auch gute Wege in einer streitenden Diskussion finden können. Lasst uns zusammen die Kraft haben, die Organisation zu reformieren und – ich sage dies sehr bewusst – auch zukunftsfähig zu machen.

Ich bitte Euch im Namen des Bundesvorstands, dem vorliegenden Satzungsentwurf zuzustimmen. – Herzlichen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Ich danke Dir, Michael. – Mir liegt von keinem weiteren Antragsteller mehr der Wunsch vor, zu sprechen. Ist das richtig? (Zustimmung)

Dann steigen wir in die weitere Beratung ein. Von den Kolleginnen und Kollegen, die sich zu Wort gemeldet haben, hat das Wort der Kollege Franz Nuber von der Gewerkschaft IG Metall mit der Delegiertennummer 113. – Franz, Du hast das Wort.

Franz Nuber
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme aus dem Bereich der IG Metall, Region Südostoberbayern. Um das klarzustellen: Wir haben in Südostoberbayern schon fünf Landkreise in einer Region zusammengefasst.

Ich möchte zum Paragrafen 12, zu den Kreis- und Stadtverbänden, etwas sagen. Die Bezirke richten ehrenamtliche Kreisbeziehungsweise Stadtverbände in der Regel auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte ein. Das existiert bei uns bereits. Die Rechte und Aufgaben der Organe der Kreis- beziehungsweise Stadtverbände regelt der Bundesvorstand in einer Richtlinie; das ist der nächste Bereich.

Was geschieht, wenn ein ehrenamtlicher Kreisverband gegen einen Teil dieser Richtlinien verstößt? Werden dann die Regionsgeschäftsführer zur Verantwortung gezogen, die aber laut Satzung kein Weisungsrecht haben? Die Kreisverbände sind ja heute schon, wie ich das schon gesagt habe, auf der Ebene der Ehrenamtlichen besetzt. Eine kleine finanzielle Ausstattung ist auch heute schon möglich. Das ist also nichts Neues.

Trotzdem hatten wir nach intensiver Suche in zwei Kreisverbänden drei Jahre keine ehrenamtlichen Gewerkschafter gefunden; da hat es also noch keine Kreisverbände gegeben. Die engagierten Kolleginnen und Kollegen sind so fest in die Mitgliedsgewerkschaften eingebunden, dass sie nur schwer diese zusätzliche Aufgabe übernehmen können.

Ich möchte mal ein Beispiel erzählen, wie es mir persönlich geht. Nach acht Jahren wollte sich unser engagierter Vorsitzender des Landkreises Traunstein anderen Aufgaben zuordnen. Er sagte, er will jetzt mehr in die Politik einsteigen, also er will dieses Amt abgeben, weil er nicht mehr die Zeit aufbringen kann. Ich habe an keiner Kreisvorstandssitzung teilgenommen, für die in der Tagesordnung eine Wahl aufgeführt war; denn ich wusste, dass ich diese Sitzung nicht ohne eine Aufgabe verlassen würde. (Heiterkeit – Beifall) Aber heute verbringe ich schon 80 Prozent meiner Freizeit mit gewerkschaftlichen Themen. Ich kann nicht noch zusätzliche Aufgaben übernehmen.

Wenn wir also eine solche Situation vorfinden, dann habe ich die Befürchtung, dass neben den kleinen Gewerkschaften in den Bereichen in unserer Gegend auch der DGB verschwinden wird. Dies sind meine Bedenken. Genau das können wir uns nicht leisten.

Wie ist das mit den Sitzen in den Selbstverwaltungsorganen? Sollen die auch die Ehrenamtlichen mit übernehmen? Ich bin freigestellter Betriebsrat in einem Betrieb mit etwa 1.000 Beschäftigten. Noch mehr Abwesenheit während der Arbeitszeit als jetzt würden meine Kollegen und das Betriebsratsgremium nicht mehr akzeptieren. Schließlich habe ich auch eine Verantwortung gegenüber den Mitgliedern im Betrieb.

Wenn ich als Ehrenamtlicher bei örtlichen Bundestagsabgeordneten oder beim Landrat vorsprechen würde, dann würde ich dort als Betriebsrat des Unternehmens auftreten und wäre nicht der Vertreter des DGB. Denn als Betriebsrat bin ich dort bekannt. Damit erreichen wir keine höhere Präsenz vor Ort, und in Regionen, wo keine Großindustrie, sondern mittelständische Unternehmen und Tourismus vorhanden sind, spielen auch noch andere Dinge eine Rolle.

Ich werde aus diesen Gründen dem Antrag S 001 nicht zustimmen. Es gibt einen mehrheitlichen Beschluss des Ortsvorstandes der IG Metall Rosenheim, diesem Antrag nicht zuzustimmen (Zurufe: Oh!) und Kolleginnen und Kollegen zu finden, die mit mir gegen diesen Antrag stimmen. Dem Antrag K 002 können wir auch gegen das Votum der Antragsberatungskommission zustimmen.

Dies war ein Thema, das aufzeigt, wie ehrenamtliche Arbeit funktionieren kann. – Danke. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Ich danke Dir, Franz. – Nun hat Leni Breymaier, Gewerkschaft ver.di, mit der Delegiertennummer 276 das Wort.

Leni Breymaier
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich es richtig begriffen habe, haben sich unsere Vorsitzenden auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verständigt. Auch ich habe es begriffen, und ich werde dem S 001 schweren Herzens zustimmen. Ich werde es tun, weil ich nicht wirklich sehe, wo sonst die Alternative wäre. Ich sehe es so: Die Vorsitzenden schreiten Seit an Seit. Ich weiß nicht, ob sie die alten Lieder singen, (Heiterkeit) aber ich glaube, dass sie heute Morgen fühlen, dass es gelingen wird. Und dann wird es schlussendlich wohl auch so kommen.

Wir stehen in Baden-Württemberg mittlerweile vor der Situation, dass wir noch vier DGB-Regionen haben. Ich glaube, in Bayern gibt es ein Mehrfaches an Regionen. So recht kann ich mir nicht vorstellen, wie der DGB von Berlin aus eine Einheit darstellen wird. Deshalb haben wir aus Baden-Württemberg den Antrag K 008 gestellt. Da steht etwas zum Thema „Frauen" drin; das ist erledigt. Da steht etwas zu „Jugend" drin; das ist erledigt. Nicht erledigt ist allerdings, dass wir in drei oder dreieinhalb Jahren einmal draufschauen, wie viele Kreisverbände es eigentlich noch gibt, wie viele noch aktiv sind und ob sich die Situation so entwickelt hat, wie wir es gewollt haben. Oder müssen wir – das ist jetzt Neudeutsch – nachsteuern und eine – auch das ist Neudeutsch – Evaluation vornehmen? – Deshalb finde ich, dass der K 008 nicht durch S 001 oder K 001 erledigt ist.

Und damit es nicht so furchtbar kompliziert wird, bitte ich die geschätzte Antragsberatungskommission von ganzem Herzen, zu sagen: Den K 008 nehmen wir noch als Arbeitsmaterial an den Bundesvorstand. – Wenn die Antragsberatungskommission nicht so verfährt, bitte ich Euch, das entsprechende Verfahren so abzustimmen, nämlich zu sagen: Der K 008 ist noch nicht erledigt. Deshalb wollen wir noch einmal gemeinsam draufgucken und schauen, wie sich der DGB entwickelt hat.

Schließlich brauchen wir einen starken Dachverband. Ich werde dem S 001 zustimmen, und ich bitte die Antragsberatungskommission, unseren K 008 leben zu lassen und mit uns gemeinsam draufzuschauen. – Herzlichen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Ich danke Dir, Leni. – Als Nächster hat Harald Pürzel, ver.di, Delegiertennummer 289 das Wort.

Harald Pürzel
Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zum einen starke Bedenken gegen das Verfahren, wie diese Satzung hier beschlossen werden soll beziehungsweise wie die Diskussion im Vorfeld gelaufen ist. Zum anderen habe ich inhaltliche Bedenken gegen den Satzungsentwurf, der uns vorliegt.

Wir hatten bisher – Michael, da muss ich Dich ein bisschen korrigieren – keinen Satzungsentwurf, sondern – auch das hast Du erwähnt – ein Eckpunktepapier vorliegen, das der DGB-Bundesvorstand verfasst hat. Zu diesem Eckpunktepapier liegt auch ein Antrag aus Bayern – das ist dieser K 002 – vor. Wir hatten aber nicht die Möglichkeit – und das ist es, was ich an dem Verfahren kritisch sehe –, Änderungsanträge zu diesem Leitantrag zur Satzung, zu diesem S 001, zu stellen. Wir konnten uns nur noch auf diese Eckpunkte beziehen, also keine konkreten Formulierungsänderungen zu diesem Antrag fordern.

Was die Inhalte angeht, so will ich nur auf einen Aspekt eingehen. Wenn Ihr Euch in S 001 den Paragrafen 11 anschaut, wo es um die Bezirke geht – Nummer 10 führt die Aufgaben der Bezirke auf –, dann seht Ihr, dass die Wahl eines Regionsgeschäftsführers künftig durch die Bezirkskonferenzen erfolgen soll. Bisher gab es auf der Regionsebene Vorstände, und es gab gewählte Vorsitzende der Regionen.

Ich halte es für problematisch, wenn eine Ebene, die darüber steht, nämlich die Bezirke, also quasi ein Bundesland oder sogar ein Zusammenschluss von mehreren Bundesländern, einen Regionsgeschäftsführer wählt und dieser sozusagen von oben eingesetzt wird. Er ist dann zwar immer noch demokratisch von Delegierten gewählt, aber nicht mehr auf der Ebene, auf der er tätig ist. Ich meine, ein Regionsvorsitzender sollte nach wie vor gewählt werden können, und er muss sich dort verantwor-

ten, wo er tätig ist, nämlich auf der Ebene der Region. Er sollte nicht von oben eingesetzt werden. Denn letztlich wäre er dann auch dort verantwortlich. Das wäre so, als ob ich die Regionen zu reinen Agenturen – ich denke, das war auch die Absicht – der Bezirke machen würde. Das sollte nicht passieren. Deshalb muss hier ändernd eingegriffen werden. Falls sich das auf diesem Kongress nicht durchsetzen lässt – das Verfahren ist in der Tat nicht einfach –, dann muss es im Laufe der nächsten vier Jahre eine Überprüfung geben, ob sich diese Satzung und ob sich dieses Verfahren, Regionsgeschäftsführer von oben her einzusetzen, unter dem Gesichtspunkt, den DGB zu stärken und nicht zu schwächen, als sinnvoll erwiesen haben. Ich habe auch noch an anderen Punkten starke Bedenken gegen diese Satzung. Ich befürchte, dass es eher zu einer Schwächung und nicht zu einer Stärkung des DGB kommt. – Ich danke Euch fürs Zuhören. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Ich danke Dir, Harald. – Als Nächste hat Christine Saurer, Gewerkschaft ver.di, mit der Teilnehmerinnennummer 77 das Wort.

Christine Saurer
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche nicht gegen den Antrag S 002. Ich selber bin für eine Verankerung der Frauen und Jugend, aber ich frage Folgendes: Die Satzung wird jetzt über kurz oder lang in Form des Antrags S 001 beschlossen. Der S 002 ist als Material an den Bundesvorstand vorgesehen. Zitat der Antragsberatungskommission: Diesen Komplex wollen wir noch einmal beraten. – Sie meint wohl eine Beratung im Bundesvorstand.

Jetzt kommt meine konkrete Frage. Vielleicht bin ich etwas zu misstrauisch. Entschuldigt dies. Ein Schelm, wer Schlechtes dabei denkt! Die Frage also: Geht es um die neue Satzung für 2014, wenn der Bundesvorstand dieses Material berät? Dann wäre es in Ordnung. Es darf aber nicht sein, dass wir als Delegierte hier die Satzung beschließen und dass der Bundesvorstand anschließend eine sogenannte End- oder Qualitätskontrolle vornimmt und eventuell erneut eine Satzungsdiskussion für sich im Bundesvorstand aufmacht. Zu dieser Frage hätte ich gerne eine Erläuterung. Danke. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Christine. – Jetzt kommen wir zu dem zurzeit letzten Diskutanten, nämlich zu Werner Rauch, Gewerkschaft IG Metall, mit der Delegiertennummer 115.

Werner Rauch
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Anwesende! Ich darf Euch alle recht herzlich begrüßen. Ich glaube, wir alle haben die Problematik des heutigen Tages noch nicht verstanden. Die steht auf der Titelseite der „Abendzeitung": „WM-Schock: Ballack nicht dabei." (Heiterkeit) – Wenn das unsere Probleme sind, dann freue ich mich.

Nun zum ernsthaften Text. Es ist schon beunruhigend und bezeichnend, wie ich auf diesen Bundeskongress gekommen bin, und das ist ein Stück Armutszeugnis für unseren DGB beziehungsweise für die Einzelgewerkschaften.

Nachdem unsere Verwaltungsstelle Delegierte aussuchen sollte, hat sie erst mal suchen und grübeln müssen, wo denn eigentlich ein aktiver Kollege aus der IG Metall in einem DGB-Ortskartell beziehungsweise in einem DGB-Kreisverband sitzt. Das ist schon bezeichnend. Vor 20 Jahren hätte es unter den Delegierten noch einen Wettbewerb gegeben. Wenn da ein Werner Rauch zum DGB-Bundeskongress hätte fahren wollen, wären mindestens 20 Gegenkandidaten da gewesen. Ich glaube, das sagt schon ein Stück weit etwas aus.

Ich möchte am Donnerstag erhobenen Hauptes von diesem DGB-Bundeskongress nach Hause fahren können. Deshalb möchte ich als alter DGBler das Wort für unseren DGB erheben.

Vorbemerkung: Alles, was gestern von Euch beklatscht worden ist, können wir nur mit einem starken, einem großen und einem flexiblen und bis in alle Regionen wirkenden DGB erreichen. Das wollte ich als Vorbemerkung sagen.

Vergangene Strukturreformen haben den Finger der geballten Faust der Arbeitnehmerschaft schon amputiert. Eine schlagkräftige Faust ist nach wie vor ein altes Symbol der Arbeiterbewegung. Sie braucht alle Finger, eine Faust mit vier Fingern ist nicht mehr so schlagkräftig.

1974 begann ich eine Lehre als Elektroinstallateur, hatte bereits damals gute Kontakte zur DGB-Jugend und bin da hängen geblieben. Erst dann bin ich in die IG Metall eingetreten. Ich habe den DGB, damals noch den Dinosaurier, kennen gelernt: 16 Einzelgewerkschaften, später 17, die Einheitsgewerkschaft. Er war geschichtsbewusst, hat aus 1933 die Lehren gezogen, daraus die Einheitsgewerkschaft gebildet. Ich konnte den Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital im wahrsten Sin-

ne des Wortes studieren, und ich spürte Solidarität. Ich lernte damals auch die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen kennen. Jeder weiß, was das für ein Klumpfuß war.

Die Gremienarbeit im DGB und der IG Metall waren für mich schnell verinnerlicht. Mein Eindruck damals: eine große und mächtige Organisation. Die vielen Familienstreitigkeiten und aufgesetzten Kampagnen hatten wir mit Blessuren bewältigt. Strauß & Co. lassen grüßen. Ich bin und war stolz auf unseren DGB, bloß wie lange noch. Die Strukturen wirkten noch bis in die kleinsten Gemeinden des alten DGB. Ein hauptamtlicher DGB-Kreisvorsitzender hatte vielfältige Aufgaben, so bei uns: Büroleitung für drei Büros in Freising, Erding und Moosburg. Dort gab es Sprechstunden und den Rechtsschutz. Zwei Teilzeitkräfte unterstützten ihn. Von dieser Basis aus hat er Kontakte zu den Stadt- und Gemeindeteilen aufgebaut. Er war in den Selbstverwaltungsorganen, leistete Pressearbeit und Öffentlichkeitsarbeit, machte Veranstaltungsplanungen, führte Koordinierungen durch. Und er betreute, wenn auch aufmüpfig, die DGB-Jugend. Die DGB-Jugend war damals vielen ein Dorn im Auge, aber im nieder- und im oberbayerischen Bereich entlang der Isar im Verantwortungsbereich der IG-Metall-Verwaltungsstelle Landshut, wo der DGB-Kreis Freising/Erding war, hatten wir mehr als fünf DGB-Jugenden. Heute aber gibt es keine mehr.

Wir hatten Gremienarbeit im DGB. Ich brauche sie nicht alle aufzuzählen: Kreisfrauenausschuss, Kreisbeamtenausschuss, Kreisjugendausschuss. Diese Gremien waren bis in die Betriebe und in die Verwaltungen hinein und natürlich mit den Einzelgewerkschaften verzahnt. Das hatte auch Ausstrahlung. Das hatte ein Fundament. Da war Solidarität.

Und jetzt muss ich Euch Delegierten vielleicht ein Stück weit auf den Zahn fühlen. Ich weiß nicht, ob ich Euch es zumuten kann, die Hand zu heben, oder nicht. Ich frage mich: Wie viele von Euch Delegierten sind noch in einem DGB-Kreisverband oder in einem Ortsverband aktiv? Ich glaube – und das macht mir ein Stück weit Sorge –, dass heute auf dieser Bundesdelegiertenkonferenz einer Satzungsänderung von Delegierten zugestimmt wird, die oft mit der DGB-Arbeit bis in die Provinz hinaus eigentlich gar nichts zu tun haben, für die das Ganze möglicherweise nur eine Finanzierungsfrage ist.

Heute stellt sich bei uns DGB-Arbeit so dar: Wir haben einen Kreisverbandsvorsitzenden, einen Kreisverband Freising/Erding, alles auf ehrenamtlicher Basis. Wir haben sicherlich einige Ortsverbände, aber auch alle auf ehrenamtlicher Basis. Wir haben keine Ausschüsse mehr; wir haben keine DGB-Jugendarbeit mehr. Wir haben privatisierte Verwaltungen, wie ich sagen möchte, und eine privatisierte Organisation. Das heißt, Telefon, PC, Drucker und Kameras von ehrenamtlichen Kollegen stehen in der Arbeit im Kreis, im Ortsverband selbstverständlich zur Verfügung. Für die Lagerung von Transparenten, Fahnen, Utensilien für Infostände kann man nicht immer 50, 60 Kilometer bis in die Region fahren, um das einzulagern. Das beansprucht Zeit und Geld und ist für die Umwelt nicht gut. Also wird es privat eingelagert.

Es kann doch nicht sein, dass der DGB diese ehrenamtlichen Arbeiten oder früher hauptamtlichen Arbeiten so privatisiert. (Beifall) Uns fehlt ein Ansprechpartner für Mitglieder vor Ort, uns fehlen Räumlichkeiten und Sprechstunden vor Ort. Die Stichworte lauten kurze Wege, Hilfen für die Jugendarbeit, kein Rückzug aus der Fläche beziehungsweise aus der Provinz. Der DGB kann dort helfen, wo die Einzelgewerkschaft schon Mangelware ist, wo sie sich bereits zurückgezogen hat. Wir brauchen Handwerksaktionen, wo viele Auszubildenden sind. Wir brauchen Erschließungsgebiete für sogenannte Gewerbegebiete. Dort sitzen haufenweise Firmen, und keiner geht auf die Kollegen zu. Wir müssen in den Jugendzentren präsent sein und die Kreisjugendringe wieder entsprechend anzapfen.

Ich bin auch weiterhin persönlich bereit, ehrenamtlich aktiv zu sein. Das darf aber nicht dazu führen – und der Kollege hat es schon vorhin angesprochen –, dass Gewerkschaftsarbeit vor Ort immer mehr Betriebsratsarbeits-Ressourcen beansprucht. Ehrenamt ist wichtig und gut, kann aber alles nicht abdecken. Kämpfen und streiten wir dafür, dass die Faust des DGB wieder eine Schlagkraft hat! – Herzlichen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Ich danke Dir, Werner. – Als Nächste hat Anny Heike das Wort, IG Metall, Delegiertennummer 110.

Anny Heike
Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin eine von denen, die eigentlich keine DGB-Arbeit machen, aber heute angesprochen wurden und heute beschließen sollen. Ich will mich trotzdem in die Satzungsdebatte einbringen. Ich bin hauptamtlich bei der IG Metall in der Verwaltungsstelle in Fürth. Mein Betreuungsgebiet geht bis Ansbach, kurz vor Weißenburg, Rothenburg ob der Tauber und kurz vor Feuchtwangen. Es ist also ein ziemlich großes Gebiet.

Aus diesem Gebiet haben sich alle Einzelgewerkschaften zurückgezogen. Wenn sich aus diesem Gebiet jetzt auch der DGB zurückzieht, ist die Gewerkschaftsarbeit dort tot. Man kann zwar sagen: Na ja, wenn die Einzelgewerkschaften sich zurück-

ziehen, dann ist das doch deren Problem. – Ich sehe aber immer noch den DGB als Klammer, als Dachverband für alle. In dieser Diskussion, die es gegeben hat – das war ja leider nicht viel –, suche ich mir jetzt den Paragrafen 12 der neuen Satzung heraus, in dem steht – es steht nicht darin, dass die Regionsverbände abgeschafft werden –: „Die Bezirksverbände richten ehrenamtliche Kreis- bzw. Stadtverbände ein." Ja, liebe Kollegen und Kolleginnen, ich komme mir als Hauptamtliche ja manchmal vor, als würde ich Ehrenamtliche mit der Peitsche aus dem Büro jagen. Leider ist es ja nicht so, dass uns die ehrenamtlichen Kollegen und Kolleginnen die Türen einrennen, um ehrenamtliche Tätigkeit für die Gewerkschaften zu machen. Deswegen halte ich es für fatal, wenn wir das beschließen. Ich denke, wir müssten uns noch einmal darüber Gedanken machen, wie wir denn damit umgehen. Ja, wir brauchen in allen Gewerkschaften eine Strukturreform. Ja, wir brauchen auch eine im DGB. Ja, ich habe jetzt auch keine Lösung dafür, wie man Geld, das wegen der sinkenden Mitgliederzahlen nicht mehr vorhanden ist, jetzt noch mit dem DGB teilt. Das ist überhaupt nicht die Frage. Dafür habe ich auch keine Lösung. Aber ich weiß nicht, ob es uns zukünftig hilft, wenn wir es jetzt so beschließen.

Ich bin jetzt einmal ganz böse und provozierend. Ihr wisst ja, ich gehöre zu den Frauen, die Haare auf den Zähnen haben, wie wir in Franken sagen. Wenn man den DGB abschaffen will, dann soll man das jetzt auch ernsthaft diskutieren und nicht über die Salamitaktik immer wieder auf jedem Kongress die eine oder andere Satzungsänderung beschließen, immer etwas abschaffen, um dann letztendlich sagen zu können: Na ja, so ein Tiger ist der DGB auch nicht mehr, der ist eher noch ein Bettvorleger, und deshalb brauchen wir ihn jetzt nicht mehr. Dann soll man ernsthaft und ehrlich darüber diskutieren und nicht irgendwelche Satzungsänderungen beschließen, die dann doch nicht greifen.

Ansonsten bitte ich darum – wir haben uns in Bayern beim Bezirksvorstand sehr wohl darüber unterhalten, – den Antrag K 002 zu bearbeiten; denn wenn wir den Antrag S 001 beschließen, sind damit alle anderen Anträge erledigt. Darüber sollten wir vielleicht noch einmal diskutieren. – Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Ich danke Dir, Anny. – Als Nächster hat das Wort Jürgen Hennemann, IG Metall, Delegiertennummer 111.

Jürgen Hennemann
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin ein Metaller, der ehrenamtlich nebenbei in einem DGB-Kreisvorstand mitarbeitet. Ich gehöre IG-Metall-mäßig zur Verwaltungsstelle Bamberg, DGB-mäßig zu einem anderen Regierungsbezirk und somit zur DGB-Region Schweinfurt. Daran sieht man schon, dass auch die Abstimmung unter den Gewerkschaften schwierig ist. Wir brauchen auch vor Ort eine Vertretung auf ehrenamtlicher Ebene, die es heute schon gibt. In unserer Region haben wir – da ist es ähnlich, wie es ein Vorredner gesagt hat – fünf Kreise zu betreuen. Da ist die Problematik, dass es ehrenamtliche Kreisverbände bereits gibt. Wir haben aber lange gebraucht, um auch die Kolleginnen und Kollegen aus den Einzelgewerkschaften für die Mitarbeit zu gewinnen. Deswegen sehen wir ein Problem. Wenn unsere Regionen jetzt nicht mehr mitbestimmen können, wenn sie den Regionsvorsitzenden nicht wählen können, schwächen wir uns damit. Wir brauchen ja auch eine Reputation. Die Vertreter, die in der Region und gegenüber der Politik agieren sollen, die in der Regionalpolitik mitarbeiten und da die DGB-Meinung und die Meinungen der Einzelgewerkschaften mit einbringen, müssen auch getragen werden von den Kollegen. Da nutzt es nichts – wir kommen aus dem Flächenland Bayern –, wenn die Bezirkskonferenz in Bayern, auf der die Delegierten aus einem Gebiet von Rosenheim bis Aschaffenburg zusammenkommen, dann irgendwelche Regionalvorsitzenden oder Regionalsprecher – oder wie sie dann immer heißen – wählen. Das müssen die Kollegen vor Ort machen, um auch dahinter stehen zu können, um auch den Kolleginnen und Kollegen eine Reputation zu geben, damit sie als Sprachrohr in der jeweiligen Region agieren können. Das halte ich für wichtig.

Wir haben die Befürchtung, dass es keine richtige Strukturreform ist, sondern dass man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigt. Das hat unser DGB nicht verdient. Wir müssten das Prinzip der Einheitsgewerkschaft vor Ort hochhalten. Einheitsgewerkschaft heißt für mich: Das ist der DGB, die Einzelgewerkschaften sind mit dabei, und wir versuchen, eine gemeinsame Sprache zu sprechen, und das im kommunalen Bereich, im regionalen Bereich, im Bezirk, im Land und auch im Bund. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bin ich der Auffassung, dass es nicht gut ist, alles in einen Antrag hineinzupacken und eine neue Satzung zu beschließen, die übrigens auf unseren Landesbezirkskonferenzen – das ist auch schon gesagt worden – nicht diskutiert werden konnte, weil nur das Eckpunktepapier vorlag. Der endgültige Satzungsentwurf kam erst nach der Landesbezirkskonferenz.

Wir haben uns im Vorfeld auf der vierten Ebene, wie man so schön sagt, auf der Ebene der ehrenamtlichen Kreisvorsitzenden, und auch auf der fünften Ebene, im Rahmen der Ortskartellvorsitzenden, soweit es die noch gibt, zusammengesetzt und dieses Eckpunktepapier diskutiert. Wir haben gesagt: Wir haben unsere Probleme damit. Das haben wir auch weitergegeben. Doch in diesen Satzungsentwurf sind unsere Bedenken nicht eingeflossen. Auf unserer Bezirkskonferenz wurde der Antrag

K 002 beschlossen, in dem wir sagen: Wir brauchen weiterhin die Wahl der Regionalvorsitzenden, wir brauchen auch weiterhin die Präsenz in der Fläche, und zwar auch hauptamtlich.

Deshalb möchte ich Euch bitten, dem Satzungsentwurf so nicht zuzustimmen, weil die Antragsberatungskommission damit ja alle anderen Anträge für erledigt erklärt. Ich finde es auch schade – das ist aber in der Geschäftsordnung für unseren Kongress beschlossen worden –, dass keine Abänderungs- und Ergänzungsanträge zu einzelnen Punkten der Satzung möglich sind. Aber das ist nun mal so. Deswegen geht es leider nur so, dass man sagt: Alles oder nichts. Wir müssen dann also den Vorschlag der Antragsberatungskommission zum Antrag S 001 ablehnen und den Antrag K 002 aus Bayern annehmen. – Vielen Dank.
(Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Jürgen. – Als Nächster hat das Wort Robert Sadowsky, Gewerkschaft IG Metall, Delegiertennummer 179.

Robert Sadowsky
Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion um die Satzungsreform hat ja zwei Gründe, und der eine Grund kommt mir hier ein bisschen zu kurz. Natürlich geht es darum, die Arbeit des DGB zu verbessern und einen starken DGB aufzubauen, ja. Der zweite Grund ist aber: Es geht darum, Geld zu sparen. Diese Realität muss ja auch in die Diskussion einfließen.

Fangen wir einmal mit der Frage „starker DGB" an. Was heißt denn das? Als in der Nachkriegszeit der DGB gegründet wurde, ist das ja nicht so gelaufen, wie die Gewerkschafter in Deutschland das wollten, sondern so, wie die Alliierten das wollten, und die Alliierten wollten halt starke Einzelgewerkschaften und keinen starken Gewerkschaftsbund. Ein starker Gewerkschaftsbund heißt deswegen heute, in der Tat den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden und den kleinsten gemeinsamen Nenner so groß wie möglich zu machen. Dann ist der DGB stark. Wir müssen wissen, dass wir diesen kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen den Einzelgewerkschaften finden müssen.

Wenn das jetzt kombiniert wird mit der Frage, dass wir Geld sparen müssen, dann halte ich den Satzungsentwurf für viel zu zögerlich. Wenn erst im Jahr 2014 damit begonnen wird, die Zahl der Vorstandsmitglieder zu verkleinern, und dann auch nur auf vier und nicht auf drei, wenn es so bleibt, dass die Einzelgewerkschaften große Abteilungen haben, die sich mit allgemeinen politischen, allgemeinen sozialpolitischen und allgemeinen wirtschaftlichen Fragen befassen und alle fröhlich nebeneinander her arbeiten, und wenn es das Ganze beim DGB dann noch einmal gibt, dann meine ich: Hier wäre eigentlich ein Sparpotenzial. Dabei möchte ich überhaupt nichts gegen unsere Abteilungen bei der IG Metall sagen. Ganz im Gegenteil, ich bin sehr zufrieden damit und bin begeistert von deren Arbeit. Aber wenn man sagt, man braucht Sparpotenziale, dann sollte man sich an der Stelle bewegen. Doch offensichtlich, Kolleginnen und Kollegen, ist das nicht möglich. Ich kann jetzt nur zur Kenntnis nehmen, dass das nicht möglich ist. Ich kann mich darüber ärgern und dazu sagen: Offensichtlich ist der Leidensdruck bei den Einzelgewerkschaften noch nicht groß genug, um zu dieser Konsequenz zu kommen.

Die Einzelgewerkschaften werden sich entsprechend weiterentwickeln und ich hoffe, dass es irgendwann zu einem Ergebnis kommt, dass wirklich diese Sparpotenziale ausgenutzt werden. Was passiert mit dem Satzungsantrag, was das Sparen angeht? Das sind diese 0,5 Prozent für den Solidaritätsfonds, die da eingespart werden. Ansonsten gibt es die Veränderungen in der Fläche.

Kolleginnen und Kollegen, in der Fläche haben wir offensichtlich alle miteinander sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Das prägt wohl auch diese Diskussion. Das prägt auch die Diskussion in der IG Metall. Ich selber habe das große Glück, aus einer wunderbar funktionierenden DGB-Region zu kommen, der Emscher-Lippe-Region. Da kann ich sagen, für unsere Arbeit vor Ort, für unsere Arbeit in den Betrieben ist der DGB eine sehr nützliche Sache, auf die ich nicht verzichten kann und nicht verzichten will.

Man kann diese Arbeit auch nicht durch Ehrenamtliche ersetzen, aber das hängt wahrscheinlich damit zusammen, was da für eine Arbeit gemacht wird. Das kennen Kolleginnen und Kollegen aus ländlichen Regionen manchmal gar nicht, was da läuft in IHKs, in Prüfungsausschüssen und so weiter und so fort. Man könnte das jetzt erläutern, aber einige kennen es, einige kennen es nicht. Die, die es kennen, werden wissen, was ich jetzt meine. Diese Arbeit kann man wohl nicht ersetzen durch das ehrenamtliche Element. Das wird nicht gehen.

Jetzt hat Michael Sommer in seinem Einleitungsreferat gesagt, dass es nicht die Absicht ist, funktionierende Strukturen innerhalb der DGB-Regionen zu zerstören, dass man die aufrechterhalten will. Darauf vertraue ich. Ich hoffe, dass in seiner Zu-

sammenfassung Michael mir da noch mal Mut geben wird, dass dies tatsächlich nicht die Absicht ist, und dass wir in der Emscher-Lippe-Region, da wo es funktioniert, nicht eine Schwächung des DGB zu erwarten haben.

Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund, dass ein starker DGB heißt, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, und dass es wohl keine andere Chance gibt als diesen kleinsten gemeinsamen Nenner, bin ich nach langem Überlegen und wirklich unruhigen Nächten zu der Ansicht gekommen, dass es richtig ist, der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu folgen, und das werde ich auch tun. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Robert. Nun hat das Wort Alexander Kirchner, Gewerkschaft TRANSNET, Teilnehmernummer 51/2.

Alexander Kirchner
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Satzungsdiskussion und die Frage der Entwicklung des DGB können nicht losgelöst gesehen werden von der Frage der Entwicklung der Einzelgewerkschaften und des Bundes der Gewerkschaften im DGB. Wir können das nicht alleine diskutieren nur über die Satzung und über die Strukturen, ohne zu schauen, was in den Einzelgewerkschaften passiert.

Ich glaube, wir haben uns alle nicht leicht getan – die Vorsitzenden, der Bundesvorstand –, als wir diesen Satzungsentwurf diskutiert, beschlossen und hier eingebracht haben. Alle waren eigentlich angetreten, mehr machen zu wollen. Es ist der kleinste gemeinsame Nenner, den wir hier gefunden haben. Der kleinste gemeinsame Nenner, der aber geprägt ist auch von der Situation in den Einzelgewerkschaften.

Lasst mich das mal beschreiben für meine Gewerkschaft, für die ich hier stehe. Die GdED, die TRANSNET hatte im Bereich der Eisenbahn 1960 noch eine Million Menschen, die wir organisiert haben. Heute sind es 180.000. Wir haben einen Seniorenanteil von 50 Prozent, den höchsten innerhalb des DGB. Im letzten Jahr sind allein zweieinhalb Prozent unserer Mitglieder verstorben. Das bedeutet, wir werden kleiner. Nicht nur die TRANSNET wird kleiner. Viele Gewerkschaften werden kleiner. Und jede dieser Gewerkschaften muss schauen, wie sie mit den Finanzmitteln, die sie hat, in der Lage ist, eine vernünftige gewerkschaftliche Arbeit zu organisieren.

Ich kann das ganz klar sagen. Mehr als die zwölf Prozent, die wir zahlen und zahlen wollen, weil wir im DGB bleiben, können wir nicht zahlen. Und obwohl wir diese zwölf Prozent gerne zahlen, weil wir im DGB gerne sind und bleiben wollen, müssen wir auch intern als Organisation schauen, wie wir unsere Strukturen anpassen, damit wir überleben können. Ich glaube, wir müssen schauen, wo wir tatsächlich stärker werden können.

Mir tat es weh, gestern im Fernsehen zu sehen, dass in der Berichterstattung – es war ein bisschen spät, es mag sein, dass das um 20 Uhr anders war – der Streik des Marburger Bundes mehr Raum eingenommen hat als der Bericht über diesen Kongress. Was passiert denn da in unserer Gesellschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen? Mit wem müssen wir uns auseinandersetzen? Es ist doch nicht nur die Politik. Es ist doch nicht nur die Arbeitgeberseite. Wir haben Strömungen, die wir wahrnehmen müssen.

Berufsständische Organisationen versuchen, nach vorne zu kommen, uns den Schneid abzukaufen. Ich weiß, von was ich rede. Ihr kennt das Thema GDL und den Auftritt der GDL im Jahr 2007. Die treten an, um den DGB und uns als Einzelgewerkschaften klein und kaputt zu machen. Sie möchten ein anderes Gewerkschaftsmodell in Deutschland implementieren. Ein Gewerkschaftsmodell, das darauf setzt, dass jeder versucht, für sich das Bestmögliche herauszuholen. Das solidarische Modell soll geschwächt werden. Das ist erklärtes Ziel dieser Verbände. Sie hatten im letzten Jahr Erfolg. Dagegen müssen wir angehen, gemeinsam angehen. (Beifall)

Die Kernfrage lautet: Ist der DGB – Michael hat es gestern gesagt – die neunte Einzelgewerkschaft oder der Bund der Gewerkschaften. Wenn wir antworten, es ist der Bund der Gewerkschaften, dann müssen wir eine Satzung haben, die auch diese Feststellung widerspiegelt. Der Satzungsentwurf, so wie er vorliegt, ist ein Kompromiss. Er spiegelt das nicht in allen Punkten wider. Wir haben dort auch als Bundesvorstand und als Vorsitzende Kompromisse gemacht. Aber er ist die Grundlage, damit wir mit den Finanzmitteln, die wir haben, tatsächlich zumindest mal die nächste Zeit gestalten können. Wir dürfen aber nicht aufhören damit, sondern wir müssen die Diskussion aus meiner Sicht weiterführen. Es ist nicht der Endpunkt mit dieser Satzung gegeben, sondern eigentlich ein weiterer Punkt in der Diskussion, wie der DGB sich aufstellen muss, um nach vorne zu kommen.

Ich möchte dabei auch einen anderen Punkt ansprechen. Ihr habt das mitbekommen. Die TRANSNET beabsichtigt, mit einer Beamtenbund-Gewerkschaft zu fusionieren. Das wollen wir sogar noch in diesem Jahr machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich sage ganz klar: Das wird eine Gewerkschaft sein, die im DGB sein wird, nicht im Beamtenbund, nicht außerhalb des DGB. (Beifall)

Warum haben wir das getan? Weil wir festgestellt haben, dass die Streitigkeiten in den Betrieben, die Konkurrenz in den Betrieben eigentlich nicht dazu führen, dass wir stärker geworden sind in den Jahrzehnten, sondern schwächer geworden sind. Das, was in dem Verhältnis zwischen TRANSNET und GDBA gilt, gilt im Übrigen auch unter uns Einzelgewerkschaften. Überall dort, wo wir als TRANSNET Konflikte mit den Kollegen von ver.di, mit den Kollegen von der IG Metall, mit den Kollegen von der NGG haben, ist das Ergebnis in der Konsequenz: Hinterher ist der DGB, sind wir insgesamt schwächer, als wir vorher waren. Deshalb müssen wir an diesen Themen arbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Die Satzung bildet nur den äußeren Rahmen für unsere Arbeit. Viele von diesen Anträgen, die jetzt auch als Abänderungsanträge diskutiert werden, haben nach meinem Kenntnisstand in den letzten Jahrzehnten nie eine Bedeutung gehabt. Es gab keine Abstimmungskonflikte innerhalb der Organe des DGB. Deshalb macht es keinen Sinn, jetzt groß über die Satzungsänderungen zu reden, sondern es geht mehr um die Frage, wie wir sie leben und welchen gemeinsamen Nenner wir finden in den Organen des DGB in einer struktur- und zielgerichteten Diskussion, die dazu führt, dass wir tatsächlich das, was wir gestern hier diskutiert haben, in praktische Politik umsetzen. Das geht nur, indem wir Geschlossenheit zeigen und versuchen, uns nach vorne zu entwickeln.

In diesem Sinne bitte ich Euch, den Antrag S 001 anzunehmen und der Empfehlung der Antragsberatungskommission in allen Punkten zu folgen. – Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Alexander. Jetzt hat das Wort Thomas Wamsler, IG Metall, Delegiertennummer 103.

Thomas Wamsler
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme aus dem Südschwarzwald. Das ist auch eine ländliche Region. Es hat sich gezeigt, dass man das, was der Vorredner gesagt hat, auch sehr wohl in Praxis umsetzen kann. Wir haben uns in ehrenamtlichen Strukturen, unter anderem in einer Klausur, konstruktiv mit der neuen Satzung auseinandergesetzt, und es hat sich gezeigt, dass es sehr wohl möglich ist, mit der neuen Satzung ehrenamtliche Strukturen zu finden, die vielleicht sogar flexibler sind als die in der bisherigen Satzung, wobei wir sowieso vor Ort immer das gelebt haben, was wir konnten. Daran hindert die neue Satzung überhaupt nicht.

Ich möchte Euch ausdrücklich bitten, dem Antrag zuzustimmen. Wir haben übrigens nach der Klausur zwei neue ehrenamtliche Kreisverbände gebildet. Auch da würde uns die neue Satzung nicht helfen, sondern die bessere Ausgestaltung sogar nützen. Ich kann Euch ausdrücklich bitten, zuzustimmen. Ich meine, das ist ein guter Weg. Dazu gibt es auch keine Alternative. – Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Thomas. Jetzt hat das Wort Detlef Wetzel, IG Metall, Delegiertennummer 222.

Detlef Wetzel
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es war gut, dass wir uns heute Morgen noch einmal die Zeit genommen haben, verschiedene Aspekte dieser neuen Satzungsbestimmungen zu diskutieren und auch auf ein paar Schwierigkeiten oder Befindlichkeiten, unterschiedliche Sichtweisen aufmerksam zu machen. Das ist ja alles notwendig, damit wir möglichst geschlossen nachher auch zu einer Meinungsbildung kommen und ein wichtiges Fundament dafür legen, dass der DGB und die Einzelgewerkschaften eine erfolgreiche Arbeit in dieser Gesellschaft machen können. Ich will deswegen nur noch einmal auf einige Aspekte hinweisen, die mir besonders wichtig sind.

Es hat die Gewerkschaftsbewegung immer ausgezeichnet, dass wir veränderte Bedingungen in der Gesellschaft, veränderte Bedingungen in der Arbeitsgesellschaft aufgenommen haben und unsere politischen und organisationspolitischen Konsequenzen gezogen haben. Wer könnte sich vorstellen, dass wir noch genauso aufgestellt wären, wie das vielleicht vor 20 oder 30 Jahren der Fall war? Wir werden uns in den nächsten Jahren noch einmal anders aufstellen als das, was wir heute an Satzungsfragen diskutieren. Wir sind einem ständigen Veränderungsprozess unterworfen. Ich meine, wir haben auch allen Grund dazu, hier die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Ich mache kein Hehl daraus, dass mir dieser Satzungsentwurf im Gegensatz zu vielen Diskutanten von heute Vormittag nicht weit genug geht. Ich glaube, das, was wir jetzt beschließen, ist ein erster wichtiger Schritt hin zur Veränderung. Man sieht ja auch bei uns als IG Metall im Rahmen der Einzelgewerkschaften, welche Veränderungen tatsächlich stattfinden. Ich bitte darum, dass wir uns einig sind, dass der DGB eben nicht die neunte Einzelgewerkschaft ist. Wir müssen uns darüber klar sein, dass der DGB, wenn wir ihn haben, nicht Ausfallbürge für den Rückzug der Einzelgewerkschaften aus der Fläche sein kann. (Beifall)

Mich hat das eben schon ein bisschen berührt, als zwei oder drei Diskutanten gesagt haben: Na ja, die Einzelgewerkschaften ziehen sich aus der Fläche zurück, dann muss der DGB eben dort bleiben. Kolleginnen und Kollegen, der einzige, der tatsächlich in der Fläche bleiben muss, sind die Einzelgewerkschaften. (Beifall) Ohne Einzelgewerkschaften in der Fläche – da tragen natürlich gerade die großen Gewerkschaften die Hauptverantwortung –, ohne Flächenpräsenz der Einzelgewerkschaften wird es mit Sicherheit keinen DGB in der Fläche geben. Wenn es die großen Gewerkschaften in der Fläche nicht mehr gibt, wird es auch nicht einmal mehr einen DGB in der Zentrale geben. Denn die Einzelgewerkschaften sind doch das Fundament dafür, dass überhaupt ein Bund entstehen kann und sich eine entsprechende gewerkschaftliche Arbeit entwickeln kann.

Deswegen will ich dafür plädieren, dass wir uns sehr darum bemühen, dass die großen Gewerkschaften in der Fläche bleiben. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass die so geschwächten Einzelgewerkschaften, wenn uns das nicht gelingen würde, insgesamt in der Lage wären, den DGB so stark zu machen, dass er das fertig bringt, was wir als Einzelgewerkschaften nicht geschafft haben.

Deswegen ist es, glaube ich, richtig, dass wir diesen Satzungsentwurf so organisieren.

Lasst mich noch ein Weiteres sagen. Ich bin ja ein IG Metaller, der ursprünglich aus der sogenannten Provinz kommt. Nun hatten wir in Siegen-Wittgenstein immer das Glück, dass die DGB-Region in Siegen angesiedelt war. Irgendwann kam der Bereich Olpe hinzu, jetzt sozusagen das Hochsauerland. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Euch: Der DGB findet nur dort statt, wo der Regionsvorsitzende sitzt. So zu tun, als ob durch hauptamtliche Besetzung schon heute in der Fläche das alles abgedeckt wird, ist doch ein Trugschluss. Das stimmt doch so nicht mehr. Nein, der DGB ist jetzt schon nicht in vielen Bereichen der Fläche, sondern nur dort, wo er personell angesiedelt ist. Deswegen ist es tatsächlich, insbesondere aus der Sicht derjenigen, die heute schon keinen DGB mehr haben, gar nicht so entscheidend, wo die Wahlen stattfinden. Entscheidend ist, dass personelle Hauptamtlichkeit da ist, die letztendlich die Ehrenamtlichkeit vor Ort entsprechend unterstützt.

Wenn es in Bayern wegen der Größe ganz besondere Schwierigkeiten gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt auch andere Bundesländer, die auch sehr großflächig sind und bei denen diese Problemstellungen ebenfalls auftreten. Ich kann nur sagen: Lasst uns möglichst einheitlich diese neue Satzung beschließen und dann – das ist mir das Wichtigste – alle Kraft darauf verwenden, dass wir das, was wir dann an Formalitäten beschließen, tatsächlich mit politischen Inhalten füllen; denn darauf kommt es letztendlich an, dass wir Politik im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen machen und uns als eine wirkliche Macht innerhalb der Gesellschaft darstellen und präsentieren. Dafür müssen wir heute eine vernünftige Voraussetzung schaffen. Die IG Metall unterstützt ausdrücklich diesen Satzungsentwurf des Bundesvorstands. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Detlef. Als Nächster hat das Wort Michael Sommer, Teilnehmernummer 81.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte! Ich habe mich nur noch einmal zu Wort gemeldet, einmal weil mich der Robert Sadowsky dazu aufgefordert hat – ich will die Frage auch gerne noch einmal beantworten –, und zum zweiten zu einer Klarstellung.

Erst einmal zur Klarstellung: Der Satzungsentwurf, der dann beraten wurde, ist am 3. November des vergangenen Jahres, also am 3. November 2009, im Bundesvorstand beschlossen und dann allen Antragsberechtigten zu diesem DGB-Kongress zugesandt worden. Das heißt, auch den Bezirksvorständen. Das wollte ich nur klarstellen, damit das klar ist.

Es gab also durchaus Möglichkeiten, sich nicht nur mit dem Eckpunktepapier, sondern auch mit dem Satzungsentwurf selbst auseinanderzusetzen. Das haben übrigens dann auch sehr viele getan. Ich habe auf die Debatte hingewiesen, die aus dem Kreis der Personengruppen kam. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir in Reaktion auf die Debatte bei den Antragstellern die Passagen zu den Aufgaben der Stadt- und Kreisverbände sehr gestrafft haben. Wir haben gesagt, wir geben

das in die Verantwortung der Bezirke. Das war in Reaktion auf die Diskussion, die es bei den Antragsberechtigten zu diesem Kongress in Bezug auf diesen Satzungsentwurf gab.

Der zweite Punkt: Robert, ja, ich habe das vorhin sehr bewusst gesagt. Wir werden nicht regionale Strukturen per se oder wie auch immer abschaffen. Dietmar Hexel hat übrigens vorgestern bei der Diskussion des Geschäftsberichts darauf hingewiesen, dass wir ja auch in der vergangenen Kongressperiode die Zahl der Regionen leider reduzieren mussten. Aber was wir wollen, ist, dass wir regionale Präsenz dort, wo wir es können und wo wir es für notwendig halten, auch haben. Der Unterschied zu heute soll darin bestehen, dass dies in der Verantwortung der Bezirksvorstände passiert, dass wir über die Bezirksvorstände die regionalen Strukturen tatsächlich darstellen und, wenn man so will, auch ausgestalten können, einschließlich der Frage, wie man die dritte Ebene, die dann ehrenamtliche Ebene, im Wesentlichen ausgestaltet. Das betrifft übrigens auch – ich sage das sehr bewusst, weil ich ja ab und zu auch mal verschiedene Zeitungen lese – die Arbeit in den Bundesländern, nämlich dort, wo Bundesländer zu einem Bezirk gehören und wir natürlich auch dort die politische Repräsentanz in den Bundesländern sicherstellen müssen.

Lasst mich noch einen sehr prinzipiellen Punkt ansprechen. Ich hatte in Vorbereitung des DGB-Kongresses ein Pressegespräch. Da habe ich auf die Anträge hingewiesen und auf das, was so kommen wird. Eine Journalistin fragte mich an dem Abend: Sagen Sie mal, Herr Sommer, meinen Sie das eigentlich ernst, der DGB zieht sich aus der Fläche zurück und die IG Metall geht in die Fläche? Darauf habe ich gesagt: Wissen Sie, Ihre Fragestellung enthält erstens eine Annahme, die so nicht stimmt. Der DGB zieht sich nicht aus der Fläche zurück. Wir wollen die Fläche, wenn man so will, ehrenamtlich darstellen und mit regionalen hauptamtlichen Strukturen unterlegen. Aber der viel entscheidendere Punkt ist der: Dadurch, dass wir feststellen, dass der DGB eben nicht eine neunte Gewerkschaft ist, sondern eine gemeinsame Einrichtung der Gewerkschaften, legen auch diese Gewerkschaften seine innere Ausgestaltung fest. Wir haben unsere Strukturen danach auszurichten, welche Aufgaben uns die Gewerkschaften zuweisen, und das auch in der Grundstruktur zu tun. Da wir der politische, der gesellschaftspolitische Arm der Gewerkschaften sind, müssen wir dem auch entsprechen.

Ich weise übrigens ausdrücklich auch darauf hin, dass auf diesem DGB-Kongress nicht ein einziger vom DGB entsandter Delegierter ist, sondern es sind ausschließlich Delegierte aus den Gewerkschaften. Übrigens ist das auch bei den Bezirkskonferenzen so; das wird auch in Zukunft so sein. Das ist auch richtig. Der DGB ist eben nicht wie eine Gewerkschaft von unten nach oben aufgebaut, sondern unsere Willensbildung erfolgt horizontal. Das heißt nicht – das sage ich ausdrücklich –, dass uns die Gewerkschaften beispielsweise in der Fläche und vor Ort nicht die Aufgabe stellen, dieses oder jenes zu tun.

Ich will an einem Punkt deutlich machen, dass wir gemeinsam für die Gewerkschaften Mitgliederleistungen wahrnehmen. Dass der Rechtsschutz eine klassische Mitgliederleistung ist, ist, glaube ich, jedem klar. Dass es der gemeinsame Wille der Gewerkschaften war, dass wir diese Mitgliederleistung über die Rechtsschutz GmbH allen Gewerkschaften anbieten und aufrechtzuerhalten und zu organisieren haben, ist auch klar. Dadurch wird deutlich, wie sich das Verhältnis in Zukunft darstellen soll bei Serviceleistungen, meinetwegen auch bei Betreuungsarbeiten, wenn entsprechende Beschlüsse und entsprechende Strukturen vorliegen, und natürlich nicht zuletzt in der gesellschaftspolitischen Arbeit.

Von daher bitte ich Euch, bei allem, bei dem man sagt, man hätte sich mehr vorstellen können, zu berücksichtigen: Kolleginnen und Kollegen, es ist eine vernünftige Grundlage für die weitere Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes, was wir Euch vorschlagen. Ich bitte Euch um Eure Zustimmung. – Herzlichen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Ich danke Dir, Michael. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich frage ausdrücklich: Gibt es keine weiteren Wortmeldungen zu den komplett aufgerufenen Anträgen? – Dann schließe ich an dieser Stelle die Debatte.

Ich frage die Antragsberatungskommission: Dietmar, möchtet Ihr noch einmal Stellung nehmen?

Dietmar Schäfers, Sprecher der Antragsberatungskommission
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf einen Punkt eingehen, der sich aus der Diskussion ergeben hat, um dann noch einmal die Empfehlungen der Antragsberatungskommission zu benennen.

Eine Kollegin hat darum gebeten, den Antrag K 008 nicht als erledigt zu betrachten, wenn der Antrag S 001 angenommen wird, weil dort beispielsweise steht, dass eine Überprüfung der Erfahrungen mit der neuen Satzung erfolgen soll. Das ist richtig; das steht im Antrag K 008. Allerdings: Wenn man sich den Antrag K 001 anschaut, der eine sehr, sehr enge Verbindung zum Satzungsantrag 001 hat, sieht man, dass in Eurem Antragsbuch auf Seite 435 genau diese Passage steht, in der es darum geht, dass der Umsetzungsprozess selbstverständlich durch den DGB-Bundesvorstand laufend begleitet wird und

hierüber natürlich auch im Bundesausschuss ein Bericht zu erstatten ist. Der Bundesausschuss ist ja mit Vertretern aller Einzelgewerkschaften besetzt, die zurückspiegeln in die Untergliederungen, genauso wie die Untergliederungen die Einheiten einer jeden Gewerkschaft in Richtung Bundesausschuss des DGB spiegeln, um einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch vorzunehmen.

Von daher ist das im Antrag K 001 beinhaltet, der einen engen Zusammenhang mit dem Satzungsantrag hat. Deshalb lautet die Empfehlung der Antragsberatungskommission nach der Debatte, die hier geführt wurde, weiterhin: Annahme des Antrags S 001; dadurch sind der Antrag S 003, die Anträge K 002 bis K 008 sowie der Antrag K 010 erledigt. – Danke schön.

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Dietmar, für die Richtigstellung. – Ich habe gerade erfahren: Es ist noch ein Delegierter eingetroffen. Ich möchte Hugo Müller als Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission bitten.

Hugo Müller, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dieser historischen Debatte und zu dieser historischen Frage passt es gut, dass es eine historische Zahl gibt. Der letzte Delegierte ist eingetroffen. (Beifall) Wir haben das Mandat geprüft. Das Mandat ist nach der Geschäfts- und Wahlordnung gültig. Es nehmen zurzeit, so wie auch eingeladen war, 400 Delegierte ihr Mandat wahr. Wir bitten den Kongress, auch dem letzten eingetroffenen Delegierten das Stimmrecht zu erteilen. – Danke schön. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Hugo. – Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Die sehe ich nicht. Enthaltungen? – Da ich annehme, dass das nur ein Scherz war, war das einstimmig. (Heiterkeit) - Nein? Dann ist das doch mit einer Gegenstimme angenommen.

Damit beträgt die Zweidrittelmehrheit 267 Stimmen.

Kolleginnen und Kollegen, wir treten nun in das Abstimmungsverfahren ein. Ihr habt die Aufrufliste vorliegen. Wir stimmen jetzt ab über die Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag S 001 mit der Empfehlung: Mit der Annahme des S 001 sind die Anträge S 003, K 002, K 003, K 004, K 005, K 006, K 007, K 008 und K 010 erledigt.

Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt worden und wir haben eine neue Satzung. (Beifall) Um ganz korrekt zu sein: Die Satzung tritt am 1. Juni dieses Jahres in Kraft.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag S 002. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet: Annahme als Material an den Bundesvorstand. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung wurde der Empfehlung so gefolgt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag K 001. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet: Annahme in geänderter Fassung. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und keiner Enthaltung wurde auch dieser Empfehlung gefolgt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag K 009. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet: Annahme in geänderter Fassung. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Empfehlung wurde bei wenigen Gegenstimmen gefolgt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag K 011. Die Empfehlung lautet: Annahme als Material an den Bundesvorstand. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Empfehlung wurde mit wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung gefolgt.

Damit haben wir den Tagesordnungspunkt „Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der DGB-Satzung" erledigt. Schönen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die gute Zusammenarbeit. (Beifall)

Ich schlage vor – Eure Zustimmung natürlich vorausgesetzt –, dass wir jetzt eine 20-minütige Pause machen.

(Unterbrechung des Kongresses: 10.49 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 11.16 Uhr)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Ich bitte Euch, Platz zu nehmen, damit wir in den nächsten Teil der Beratungen einsteigen können. – Um nicht allzu viel Zeit zu verlieren, benutze ich die Bewegung für zwei Ansagen an zwei Delegationen.

Die erste richtet sich an die Delegation der NGG. Die Kolleginnen und Kollegen werden gebeten, sich noch vor Beginn der Mittagspause links von der Bühne einzufinden. Offensichtlich ist ein Beitrag zur Debatte geplant.

Die zweite Ansage richtet sich an die Delegierten von ver.di. Diese werden gebeten, sich gleich zu Beginn der Mittagspause in Saal A zu treffen.

Damit eröffne ich den zweiten Komplex der heutigen Debatte. Wir steigen nunmehr in die inhaltliche Beratung der Anträge ein. Den Aufruflisten, die Euch vorliegen, habt Ihr entnommen, dass die Antragsberatungskommission vorgeschlagen hat, die Antragskomplexe A, B und D hintereinander zu beraten und damit jetzt zu beginnen. Mit diesen drei Komplexen werden sich mit mir gemeinsam die Kollegin Doro Zinke und von der Antragsberatungskommission der Kollege Wolfgang Rhode und die Kollegin Andrea Kocsis – Andrea, ich hoffe, es stimmt – befassen.

Ganz zu Beginn möchte ich darauf hinweisen, dass heute um 17 Uhr die Polit-Talkrunde stattfinden wird. An der Wortmeldestelle stehen zwei Boxen bereit, in die Ihr Eure Fragen und Problemstellungen für diese Talkrunde einwerfen könnt. Dazu müssten auf den Plätzen Fragezettel liegen, die Ihr bitte dafür benutzen möchtet. Darauf könnt Ihr formulieren, was Ihr gerne mit den Vertretern der Parteien besprechen möchtet. Allerdings behalten sich die Moderatoren des Talks vor, daraus ein Programm für den Talk zusammenzustellen. Es ist also nicht zu erwarten, dass jede einzelne Frage auch einzeln beantwortet wird.

Damit Ihr wisst, an wen Ihr Fragen richten könnt, nenne ich Euch den Teilnehmerkreis dieser Polit-Talkrunde. Von den Grünen wird Renate Künast kommen, von der SPD Olaf Scholz, von der CDU Karl-Josef Laumann, von den Linken Gregor Gysi und von der FDP Heinrich Kolb. Das ist der Kreis, an den Ihr Eure Frage- und Problemstellungen richten könntet. Die Boxen stehen rechts und links von der Wortmeldestelle.

Wir treten jetzt in die Debatte über die drei genannten Antragskomplexe ein und beginnen mit dem Antragskomplex A. Zum Sachgebiet A „Wege aus der Krise" liegen insgesamt 22 Anträge vor, nämlich die Anträge A 001 bis A 022, dazu der Initiativantrag 006 und die Abänderungsanträge 005 und 007. Ihr könnt ab jetzt Eure Wortmeldungen für diesen Antragskomplex abgeben. Auch die Antragsteller melden sich bitte zu Wort, vermerken aber auf ihren Wortmeldungen, dass sie als Antragsteller sprechen möchten, und bitte auch, zu welchem Antrag sie sprechen möchten. Das gilt für alle Wortmeldungen. Ich bitte Euch ganz herzlich, zu vermerken, zu welchen der aufgerufenen Anträge der Wortbeitrag sein soll, damit wir die Debatte ein wenig strukturieren können.

Ganz zu Beginn möchte ich noch eine Bitte an Euch richten. Wir hatten ja eigentlich beschlossen, dass auf dem Kongress keine Grußworte gehalten werden. Wir wollen an dieser Stelle aber für unsere internationalen Gäste den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes und den Vorsitzenden des Europäischen Gewerkschaftsbundes, die Kollegen Guy Ryder und John Monks, eine Ausnahme machen. Sie würden gerne im Antragskomplex A zu uns sprechen. Das bedeutet aber, dass der Kongress ihnen auch formal das Rederecht geben muss. Ich bitte Euch deshalb jetzt um das Zeigen Eurer Delegiertenkarte, um unseren Kollegen das Rederecht zu erteilen. – Danke schön. Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann freuen wir uns auf die Beiträge am Beginn des Antragsblocks.

Aber vorher hat noch die Antragsberatungskommission das Wort. Wir kommen also jetzt zum Sachgebiet A, wozu ich Euch bereits sagte, dass hierzu zunächst der Antrag A 001 aufgerufen wird. Zum Antrag A 001 ebenfalls aufgerufen sind die Anträge E 014 und teilweise E 015 sowie der Antrag A 021 und der Abänderungsantrag 005.

Ich bitte jetzt Wolfgang Rhode von der Antragsberatungskommission, die Empfehlung der Kommission zu nennen und zu begründen.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Kolleginnen und Kollegen! Die Krise spielt in zahlreichen Anträgen eine solch zentrale Rolle, dass wir all die Anträge, die mit der Krise, welche uns intensiv beschäftigt und fordert, eng verknüpft sind, in diesem Sachgebiet gebündelt haben.

Der Antrag A 001 ist gerade genannt worden. Er erinnert mit seinem Titel „Umdenken – Gegenlenken – Die Krise überwinden" nicht zufällig an den Kapitalismuskongress vor einem Jahr. Er checkt das Thema Krise ab; darum wurde ihm auch der Titel „Leitantrag" zugeschrieben. Dem A 001 folgt der erste Block mit sieben wirtschafts- und strukturpolitischen Anträgen. Dann folgen fünf Anträge zur Energie- und Klimapolitik, und an diese schließen sich die gewerkschaftspolitischen Anträge von A 014 bis A 022 an und komplettieren das Ganze. Last but not least werden wir schließlich aus aktuellem Anlass einen Initiativantrag gegen die Euro-Spekulationen behandeln.

Zunächst einmal zu unserem Leitantrag A 001. Es ist ein umfassender gesellschafts- und gewerkschaftspolitischer Antrag. Er benennt die gewerkschaftspolitischen Handlungsfelder und Anforderungen, die sich vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise dem DGB und den Gewerkschaften stellen. DGB und Gewerkschaften wollen eine Debatte darüber führen, wie eine zukunftsfähige und nachhaltige Gesellschaft und Arbeitswelt aussehen sollen und welche Rolle wir darin spielen wollen. Ausdrücklich hebt dieser Antrag das Prinzip der Einheitsgewerkschaft als Grundlage für unser wirkungsvolles gemeinsames Auftreten hervor.

Es ist ein Antrag mit sehr vielen Themen. An dieser Stelle seien deshalb nur einige Beispiele und Stichpunkte genannt: Die Mitgliederentwicklung ist und bleibt zentrale Aufgabe. Die gewerkschaftliche Betriebspolitik muss gestärkt werden. Es geht uns um Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit in der Wirtschaft und in der Gesellschaft. Denn wir meinen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land wieder Vorrang vor den Aktionärs- und Gesellschafterinteressen haben müssen. Wir wollen mehr Mitbestimmung. Ja, mehr Wirtschaftsdemokratie ist nötig. Der Antrag weist auch den Weg zu einem tiefgreifenden Umbau der Wirtschafts- und Sozialordnung. Es gilt, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen. Die Beschäftigten müssen vor den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise geschützt werden. Es geht hier auch um die menschliche Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen und damit um unseren Kampf für gute Arbeit und fairen Lohn. Der Antrag spricht sich für gesetzliche Grundlagen zur besseren Regelung der Leiharbeit und dafür, dass wir einen gesetzlichen Mindestlohn brauchen, aus. Der Antrag benennt das soziale Europa als Aufgabe für uns Gewerkschafter. Gerade hier gilt: Die sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Grundrechte und müssen Vorrang vor den wirtschaftlichen Grundfreiheiten haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für diese hier genannten Ziele und noch viele weitere werden ein starker DGB und durchsetzungsfähige Gewerkschaften gebraucht. Zu diesem gesellschaftspolitischen Antrag des DGB-Bundesvorstandes empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme in geänderter Fassung – geänderte Fassung deshalb, weil uns der Abänderungsantrag Ä 005 vorliegt, der von vielen Gewerkschaftsvorsitzenden und zahlreichen Kolleginnen und Kollegen eingebracht wurde. Man kann diesen Abänderungsantrag auch aufgrund der Anzahl der Stützunterschriften als Spitzenreiter bezeichnen.

Die Änderungen beziehen sich auf das Streikrecht. In Zeile 314 des Leitantrags A 001 soll eingefügt werden – ich zitiere –: „DGB und Gewerkschaften wenden sich gegen alle Einschränkungen des gewerkschaftlichen Streikrechts auf europäischer und nationaler Ebene." – Dieser Abänderungsantrag ist aus Sicht der Antragsberatungskommission eine sinnvolle Konkretisierung, den wir daher gerne zur Annahme empfehlen.

Mit diesem Abänderungsantrag gehe ich auch auf E 014 und E 015 ein, die wir bei Annahme des geänderten A 001 als erledigt betrachten. Beide Anträge beinhalten ein sehr wichtiges Anliegen. Ich denke, wir alle im Saal sind uns einig: Das Streikrecht muss uneingeschränkt gelten. – Nun enthalten beide Anträge auch Inhalte zum Thema „Politischer Streik". Ganz konkret geht es den Antragstellern darum, dass die Gewerkschaften den politischen Streik in Anspruch nehmen beziehungsweise Diskussionen zu dessen Umsetzung führen sollen. Aber, Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir denn dazu wirklich eine Beschlusslage? – Es ist doch so, dass wir in der Vergangenheit von unserem Streikrecht wirkungsvoll Gebrauch gemacht haben, auch wenn es um Forderungen gegenüber der Politik ging. Ich rufe nur in Erinnerung: Wir haben im Anschluss an ein machtvolles Urabstimmungsergebnis in der Stahlindustrie – das waren damals 98 Prozent Ja-Stimmen – und im Bergbau – das waren 93 Prozent – die Verabschiedung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes durchgesetzt. Wir haben gegen die Angriffe auf die Tarifautonomie mobil gemacht. Wir haben uns damit gegen den Antistreikparagrafen 116 – das ist der heutige Paragraf 146 des Sozialgesetzbuches III – ausgesprochen, und wir haben in letzter Zeit auch immer wieder gegen Sozialabbau mobil gemacht.

Was ist denn nun anders, dass es erforderlich macht, einen Beschluss darüber zu fassen? – Die Anträge sagen nichts dazu aus. Die Verfassung hindert uns nicht daran, unseren Protest gegen politische Entscheidungen wirkungsvoll zum Ausdruck zu bringen. Wir können uns immer auf die Koalitions-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit berufen. Und hinzu kommt – Ihr wisst das –, wie sensibel die Vokabel „Politischer Streik" ist. Es ist zu fragen, ob angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse eine solche Forderung rechtspolitisch klug wäre; wir als Antragsberatungskommission haben daran jedenfalls

große Zweifel. Deswegen sind wir der Meinung: Mit der Einfügung in A 001 haben wir eine gute Lösung für den Themenbereich „Streik" gefunden, und dafür müssen wir uns überhaupt nicht verstecken.

Nun zum Schluss. Ich möchte auf den Antrag A 021 zum Thema Privatisierung eingehen, der vom DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg eingebracht wurde. Wir meinen: Die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine klare Position gegen Privatisierung finden sich im A 001 wieder, sodass wir empfehlen, diesen Antrag durch die Annahme von A 001 als erledigt zu betrachten.

Kolleginnen und Kollegen, das war jetzt eine Menge Stoff. Ich fasse unsere Empfehlungen deshalb noch einmal zusammen, und vielleicht ist es so, dass sich dieses Antragspuzzle dann für Euch in der richtigen Weise zusammensetzen lässt. Auf den Punkt gebracht: Wir empfehlen bei Annahme des Abänderungsantrags Ä 005 – Stichwort: uneingeschränktes Streikrecht – die Annahme des A 001 in geänderter Fassung. Der A 021, der E 014 und der E 015 wären in der Folge erledigt. – Ich gebe zurück ans Präsidium.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Wolfgang, für Deine ausführliche, aber sehr klare Einführung in dieses Sachgebiet.

Ich eröffne damit die Debatte zu den von ihm beschriebenen Anträgen. Als Erster hat der Kollege Berthold Huber von der IG Metall das Wort. – Danach wird der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Guy Ryder, sprechen.

Berthold Huber
Im gesellschaftlichen Leitantrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, A 001 heißt es: „Wir haben es nicht mit einer normalen Konjunkturkrise zu tun. Wir haben es mit einer Systemkrise des Finanzmarktkapitalismus und des neoliberalen Wirtschaftsmodells zu tun." Ich stimme dieser Analyse ausdrücklich zu. Die entscheidende Frage ist aber: Wie entwickeln wir die Kraft, um den notwendigen gesellschaftlichen Kurswechsel durchzusetzen? Einen Kurswechsel hin zu Gerechtigkeit, zu Mitbestimmung und Solidarität?

Jean-Claude Trichet, der Chef der Europäischen Zentralbank, hat angesichts der sich zuspitzenden Schulden- und Währungskrise darauf hingewiesen, „dass wir in der ökonomisch schwierigsten Situation nicht seit dem Zweiten Weltkrieg, sondern seit dem Ersten Weltkrieg sind". Ich sehe das nicht anders. Die Systemkrise des Finanzmarktkapitalismus betrifft und bedroht auch die industrielle Kernsubstanz und die industriellen Kernbereiche in unserem Land und damit Millionen von Arbeitsplätzen. Das ist für uns eine existenzielle Frage.

Im vergangenen Jahr – ich will das nur beispielhaft anführen – gingen in der Metall- und Elektroindustrie die Produktion um 26 Prozent und die Auftragseingänge um 31 Prozent in den Keller. Zeitweise lagen die Kapazitätsauslastungen in manchen Betrieben nur noch bei 30 bis 40 Prozent. Es ist deshalb keine Übertreibung, wenn ich die Dramatik betone. Ganze Wertschöpfungsketten der Industrie standen vor dem Kollaps, und es drohten katastrophale Folgen für die Beschäftigten und die Betriebe. In dieser Situation mussten wir handeln; und wir haben gehandelt. Unser zentrales Ziel war: keine Entlassungen in der Krise. Und dahinter haben die Beschäftigten in unseren Verantwortungs- und Organisationsbereichen gestanden.

Mit dem Konjunkturprogramm, mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, mit dem Rettungsschirm für Betriebe und mit der Umweltprämie konnten wir gemeinsam als DGB-Gewerkschaften auf dem Höhepunkt der Krise industrielle Wertschöpfungsketten erhalten. Damit konnten wir ein ökonomisches und soziales Desaster verhindern. Wir konnten auch verhindern, dass die Arbeitgeber in der Krise radikale Lohnsenkungs- und Arbeitsplatzvernichtungsprogramme angesetzt haben und durchsetzen konnten. Und das war nur möglich, weil wir unsere Forderungen nicht nur in der Politik und in der Öffentlichkeit gestellt haben, sondern weil wir die Auseinandersetzung in die Betriebe getragen haben und weil wir dort mit Unterstützung der Beschäftigten diese Auseinandersetzung führen konnten.

Es hat sich gezeigt – ich will das ganz einfach sagen –: Die Kolleginnen und Kollegen haben die Schnauze voll von einem Marktradikalismus, der ihre Existenz tagtäglich bedroht. (Starker Beifall) Es gilt, Kolleginnen und Kollegen, dass wir mit unserer Krisenintervention noch Schlimmeres verhindern konnten. Aber wir dürfen uns nicht auf Krisenintervention beschränken; das reicht nicht. Die Systemkrise des Finanzmarktkapitalismus verbietet es, auf dem falschen Pfad nur die Seite zu wechseln und dann weiter in die falsche Richtung zu marschieren. Wir brauchen eine Alternative, wir brauchen einen tiefer gehenden Kurswechsel. Natürlich sollten wir uns deswegen grundsätzlich fragen: Dient die Wirtschaft den Menschen? Dient ökonomisches Handeln dazu, den Menschen ein besseres, ein gutes Leben zu ermöglichen – materiell, sozial und kulturell? Die Menschen wollen keine austauschbaren Rädchen im Wirtschaftsgetriebe sein, das allein dazu dient, den Shareholder Value für privilegierte Minderheiten zu mehren. Auch davon haben die Menschen die Schnauze voll.

Aber: Der Kurswechsel wird uns nicht in den Schoß fallen, und niemand wird uns Geschenke machen. Keiner hier im Saal hat wahrscheinlich die Illusion, dass die wirtschaftlich Mächtigen und die politisch Verantwortlichen vor unseren Beschlusslagen und unseren Presseerklärungen zittern. Das ist nicht der Fall, und das wird auch zukünftig nicht der Fall sein. Natürlich muss man zum Krisengipfel bei der Frau Bundeskanzlerin gehen. Wir sind ja immer hingegangen. Aber was man dort bewegen kann, sind auch nur Teilschrittchen.

Deswegen ist die wichtigste Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wie entwickeln wir die notwendige Kraft, um einen grundlegenden und weitgehenden gesellschaftlichen Kurswechsel durchzusetzen? Ich halte es für entscheidend, dass wir als Gewerkschaften selbst handlungsfähig und handlungsmächtig sind, dass wir Verbündete gewinnen und gesellschaftliche Mehrheiten erringen.

Das Wesentlichste ist, dass wir in den Betrieben, in den Verwaltungen und in den Büros die Mitgliederstärke und Kraft entwickeln, die wir notwendigerweise brauchen, wenn wir einen solchen Kurswechsel erreichen wollen. Nur so werden wir Bewegung schaffen, und nur so werden Beschlüsse, die wir fassen und gefasst haben, auch Wirklichkeit.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich erwähnen: Es ist ein positives Zeichen, ein ermutigendes Zeichen, wenn die Gewerkschaftskandidatinnen und -kandidaten bei den laufenden Betriebsratswahlen – das sind die Zwischenstände, die die IG Metall, aber auch andere Gewerkschaften vorweisen können – ausgezeichnete Ergebnisse erzielen.

Das liegt natürlich daran, Kolleginnen und Kollegen, dass sich die Gewerkschaften nicht weggeduckt haben, sondern dass sie gerade in der Krise selbstbewusst und durchsetzungsstark für den Erhalt von Arbeitsplätzen gekämpft und Alternativen entwickelt haben. Ich meine, dass wir auf diesem Erfolg aufbauen können, und das brauchen wir auch. Denn natürlich müssen wir uns darüber klar sein: Ein Teil der Beschäftigten ist unmittelbar von der Krise betroffen und will sich wehren. Andere hoffen, dass die Krise an ihnen vorbeizieht und sie mit einem blauen Auge davonkommen. Nicht wenige Kolleginnen und Kollegen haben den Ernst der Lage weder gespürt noch begriffen, jedenfalls bis heute, und auch das haben wir zu berücksichtigen.

Deshalb müssen wir die Diskussionen noch stärker in den Betrieben und Verwaltungen führen. Es kommt darauf an, dass wir möglichst viele Menschen einbeziehen. Nur so, Kolleginnen und Kollegen, werden wir wirklich mächtig. Es geht dabei nicht um kurzfristigen Aktionismus. Wir müssen diese Auseinandersetzung mit langem Atem führen. Ich hoffe – das wäre eine Vorstellung der IG Metall –, dass wir zu einer ersten Zuspitzung noch im Herbst dieses Jahres kommen. (Beifall) Ich plädiere ausdrücklich für regionale dezentrale Aktivitäten der DGB-Gewerkschaften gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Verbündeten.

Lasst mich abschließend sagen: Diese Aktionen werden aber nur dann ein Erfolg sein, wenn wirklich viele Menschen mobilisiert werden können und wenn sie kein Strohfeuer sind; denn danach muss es weitergehen. Letzter Satz: Am Ende des Tages, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es nicht darum, recht zu haben, sondern es geht darum, dass wir in dieser Auseinandersetzung als Gewerkschaften recht bekommen. Dafür stehen wir auch nach dem Kongress, und darum geht es. – Ich danke fürs Zuhören. (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Herzlichen Dank, Berthold, für Deinen Beitrag. – Es spricht jetzt zu uns der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Kollege Guy Ryder. Danach hören wir den Beitrag des Generalsekretärs des Europäischen Gewerkschaftsbundes, John Monks.

Guy Ryder, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes
(Die Rede wird simultan übersetzt)
Liebe Kollegen! Ich möchte Ihnen für die Möglichkeit danken, an Ihrer Diskussion darüber teilzunehmen, wie man die Krise überwinden kann. Grüße auch von der ITUC.

Die Beschlüsse, die Sie diskutieren, zeigen, wie dramatisch die Situation für Arbeitnehmer ist, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern. Daran und am Ansatz des DGB ist wichtig, dass Sie die einzelnen Probleme nicht Stück für Stück anschauen, sondern stattdessen das tun, was, glaube ich, wir alle tun müssen, nämlich einen Schritt zurücktreten und dann anerkennen, dass wir es mit einer generellen Krise, einer allgemeinen Krise eines Gesamtmodells der Globalisierung zu tun haben und dass der einzige Weg vorwärts darin besteht, dass wir das Gesamtmodell überdenken und komplett neu ausrichten. Das ist genau das, was wir bei der ITUC auf globaler Ebene zu tun versuchen, bei unserem eigenen Weltkongress in

Kanada, der nächsten Monat stattfinden wird: uns aus der Krise heraus und auf eine globale soziale Gerechtigkeit hin zu bewegen. Ich möchte Ihnen also zu diesen Ansätzen gratulieren.

Eine Lehre der Krise besteht darin, dass kein Land es alleine schaffen wird, aus der Krise herauszukommen. Wenn Sie also die großen Probleme hier in Deutschland anpacken, müssen Sie natürlich auch die internationalen Dimensionen bedenken. Ob man es nun mag oder nicht, die internationale Rolle Deutschlands steht im Mittelpunkt einer großen Aufmerksamkeit, nicht nur wegen Griechenland, nicht nur in Europa, sondern in der gesamten Welt. Die Stimme Deutschlands wird gehört. Deswegen ist es wichtig für uns alle, was diese Stimme zu sagen hat und wie der DGB Einfluss darauf haben kann.

Die ITUC hat sechs Bereiche ausgemacht, in denen wir grundlegend umdenken und neu beginnen müssen.

Erstens Beschäftigung: 34 Millionen Arbeitsplätze sind bislang aufgrund der Krise in aller Welt verlorengegangen, und noch viel mehr sind zu erwarten. Im Augenblick ist es Zeit, die Verpflichtung zur Vollbeschäftigung wiederzubeleben. Das war eines der ersten Opfer der Neoliberalen. Das bedeutet, dass koordinierte finanzpolitische Anreize beibehalten werden müssen wie auch aktive Arbeitsmarktinterventionen, um Beschäftigung zu schaffen und zu erhalten. Deutschland hat in dieser Hinsicht viel zu bieten. Sie haben sich besser geschlagen als viele andere in dem Versuch, die Kosten auf dem Arbeitsmarkt in der Krise so gering wie möglich zu halten.

Zweitens Arbeitsmarktgerechtigkeit: Die Tatsache, dass der Anteil am nationalen Einkommen durch Arbeit in aller Welt auf einem historischen Tiefststand ist, und zwar auf der Ebene der 1930er-Jahre, stellt einen massiven Transfer der Ressourcen von der Arbeitnehmerseite hin zum Kapital dar. Das ist eine der Hauptursachen der Ungerechtigkeit in unseren Gesellschaften. (Beifall) Diese Krise der ungerechten Verteilung zu beenden, bedeutet also, Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt wiederherzustellen, die Tarifautonomie zu stärken, prekäre Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen, soziale Schutzfunktionen zu stärken. Liebe Kollegen, dies sind die Dinge, die im Herzen der Sozialen Marktwirtschaft liegen, und bei allen diesen Problemen kann Deutschland eine Führungsrolle einnehmen.

Drittens Regulierung des Finanzkapitals: Ob man sie nun „Heuschrecken" nennt oder „Kasinokapitalisten", es ist endlich an der Zeit, die Finanzen wieder in den Dienst der Realwirtschaft zu stellen. (Vereinzelt Beifall) Globale Regulierungen, die wirksam sind, und auch eine internationale Finanztransaktionssteuer sind jetzt gefragt. Die Tatsache, dass die Spekulanten wieder so fortfahren, wie sie es früher getan haben, dieses Mal allerdings mit dem Geld der Steuerzahler, bedeutet nur, dass wir schneller handeln müssen und mit derselben politischen Entschlossenheit, die vor kurzem noch an den Tag gelegt wurde, als es darum ging, diesen Leuten ihre Haut zu retten. (Beifall) Liebe Kollegen, als jemand aus Großbritannien kann ich sagen, dass Deutschland hier ein größeres Interesse hat als viele andere Staaten. Denn hier in diesem Land glaubt man wirklich noch daran, Geld dadurch verdienen zu können, dass man Dinge produziert, und nicht dadurch, dass man Papier in Gold verwandelt. (Beifall)

Der vierte Punkt: Wir müssen eine grüne Entwicklung beginnen. Wir wissen, dass wir uns auf eine nachhaltige Zukunft mit geringen CO_2-Ausstößen hin bewegen müssen, und die Gewerkschaften bestehen darauf, dass dies ein gerechter Übergang sein muss, der die Rechte der Arbeitnehmer berücksichtigt und faire Arbeitsverhältnisse befördert. Unsere Regierungen haben uns gesagt, dass wir uns einen Fehlschlag in Kopenhagen nicht leisten können – letzten Dezember war das –, und dann haben sie einen genau solchen Fehlschlag produziert. Wir haben es mit der absoluten Notwendigkeit zu tun, die größte Umwandlung unseres Produktionssystems seit Generationen zu schaffen, und wir müssen mit dieser Aufgabe jetzt beginnen, egal, ob es eine Krise gibt oder nicht. (Beifall)

Fünftens eine ausgeglichene globale Entwicklung: Wir sollten nicht vergessen, dass Entwicklungsländer nicht einmal in Zeiten besonders gut gefahren sind, in denen Globalisierung beeindruckendes Wachstum geschaffen hat. Entwicklungsländer dürfen nicht zu den unschuldigen Opfern dieser Krise werden. Die Einhaltung von Versprechungen und Verpflichtungen, ganz besonders die Einhaltung der UN-Millenium-Entwicklungsziele, bleibt deshalb eine gemeinsame Verantwortung, eine Verantwortung, die wir jetzt nicht einfach fallen lassen können. (Beifall)

Ja, es ist eine Frage der Solidarität, aber auch eine Frage des Eigeninteresses. Eine starke globale Entwicklung ist ein großer Teil der Bemühungen, aus dieser Krise gemeinsam wieder hervorkommen zu können.

Abschließend, liebe Kollegen, zum Thema Regulierung und Lenkung der globalen Wirtschaft. Als die Krise zuschlug, gab es wohl keinen führenden Politiker, der nicht lautstark eine wirksame Lenkung der Globalisierung gefordert hätte. Heute sind diese Stimmen seltener und nicht mehr ganz so laut zu vernehmen. Aber das ist kein Punkt, der einfach vergessen werden kann in der Hoffnung, dass die Krise sich wieder zurückentwickelt. Man muss es Kanzlerin Merkel anrechnen, dass sie eine

der wenigen politischen Führungspersonen ist, die dieses Thema immer noch ernst nehmen. Der ITUC hat ihre Forderung nach einer Charta zur Globalisierung immer unterstützt.

Liebe Kollegen, dies sind Ziele, für die mit Ihrer Hilfe der ITUC sich auch in Zukunft einsetzen wird, für die er kämpfen wird – im Rahmen der G20 wie auch woanders. Ich hoffe, dass Sie dies nicht als Ablenkung von Ihren nationalen Prioritäten verstehen, sondern als Teil Ihrer nationalen Prioritäten. Dies sind die globalen Lösungen, nach denen diese globale Krise fragt und die sie fordert. Wenn wir Gewerkschaften als Akteure bei der Umsetzung dieser Vorhaben ernst genommen werden wollen, dann müssen wir uns allerdings auch selbst betrachten – unsere Strukturen, unsere Methoden wie auch unsere Zukunft. Wie der ITUC selbst weiß auch ich, dass der DGB dies tut und auch getan hat. Ihre Diskussionen hier sind ein Zeugnis genau dessen.

Ich glaube, dass Beschlüsse, zu denen Sie kommen, wie auch unsere Beschlüsse darin bestehen, dass wir lange erhaltene Werte unterstreichen müssen – Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – und diese kombinieren müssen mit innovativen Strategien zur Organisation und zur Beschaffung von Unterstützung für unsere Ziele. Ich bin überzeugt, dass die Herausforderung nicht so sehr darin besteht, dass Arbeitnehmer wie Arbeitnehmerinnen Gewerkschaften ablehnen oder ihre Ziele, sondern dass es tatsächlich eher um einen Zweifel geht, dass Gewerkschaften nach drei Jahrzehnten neoliberaler Attacken und den Zeiten einer deregulierten Globalisierung immer noch die Fähigkeit haben, die Ergebnisse zu erzielen, die sie von uns erhoffen.

Die Gründung des ITUC war eine sehr direkte Art, auf diese Art Herausforderung zu reagieren. Die andauernde Entwicklung unseres neuen Internationalismus bei unserem Kongress in Kanada und auch unter einer neuen Führung in den kommenden Jahren muss sich des Inputs all unserer Mitglieder und Unterstützer, und damit auch Ihres Inputs sicher sein können.

Wir werden sehen, wie wir mit diesen globalen Herausforderungen umgehen können und welche Rolle der DGB darin spielt. Aber ich habe das Gefühl, dass der DGB, gerade wie die Fußballmannschaft bei der Fußballweltmeisterschaft, ganz gleich, welchen Schwierigkeiten man unterwegs begegnen wird, immer auf dem Platz sein wird, wenn die wichtigen Probleme entschieden werden, und auch nicht weit entfernt von den Endrunden stehen wird. Deswegen hoffe ich auf einen guten Monat für uns alle im Juni und wünsche Ihnen einen erfolgreichen Verlauf Ihres Kongresses in Berlin. – Vielen Dank. (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Thank you, dear colleague Ryder. Herzlichen Dank, lieber Kollege Ryder, für die, wie ich denke, sehr nachdenklichen, aber auch sehr ermunternden Worte, die am Beginn dieser Debatte gut platziert waren. Ich gebe nun das Wort an den Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, unseren Kollegen John Monks.

Es liegen inzwischen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wer also zu A noch sprechen möchte, müsste sich jetzt melden.

John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes
Herr Vorsitzender! Delegierte! Ihre Zeit ist sehr wertvoll und meine Redezeit ist begrenzt. Ich werde mich also in meinen Ausführungen auf das Wesentliche konzentrieren. Das globale Kasino, wie Guy eben schon anmerkte, ist wieder voll besetzt. Die Finanzmärkte scheinen die Politik zu bestimmen. Der Tumult auf diesen Märkten, die Hochgeschwindigkeit der Spekulationen gegen die europäische Währung, die unkontrollierte Macht der Rating-Agenturen – all dies bedroht dauerhaft und nachhaltig Euren europäischen Zusammenhalt, unsere sozialen Grundlagen, unser Sozialmodell und die Soziale Marktwirtschaft.

Griechenland, wo über einen gewissen Zeitraum hinweg Statistiken gefälscht wurden, Griechenland, wo die Wirtschaft unbedingt umstrukturiert werden muss, wurde von den globalen Finanzspekulanten als Hintereingang gewählt, um den Euro anzugreifen und das europäische Projekt zu unterminieren. Im Moment wird eine Untersuchung durchgeführt, um festzustellen, ob Goldman Sachs nicht vielleicht dazu verholfen hat, diese Statistiken zu verfälschen. Die Rechnung wird nun wieder unseren Bevölkerungen vorgelegt, während diejenigen, die die Prämien gewonnen haben, immer noch bestens gelaunt sind.

Seit Oktober bemüht sich die neue griechische Regierung nun mit allen Mühen darum, das Land wieder auf Kurs zu bringen. Diese harten Maßnahmen sind eine große Herausforderung für unsere griechischen Kollegen. Ich hoffe ganz ernsthaft, dass die griechische Gesellschaft insgesamt in der Lage sein wird, einen gemeinsamen Weg aus der Krise, aus diesem Dilemma zu finden.

Die europäische Reaktion auf die Situation in Griechenland war die einzig mögliche Alternative. Es ging um Griechenland, aber auch um den Euro und die Europäische Union an sich. Es geht um Eigentumsinteressen, aber gleichzeitig auch um Solidarität. Die Aufgabe der europäischen Gewerkschaften besteht nun darin, sicherzustellen, dass die griechischen Arbeitnehmer nicht den vollen Preis der wirtschaftlichen Findung zu bezahlen haben. Die Reichen und die Wohlhabenden dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. (Beifall)

Die Finanzagenturen, die sich während dieses Desasters Vorteile verschafften, dürfen nicht weiter einen Beobachtungsstatus erhalten. Sie müssen einen Beitrag leisten. Spekulationen, Profite und finanzielle internationale Transaktionen müssen besteuert werden. Lassen Sie uns doch damit beginnen, wo wir uns gerade befinden, in Europa. Wir brauchen Regulierungen für Hedgefonds in Europa. Wir müssen die finanziellen Heuschrecken jetzt in Europa zur Strecke bringen. Lassen Sie uns eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen und nicht darauf warten, bis auch die Letzten nachgezogen haben. (Beifall)

Aber die Reaktion auf den Angriff auf den Euro erfolgte spät und war gekennzeichnet von europäischem Zögern. Das hat einen Anreiz für weitere Spekulationen geschaffen, und die gingen auf unser aller Kosten. Es kann nicht sein, dass regionale Wahlen, egal wie wichtig sie auch sind, bitter nötige gemeinsame Entscheidungen in einem vereinten Europa verzögern. (Beifall)

Die Entscheidungen, die unlängst vom Europäischen Rat und den Finanzministern gefällt wurden, um mit einem enormen Rettungspaket von Bürgschaften gegen den Angriff auf unsere Stabilität vorzugehen, waren die richtigen Entscheidungen. Aber die Bedingungen für diese Maßnahmen sind einfach zu hart – zu hart für die Arbeitskräfte. Härter noch als Maßnahmen, die der IWF vielleicht an sich hätte einführen können.

Ein Wirtschaftswissenschaftler hat das letzte Woche ungefähr so formuliert: „Keiner von uns kann wirklich sicher sein, was zuerst kommt, wirtschaftliches Wachstum oder sozialer Aufruhr." Es besteht wirklich das echte Risiko, dass eine Rezession erfolgen wird, die in zwei Phasen verläuft. Die Senkung der Staatsausgaben zu einer Rezession ist genau die Maßnahme, die Präsident Hoover in den USA und auch Reichskanzler Brüning in Deutschland 1931 durchgeführt haben. Sie provozierten dadurch die Depression und die tragischen Ereignisse, die sich in den 30er-Jahren ereigneten. Die Europäische Union darf diese Fehler, die in der tragischen Geschichte gemacht wurden, nicht wiederholen. (Beifall)

Ich unterstreiche das und unterstütze das, was Ihr Vorsitzender wiederholt gefordert hat. Wir müssen die zweifelhaften sogenannten Finanzprodukte abschaffen und auch Hedgefonds, die außer Kontrolle geraten. Aber das ist ja nur ein Teil der notwendigen Lösungen. Eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame koordinierte wirtschaftliche, finanzielle und monetäre Dimension ist nicht nachhaltig. Wir brauchen mehr Europa, aber die europäische Politik darf nicht nur gekennzeichnet sein von unbeliebten Kürzungen. Es muss ebenso Wachstum und Beschäftigung geben, Hoffnung und Wohlstand. Es muss ein soziales Europa geben, nicht nur ein Europa, das von Wirtschaftsaktivität gekennzeichnet ist.

Der Vulkanausbruch hat uns ein Beispiel gegeben. Ich wage gar nicht zu versuchen, den Namen des Vulkans auszusprechen; das ist das Privileg informierter Isländer. (Heiterkeit) Der Vulkan ist einfach nur ausgebrochen, aber Europa war darauf nicht vorbereitet. Als Ergebnis dessen gab es ein Chaos in unserem Luftraum. Jetzt sind die Regierungen damit beschäftigt, Regularien für unseren Luftraum einzuführen und Harmonisierungen zu erwirken. Aber das ist typisch Europa: erst das Problem, dann eine Reaktion darauf. Aber besser später als nie. Das ist eine Lehre, die wir daraus zu ziehen haben, die auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Dimension haben muss, eine Lehre, die wir zu ziehen haben dank des Vulkans.

Wir müssen lernen, dass die Zeit der politischen Zurückhaltung und der reinen Makulatur und der gefälschten Statistiken mit Hilfe von Banken wie Goldman Sachs beendet sein muss. Aus, Schluss, vorbei! (Beifall)

Wir müssen die Geister und Menschen mobilisieren, um unsere Stimme und unseren Einfluss in Europa zu stärken. Das ist unsere Priorität. Aber auch die europäischen Gewerkschaften sind Projekte, die sich permanent im Umbau befinden. Der ETUC darf nicht im gegenwärtigen Zustand verharren, sondern muss sich weiterentwickeln, und die europäischen Mitglieder müssen gestärkt werden, damit mittelfristig gesehen der ETUC in einen Gewerkschaftsbund verwandelt werden kann für industrielle, private und öffentliche Dienstleistungen.

Wenn andere Organisationen ihre Regierungen auf europäischer Ebene finanziell unter Druck zu setzen versuchen, dann müssen wir darauf reagieren, um am sozialen Europa zu arbeiten und die richtigen Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt einführen. Der DGB war ein wichtiger unterstützender Partner und einer der wichtigen Stützpfeiler bei der Gründung unserer Organisation. Ich freue mich, dass Kollegen von damals auch heute hier zugegen sind. Ihre Organisation, Ihre Stärke, Ihre

Loyalität, Ihr Beitrag ist essentiell für weiteren Fortschritt auf dem europäischen Arbeitsmarkt, in der europäischen Arbeiterbewegung.

Lieber Michael, liebe Delegierte, wir haben noch einen langen Weg hinter uns zu bringen, aber wir können es schaffen. Lasst es uns gemeinsam bewältigen.

Vielen Dank, dass ich noch einmal zu Ihnen sprechen darf. Vielen herzlichen Dank für Ihr Engagement. Danke, dass Sie uns Reiner Hoffmann als stellvertretenden Generalsekretär geschickt haben. Er war sehr außergewöhnlich, und wir vermissen ihn sehr. Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihren Kongress. Glückauf! (Starker Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Ganz herzlichen Dank auch Dir, lieber Kollege John Monks, für Deine aufmunternden Worte und Deinen Appell zur Mobilisierung und zur inneren Stärke. Ich denke, wir werden unseren Kongress in diesem Sinne fortsetzen.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass Wortmeldungen zu dem gesamten A-Komplex abgegeben werden können. Da es bisher insgesamt sehr wenig Wortmeldungen gibt, ist das vielleicht noch nicht so angekommen. Wir beabsichtigen, nach dem Antrag A 001 den Initiativantrag 006 aufzurufen. Auch dazu können jetzt schon Wortmeldungen abgegeben werden.

Zum Antrag A 001 liegt uns nur noch eine weitere Wortmeldung vor, vom Kollegen Michael Vassiliadis von der IG BCE mit der Delegiertennummer 23. – Du hast das Wort.

Michael Vassiliadis
Zunächst einmal, lieber John: Reiner Hoffmann geht es gut. Er ist bei uns angekommen, und wir werden ihn natürlich auch mit seinen Kompetenzen und mit seinen Fähigkeiten, die er auch im internationalen und europäischen Raum erworben hat, gut bei uns einsetzen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum Antrag A 001 einen Aspekt ein wenig unterstreichen, der weniger direkt auf den Antrag abzielt, sondern eher auf die Formatierung unserer Aussagen, die wir zur aktuellen Wirtschaftskrise finden. Da ist es natürlich schwierig, die sehr unterschiedlichen Situationen im Dienstleistungsbereich, in den Industrien, selbst innerhalb der Industrien mit ganz unterschiedlichen Bildern in ein Format zu bringen. Ich glaube, es ist wichtig, noch einmal herauszu-stellen – Berthold Huber hat es angesprochen –, dass wir es erreicht haben, dass wir in Deutschland annähernd stabile Beschäftigung in der schlimmsten Rezession der Nachkriegszeit feststellen können. Das ist vor allen Dingen unser großer Erfolg. Der hat uns neue und wichtige Anerkennung in der Öffentlichkeit und in der Politik gebracht.

Zu Recht findet diese Leistung vor allen Dingen von Betriebsräten und Gewerkschaften diese Anerkennung. Deshalb sollten wir uns sehr davor hüten, unsere eigenen Erfolge öffentlich zu relativieren oder sogar zu diskreditieren. Es ist falsch, wenn gesagt wird, dass die Wettbewerbsstärke unserer Industrien mit niedrigen Löhnen erkauft worden ist. Das Gegenteil, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist richtig. Wir selbst sind seit Jahren dem Lohndumping und dem Wettbewerb ausgesetzt, zum Beispiel mit Asien und anderen Regionen der Welt. Wir müssen uns unter den Bedingungen der Globalisierung behaupten. Das ist der deutschen Industrie besser gelungen als vielen anderen. Das war keineswegs einfach, und das hat uns viel abverlangt. Gerade jetzt in der Krise verwischt sich diese lange und harte Arbeit, die Gewerkschaften und Betriebsräte hinter sich haben.

Natürlich gibt es strukturelle Ungleichgewichte, für die es Lösungen zu finden gilt. Wir müssen in Deutschland den Binnenmarkt stärken – das ist unstreitig –, zum Beispiel – das ist der entscheidende Punkt – indem wir Armutslöhne und Leiharbeit in der jetzigen Form bekämpfen. (Beifall) Damit können wir auch etwas für die Lohnquote und die Nachfrage tun, Kolleginnen und Kollegen, denn hier liegt das neue große und fatale Problem in Deutschland.

Die deutsche Exportstärke beruht im Kern auf Know-how, auf Innovation, auf Technologie und auf guter Arbeit. Wir sorgen in unseren Branchen dafür, dass gute Arbeit in guten Unternehmen auch gut bezahlt wird. Dafür müssen wir uns weder rechtfertigen noch entschuldigen. Ich glaube, das ist auch ein Signal, das ein solcher Kongress aussenden muss. Im Gegenteil, wir können darauf stolz sein. Damit wirbt man übrigens auch Mitglieder.

Niemandem in Europa ist damit gedient, wenn Deutschland an industrieller Stärke verliert. Arbeitsplätze, die wir hier verlieren, wandern in ganz andere Regionen zu ganz anderen Bedingungen ab. Nach wie vor müssen wir extrem aufpassen, dass hier Produktion und Beschäftigung nicht dauerhaft schrumpfen. In unseren Branchen kämpfen wir weiterhin tagtäglich um Standorte und Arbeitsplätze. Die Krise hat das wahrlich nicht leichter gemacht. Die wirtschaftliche Lage ist weiterhin labil

und von Unternehmen zu Unternehmen höchst unterschiedlich. Meine Sorge ist, dass wir wichtige Glieder der Wertschöpfungskette durch Aufkauf, Abwanderung, Insolvenz oder Standortschließungen verlieren. Wenn das passieren sollte, dann sind sehr schnell die wenigen Branchen insgesamt gefährdet, die den Kern der deutschen Wirtschaft und Industrie bilden: Automobil, Maschinenbau, Chemie, Energie und Rohstoffe. Wer eine nachhaltige Entwicklung in unserem Land will, der muss dazu auch eine industriepolitische Strategie entwickeln, und eine industriepolitische Strategie ist keine Antistrategie gegen Dienstleistungen. Das ergänzt sich; das ist völlig klar und eindeutig.

Das ist schon deshalb so, weil die Unternehmen und ihre Beschäftigten als grundsolide Steuerzahler unverzichtbar sind. Anders ist weder eine Konsolidierung der Staatsfinanzen auf Dauer zu schaffen noch der demografische Wandel zu finanzieren.

Wir sollten loyal sein unseren eigenen stabilen industriellen Kernen gegenüber. Deshalb ist es höchste Zeit, vom reinen Krisenmanagement in eine neue Phase politischer und wirtschaftlicher Gestaltung zu wechseln. Das müssen und das werden die Gewerkschaften von der Bundesregierung, aber auch von den Arbeitgebern einfordern. Berthold hat den Zukunftsgipfel bei der Kanzlerin angesprochen. Natürlich hatten wir das beklemmende Gefühl, welches Format uns denn diesmal erwartet. Die Themen, die in der Einladung formuliert sind, sind zunächst einmal richtige und gute: Technologie, Demografie, nachhaltige Wirtschaft. Die Frage ist, mit welchem Ziel und welchem Ergebnis diese Runde zu beobachten ist.

Unser Gestaltungsauftrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Fortschritt. Als Gewerkschaften verstehen wir darunter technologischen und sozialen Fortschritt. Beides muss zusammenkommen, um eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Statt Scheinwachstum an den Finanzmärkten braucht unser Land Innovation, Technologie, gute Arbeit in guten Unternehmen sowie verantwortliches Handeln in der Sozialen Marktwirtschaft. Wir brauchen mehr Mittel für Bildung und Forschung, aber keine Sparprogramme zulasten der Zukunft unseres Landes.

Die zentrale Aufgabe als Gewerkschaften ist und bleibt, mit Tarif- und Betriebspolitik Beschäftigung und Einkommen zu sichern und die Arbeitswelt zum Besseren zu gestalten. In der Chemieindustrie, aber auch in der Metallindustrie haben wir gerade Tarifverträge beschlossen, die Krisenbewältigung und höhere Einkommen verbinden. Es gibt also auch keinen Grund, in der Krise auf höhere Einkommen zu verzichten. Gleichzeitig haben wir Regeln gegen Entlassung geschaffen. Mit Ausbildung und Übernahme haben wir für bessere Berufschancen junger Menschen gesorgt.

Das, Kolleginnen und Kollegen, ist unsere tarifpolitische Antwort auf die Krise und das ist die Antwort auf die Dumpingversuche auch in der Industrie. Aktive Politik zur Krisenbewältigung, Zukunftsinvestitionen und Unternehmen, die Verantwortung übernehmen für Innovation und Beschäftigung – das ist unser Leitbild, das ist der richtige Weg. Wir finden das nicht überall vor. Da wollen wir hin, dorthin wollen wir zusammen gehen. Dafür brauchen wir auch Zustimmung von unseren Mitgliedern und Beschäftigten. Wir wollen mit der Politik und den Arbeitgebern über diese Zukunftsfelder diskutieren, verhandeln und, wenn nötig, streiten. Auf jeden Fall müssen die fatalen Fehler bei der Leiharbeit und beim dauernden Personalabbau zu Ende sein.

Dafür, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir im Zweifel auch Druck machen. – Herzlichen Dank. (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Herzlichen Dank, Michael. – In der Zwischenzeit ist doch noch eine weitere Wortmeldung zum Antrag A 001 eingegangen, und zwar von der Kollegin Leni Breymaier von ver.di mit der Delegiertennummer 276. – Leni, Du hast das Wort.

Leni Breymaier
Kolleginnen und Kollegen! Mir ist zum Antrag A 001 Folgendes wichtig: Ab Zeile 104 ist niedergelegt, worauf wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stolz sein können. Unter anderem steht dort, dass wir stolz darauf sein können, dass wir eine gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit bewirkt haben. Dem kann ich so nicht zustimmen, weil ich nicht sehe, dass wir eine gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit haben. Wir haben das Problem, dass die einen bis 67 schaffen sollen, während die anderen in unbezahlten Praktika sind oder gar nicht erst in Arbeit kommen.

Wir haben eine unterschiedliche Verteilung zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der bezahlten und der unbezahlten Arbeit. Die Frauen erledigen zwei Drittel der unbezahlten Arbeit, die Männer zwei Drittel der bezahlten Arbeit. Wir haben eine Menge geringfügig Beschäftigte, wir haben eine Menge Teilzeitarbeit im Dienstleistungsbereich. Dort kommt man überhaupt nicht in die Vollzeitarbeit hinein. Wir haben gehört: Wir haben 4,2 Millionen Arbeitslose in diesem Land.

Deshalb kann nicht die Rede davon sein, dass wir es geschafft haben, die vorhandene Arbeit gerecht zu verteilen. Ich denke, es muss unser aller Zukunftsaufgabe sein, den Anspruch aufrechtzuerhalten. Ich weiß: Wenn ich in eine Betriebsversamm-

lung gehe und etwas von einer Wochenarbeitszeitverkürzung erzähle, fliegen die Tomaten, weil der Boden für eine Arbeitszeitdebatte nicht bereitet ist. Ich denke, es ist unser Job, auch mit diesem Antrag A 001 und mit der Antwort auf diese Krise darauf zu schauen, wie die Arbeit in diesem Land verteilt ist und wie sie gerechter verteilt werden kann.

Es war mir wichtig, dieses zu sagen. Ich hoffe, Ihr geht da mit. – Danke. (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Leni, für Deinen Appell am Ende dieser Debatte. – Jetzt liegen in der Tat keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich frage dennoch in den Saal: Hat noch jemand das Bedürfnis, zu den jetzt aufgerufenen Anträgen A 001 mit E 014, E 015, Abänderungsantrag 005 und A 021 zu sprechen? – Das ist nicht der Fall.

Ich habe in der Debatte keine Meinungen vernommen, die die Empfehlung der Antragsberatungskommission berühren könnten. Siehst Du das anders, Wolfgang?

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Nein, es berührt unsere Empfehlungen nicht. Ich möchte aber ganz kurz auf den letzten Beitrag eingehen. Der Passus im Antrag A 001 beschäftigt sich mit unseren Errungenschaften. Es ist ja nun einmal unstrittig, dass wir Schritte zur Arbeitszeitverkürzung gemacht haben. Es ist unstrittig, dass Kurzarbeit *das* Instrument zur Beschäftigungssicherung in dieser Krise war. Aber vielleicht ist uns allen geholfen, wenn wir im Text von einer gerechteren Verteilung der vorhandenen Arbeit sprechen. (Beifall)

Ein Hinweis zur Regie: Wir müssten da ganz kurz noch den Initiativantrag einführen. Wenn Du den gleich aufrufen willst, Sabine?

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Ich hatte vor der Abstimmung gesagt, dass wir den Initiativantrag 006 als nächsten aufrufen. Das war so in Ordnung, nicht? – Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung des eben diskutierten Komplexes, zu dem unser Leitantrag A 001 des Kongresses zum Thema „Wege aus der Krise" mit dem Abänderungsantrag Ä 005 und den Anträgen A 021, E 015 und E 014 gehört. Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Wir müssen zunächst über den Abänderungsantrag Ä 005 abstimmen, bei dem die Antragsberatungskommission Annahme empfohlen hat. Wer zum Abänderungsantrag Ä 005 dem Antrag der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer möchte der Empfehlung nicht folgen? – Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe weder das eine noch das andere. Dann ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission in diesem Falle einstimmig gefolgt.

Mit der Annahme des Abänderungsantrags Ä 005 ist der Antrag A 001 an der entsprechenden Stelle nun geändert.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag A 001. Ich möchte daran erinnern, dass die Empfehlung der Antragsberatungskommission auf Annahme dieses Antrags bedeutet, dass der Antrag A 021 und die Anträge E 014 und E 015 für erledigt erklärt sind. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag A 001 in der gerade geänderten Fassung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Zeichen. – Wer möchte dieser Empfehlung nicht folgen? – Ich sehe keine Nein-Stimmen. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist auch der Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Gesamtantrag A 001 einstimmig gefolgt. Herzlichen Dank. (Beifall)

Dann rufe ich jetzt den Initiativantrag I 006 „Europa aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreien" auf. Den Antrag haben der Kollege Pieper und viele weitere Kollegen von ver.di und anderen Gewerkschaften eingebracht. Hat der Antragsteller das Bedürfnis, zu sprechen? Es liegen ansonsten bisher keine Wortmeldungen zum Initiativantrag I 006 vor. – Klaus Wiesehügel hat sich dazu gemeldet? – Entschuldige bitte, hier steht A 006. Es soll I 006 heißen. – Klaus Wiesehügel hat das Wort.

Klaus Wiesehügel
Ich meine, ich hätte „I" auch draufgeschrieben; aber man kann sich täuschen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu diesem Antrag gemeldet, und ich bin denjenigen, die diesen Antrag aufgeschrieben und eingebracht haben, sehr dankbar, weil es mir Gelegenheit gibt, zu einem Umstand zu sprechen, der mich in den letzten Wochen und Monaten mehr als verfolgt hat und an vielen Stellen auch tieftraurig gemacht hat.

Ich habe eben gehört, wie Guy Ryder hier etwas sehr Richtiges gesagt hat. Er hat gesagt: „Die Stimme Deutschlands wird gehört in der Welt, aber auch in Europa. Aber es wird nicht nur die gute und schöne Stimme Deutschlands gehört, es wird auch die hässliche Stimme Deutschlands gehört." Das ist der Punkt, der mich umtreibt und zu dem ich etwas sagen will.

Hier ist schon mal an der einen oder anderen Stelle angesprochen worden die Kampagne der „Bild"-Zeitung, die mich schlicht entsetzt hat, dass dies in diesem Land möglich ist. Noch mehr bin ich entsetzt gewesen, wie dies an vielen Stellen auf fruchtbaren Boden gefallen ist. (Beifall)

Ich fahre morgens immer mit dem Zug, ungefähr eine Dreiviertelstunde, und da habe ich Zeit, auch schon mal die eine oder andere Zeitung abzugreifen, und ich schaue dann auch schon mal in die „Bild"-Zeitung. Jawohl, ich tue das, denn Feindbeobachtung ist etwas Wichtiges, wie ich gelernt habe. (Heiterkeit – Beifall)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, was da in den letzten Wochen drinstand, das hat mich echt aus den Socken gehauen. Da ist wirklich versucht worden, in einem Stil, in einer Art und Weise die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Griechenland für die Krise verantwortlich zu machen. Es ist eigentlich eine Schande, dass dies in unserem Lande in der Form so passiert. (Beifall)

Überschriften wie „Ihr Pleite-Griechen, verschenkt uns doch eure Inseln" oder Bilder von Straßencafés, unter denen steht „Wir müssen malochen und die verprassen den Euro", waren ja noch das Harmloseste. Das, was man da sehen konnte, ging zum Teil wirklich bis in die absolute Tiefe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe dann immer überlegt: Warum machen die das? Die hauen doch eigentlich der CDU vor der Nordrhein-Westfalen-Wahl vor die Füße. Helfen tut denen das nicht, und trotzdem machen die das. Normalerweise helfen die ja immer den Schwarzen. Warum also macht die „Bild"-Zeitung das? Ich bin zu einem Entschluss gekommen, weiß aber nicht, ob Ihr den nachvollziehen könnt.

Ich weiß, dass bei uns gespart werden muss. Und ich weiß, dass das zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer passieren soll. Ich weiß auch, dass es gar nicht mehr lange dauern wird, bis die mit ihren Sparvorschlägen rauskommen. Der Bevölkerung aber soll jetzt schon klargemacht werden: Wer sich gegen solche Sparmaßnahmen wehrt, ist faul und gehört nicht in die EU und gehört auch nicht zu einer anständigen Gesellschaft. Jetzt schon wird die deutsche Arbeitnehmerschaft darauf eingeschworen, dass es sich nicht gehört, zu demonstrieren und dagegen zu sein, dass im Sozialbereich gespart wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist das, was die „Bild"-Zeitung erreichen will. (Beifall)

Ich arbeite als Vorsitzender einer Gewerkschaft und mache dies natürlich mit großer Freude. Aber ab und zu braucht man auch mal Freizeit. Dann gehe ich schon mal in die Kneipe und trinke dort schon mal ein Bier und rede mit ganz normalen Menschen. Ich war richtig erschrocken, wie an den sogenannten Stammtischen die Kampagne der „Bild"-Zeitung ganz, ganz schnell Wirkung gezeigt hat, wie mir dann Leute, die ich aus dem Dorf kannte, oder Leute, die ich aus anderen Bereichen kannte, die gewerkschaftlich nicht so sehr engagiert sind, die politisch nicht immer auf der Höhe der Zeit sind, sagten: „Ja, aber mit 16 Gehältern oder 16 Pensionen muss man sich nicht wundern." Ich habe den dann gefragt: „Sag mal, hättest du angeboten bekommen, 16 Gehälter oder 16 Pensionen zu bekommen, hättest du dann abgelehnt?" Da guckte der und sagte: „Nee, eigentlich nicht." Ich sagte ihm: „Siehst du, mein Freund." Und das ist genau der Punkt. Dort wird versucht, ganz, ganz unten anzusetzen.

Ich habe auch noch viele andere Dinge gesagt, weil die dort meinten: „Wie konnte man denen nur den Euro geben? Die haben sich da reingeschummelt." Ich sage das hier noch mal sehr deutlich: Griechenland hätte sich nicht reinschummeln können, wenn wir es nicht zugelassen hätten, wenn wir es nicht gewollt hätten. (Beifall) Und warum haben wir es gewollt? Wir haben es gewollt, weil wir wissen, dass die Griechen in starkem Maße auch aus Deutschland importieren. Wir haben es gewollt, damit unsere Leopards nicht in Drachmen, sondern in Euro bezahlt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, um das auch mal klar und deutlich zu sagen. (Lebhafter Beifall)

Ich finde, es muss viel mehr aufgeklärt werden. Da muss auch die Aufklärung kommen, dass auch der griechische Staat auf die Finanzkrise reagieren musste, dass die auch 28 Milliarden Euro zur Rettung ihrer Banken ausgegeben haben. Dazu gehört auch, dass deren Regierung die Finanzen der Reichen ständig geschont hat und dass es dort einen viel zu niedrigen Steuersatz auch für die Reichen gibt. Auch das muss alles in eine Aufklärungskampagne rein, die wir hier auch mal auf diesem Kongress sehr deutlich zum Ausdruck bringen müssen. Denn es ist ungeheuerlich, wie einseitig das alles rüberkommt. Eigentlich ist es aber ein Problem, das uns sehr stark angeht. Ich finde es also gut, dass der Antrag so gestellt worden ist.

An einer Stelle aber bin ich ein bisschen traurig. In den Ziffern 69 bis 71 steht: „indem die größte Volkswirtschaft der Eurozone mit höheren Löhnen und mehr öffentlichen Investitionen gegensteuert". Ich bin traurig darüber, dass das gestrichen werden soll. Nicht, dass Ihr mich jetzt falsch versteht: Ich will jetzt nicht, dass das die Antragsberatungskommission wieder zurücknimmt. Ich weiß, es ist ein schwieriger Prozess, in der Antragsberatungskommission zu einem Ergebnis zu kommen. Wenn ich jetzt sagte, stimmt dagegen, dann geht möglicherweise der ganze Antrag flöten. Aber ich möchte etwas dazu sagen, wenn das hier gestrichen wird.

Ich möchte dahin gehend etwas dazu sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich es nicht verstehe und dieses hier auch noch mal deutlich machen will, was das denn heißt. Wir haben in Deutschland einen Exportmarkt, der nach wie vor gut läuft, und in diesem Bereich werden auch ordentliche Löhne bezahlt. Von daher verstehe ich, wenn die Kolleginnen und Kollegen aus diesem Bereich sagen: „Nein, das müssen wir da nicht so reinschreiben." Wir haben aber auch einen Binnenmarkt mit katastrophal niedrigen Löhnen. Diese katastrophal niedrigen Löhne üben einen enormen Druck auf die Entwicklung in den Dienstleistungsmärkten unserer Nachbarn vor allem im Süden Europas aus. Das muss man an dieser Stelle auch mal deutlich sagen. (Beifall)

Wir machen in der IG BAU Tarifverträge für Facharbeiter im Baugewerbe. Die kriegen bei uns Tariflöhne von 16 oder 17 Euro. Solche Tarifverträge schließen wir auch ab. Ich habe aber am Freitag Tarifverhandlungen in der Landwirtschaft. Da habe ich in Sachsen einen Tarifvertrag gesehen – den habe ich jetzt übernommen, das ist ein neues Engagement, da muss ich mich reinhängen –, in dem von 5,50 Euro die Rede ist. Um Gottes willen, 5,50 Euro für Saisonarbeit! Das muss ich jetzt erst mal mit den Verhandlungspartnern besprechen. Gerade mit der Landwirtschaft, gerade mit diesem Bereich mit Saisonarbeitern haben wir eine ganz, ganz enge Beziehung. Wenn wir Löhne von 5,50 Euro für landwirtschaftliche Produkte zahlen, was soll denn der griechische Kollege in seinem Bereich durchsetzen, wenn er überhaupt über Agrarprodukte mit uns in einen Wettbewerb tritt? Was soll der denn dann verdienen, und wie sollen die Griechen denn mit einem solchen Hungerlohn ihre Wirtschaft überhaupt wieder nach oben kriegen? Nein, nein, das hat schon ein bisschen mit dem zu tun, was jetzt gestrichen werden soll. Das ist passiert. Aber bitte noch einmal darüber nachdenken, zumindest für die Zukunft.

Wir können die Diskussion nicht einfach so führen, dass wir sagen: „Exportwirtschaft, geh voran, und der Rest muss gucken, wie er zurechtkommt, das wird Deutschland helfen." Die meisten Menschen in diesem Land arbeiten in kleinen Betrieben und arbeiten in Dienstleistungsbetrieben. Und die müssen gestärkt werden. Unsere Volkswirtschaft muss da ein Vorbild sein, sonst kommen die anderen überhaupt nicht mehr hinterher. Das sind doch die Probleme, die wir insgesamt haben. (Lebhafter Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, lieber Klaus, für Deinen begeisternden Beitrag. Der hat jetzt ein bisschen darüber hinweggetäuscht, dass Du in der Tat „I" statt „A" geschrieben hast. Der Fehler lag bei uns. Entschuldige bitte.

Ein weiterer Formfehler ist passiert: Die Empfehlung der Antragsberatungskommission hätte natürlich vor dem Diskussionsbeitrag vorgetragen werden müssen. Wir holen das jetzt an dieser Stelle nach. Dazu hat Wolfgang Rhode das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle diesen Initiativantrag jetzt nicht weiter vor, sondern operiere gleich am Nerv, sozusagen am offenen Herzen.

Wir haben, das ist richtig, als Antragsberatungskommission zwei kleine Änderungen vorgenommen. Die beziehen sich im Einzelnen auf folgende Punkte:

Erstens. Im 6. Spiegelstrich, zu den Ungleichgewichten in der Eurozone und deren Ausgleich, ist auch klar und Konsens, dass wir eine Stärkung des Binnenmarktes brauchen. Das steht ja auch ausdrücklich so drin, und darüber sind wir uns ja hier einig. Sowohl Klaus als auch Michael haben darauf hingewiesen, dass das unter anderem auch funktionieren kann durch den Kampf gegen Armutslöhne und durch unser Eintreten für gerechte Einkommen.

Der zweite Teil des Satzes soll gestrichen werden; das ist unser Vorschlag. Was ist der Grund dafür? – Dann liegt mit dem gefundenen Text eine offenere Formulierung für die Aufgabe vor, Außenwirtschaft und Binnenmarkt besser auszubalancieren. Das ist der ganze Hintergrund.

Im zweiten Spiegelstrich haben wir den ersten Satz korrigiert und präzisiert. Wir schlagen Euch die in den Antragsblättern vorgesehene Formulierung vor. – Das vielleicht erst einmal zur Klärung.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Wolfgang. – Mir liegt nun noch eine Wortmeldung vor. Es spricht nun Jürgen Hohmann von ver.di, Delegiertennummer 309.

Jürgen Hohmann
Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, Klaus Wiesehügel hat hier einen wichtigen Beitrag geleistet. Er hat gesagt, dass das Ganze einen Zusammenhang hat und dass das Ganze nicht auf zwei verschiedene Blätter gehört. Es sind vielmehr zwei Seiten ein und derselben Medaille. Wir dürfen das Ganze nicht aus unserem Blickfeld verlieren.

Deswegen plädiere ich für die vollständige Annahme dieses Antrags ohne diese Streichung, die von der Antragsberatungskommission vorgenommen worden ist. (Vereinzelt Beifall) Ich bitte Euch deshalb, der Antragsberatungskommission nicht zu folgen und diesen Antrag in der ursprünglichen Fassung anzunehmen. – Danke schön. (Vereinzelt Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Ich frage die Antragsberatungskommission, ob sie sich dazu noch einmal äußern möchte.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Wir wollen uns kurz beraten und brauchen eine fünfminütige Auszeit. (Vereinzelt Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Die sei Euch gewährt.

(Kurze Unterbrechung des Kongresses)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen nun die Debatte zum Initiativantrag I 006 fort, und ich erteile der Antragsberatungskommission das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Wir schlagen Euch folgende Änderung in diesem sechsten Spiegelstrich vor: Es bleibt zwar bei der Streichung, aber es wird der Halbsatz „deshalb brauchen wir hier eine Stärkung des Binnenmarktes" angefügt. Ganz kurze Begründung: Eine Stärkung des Binnenmarktes enthält alle Instrumente, von der Bekämpfung der Armutslöhne bis hin zu einer gerechten Steuerreform. (Vereinzelt Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Zu dieser nun geänderten Empfehlung hat Frank Bsirske das Wort.

Frank Bsirske
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe die Antragsberatungskommission nicht, (vereinzelt Beifall) und ich finde, das bekommt hier eine makabre Note. (Vereinzelt Beifall)

Natürlich sind wir dafür, dass es zu einer neuen Balance zwischen der Exportstärke, an der wir nichts ändern wollen, und dem Binnenmarkt kommt.

Das verlangt, die Binnennachfrage zu stärken – übrigens auch im Interesse von mehr ökonomischem Gleichgewicht in der Eurozone –, was dringend notwendig ist, weil die Staaten, die jetzt maximal in die finanzielle Krise gekommen sind, ohne einen Abbau der ökonomischen Ungleichgewichte diese Krisensituation für sich nicht überwinden können. – So weit, so gut.

Wie soll denn das jetzt geschehen? Über öffentliche Investitionen? Ja. Das ist unsere Position, übrigens auch die Position des Grundsatzantrags. Und über höhere Löhne. Sind wir uns einig oder ist das kontrovers, dass wir in der Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren, gemessen an dem, was lohnpolitisch in Europa passiert ist, einen Sonderweg eingeschlagen haben – mit ganz vielen Jahren, wo gesamtwirtschaftlich Produktivitätsfortschritt und Preisanstieg auf der Lohnseite nicht abgebildet werden konnten – als Ergebnis der Lohnpolitik, die wir haben durchsetzen können? (Beifall) Nur: Ist das jetzt eine Beleidigung einer großen Gewerkschaft oder irgendeiner Industriegewerkschaft? Doch wohl nicht. Deutschland hat einen Sonderweg eingeschlagen. Sind wir uns einig darin, dass Deutschland mittlerweile in der Eurozone in Europa den größten Niedriglohnsektor überhaupt hat, mittlerweile größer als Großbritannien? Sind wir uns einig, dass dem entgegengesteuert werden

muss: mit einem gesetzlichen Mindestlohn, mit Mindestlöhnen, mit mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen, (starker Beifall) also mit der Durchsetzbarkeit höherer Löhne?

Wie kann man in der Situation überhaupt dagegen sein, dass man hier reinschreibt: Höhere Löhne und mehr öffentliche Investitionen sind notwendig, um die Binnennachfrage zu stärken und den Binnenmarkt bei uns zu stützen und zu entwickeln? Ich finde, das kriegt eine peinliche Note, wenn wir darauf bestehen wollten, dass das hier nicht Gegenstand des Antrags und Gegenstand der Beschlussfassung sein darf. Also, bitte schön: Ich plädiere dafür, dass das da drin bleibt. Und wenn die Antragsberatungskommission an der Stelle tatsächlich ihre Empfehlung nicht ändern und uns zumuten will, dass wir uns nicht für höhere Löhne vor dem Hintergrund des deutschen Sonderwegs in den letzten zehn Jahren bei der Lohnentwicklung aussprechen, dann bin ich dafür, dass die Empfehlung der Antragsberatungskommission abgelehnt wird und wir den Antrag in der ursprünglichen Fassung annehmen. (Starker Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Frank. – Ich frage noch mal die Antragsberatungskommission, ob sie an ihrer Empfehlung festhält oder noch Beratungsbedarf sieht.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Wir bleiben bei unserer Empfehlung in der letztgenannten Fassung. (Pfiffe – Vereinzelt Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt sind wir an der Stelle, dass wir eine kontroverse Diskussionsempfehlung der Antragsberatungskommission hatten. Ihr wisst, was das bedeutet. Wer den Ursprungsantrag abgestimmt haben will, kann der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht zustimmen. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist geändert. Sie lautet, den gestrichenen Halbsatz durch einen neuen zu ersetzen, der wie folgt formuliert ist: „Deshalb brauchen wir hier eine Stärkung des Binnenmarktes." Das war die Empfehlung der Antragsberatungskommission, über die wir jetzt abstimmen.

Wer dem Initiativantrag 006 in der Fassung, die die Antragsberatungskommission zur Annahme empfohlen hat, zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Ich gucke rechts und links. Aus meiner Sicht sind die Gegenstimmen in der Mehrheit. Ist jemand anderer Auffassung? – Die Gegenstimmen sind in der Mehrheit. Das Präsidium ist sich darin ziemlich einig. (Starker Beifall) Das heißt, der Initiativantrag 006 steht in seiner ursprünglichen Fassung nunmehr zur Abstimmung.

Wer dem Initiativantrag 006 in seiner ursprünglichen Fassung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen! – Danke. Enthaltungen! – Das war eine sehr klare Mehrheit für den Initiativantrag 006 in seiner ursprünglichen Fassung. (Starker Beifall)

Liebe Kollegen, da zum Antrag A 002 bisher nur eine Wortmeldung vorliegt, schlage ich Euch vor, dass wir den vor der Mittagspause noch behandeln. Ich rufe deshalb den Antrag A 002 auf und bitte die Antragsberatungskommission um die Begründung ihrer Empfehlung.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Kolleginnen und Kollegen, der Antrag analysiert die Ursachen der Krise: Deregulierung, Umverteilung und globale Ungleichgewichte. Es geht um folgende Eckpunkte: Das Primat der Politik muss wiederhergestellt werden. Die Finanzmärkte müssen reguliert werden. Der Trend von Umverteilung von Arbeit zu Kapital muss gestoppt werden. Der Sozialstaat muss ausgebaut werden. Wir brauchen einen Pluralismus der Eigentumsformen. Wir brauchen mehr Wirtschaftsdemokratie.

Wir empfehlen Annahme. Aber abschließend noch ein kleiner Hinweis: Mit der Verabschiedung von A 002 sind auch Teile des A 006 erledigt.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank. – Es liegen uns zurzeit zwei Wortmeldungen von Claus Matecki und Dietmar Hexel vor. Ich bitte deshalb jetzt Claus Matecki, DGB-Bundesvorstand, Teilnehmernummer 85,

Claus Matecki, Mitglied des DGB-Bundesvorstands
Kolleginnen und Kollegen, Wolfgang Rhode hat gerade für die Antragsberatungskommission die Eckpunkte skizziert. Ich will für den Antragsteller, für den DGB-Bundesvorstand, den Antrag kurz begründen.

Im Antrag 002 setzen wir uns mit der aktuellen Krise auseinander. Wir analysieren die Erscheinungsformen und Ursachen der Krise. Wir ziehen aber auch grundlegende politische Lehren aus dieser selbigen. Diese Krise ist die These des neoliberalen Wirtschaftsmodells. Sie ist aber nicht nur eine Wirtschafts- und Finanzkrise; diese Krise hat viele Gesichter, wie wir wissen.

Die Wirtschaftskrise hat den Sozialstaat durch schrumpfende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben ausbluten lassen. Die Ohnmacht der Politiker vor den Banken gefährdet unsere Demokratie.

Die zentralen ökonomischen Ursachen der Krise liegen in der Deregulierung der Finanzmärkte, der wachsenden Ungleichheit, der Verteilung von Einkommen und Vermögen und der weltweiten Ungleichgewichte bei Handels- und Kapitalströmen.

Diese Krisenursachen sind aber nicht vom Himmel gefallen; sie sind Ergebnis einer falschen Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen aus dieser historischen Krise grundlegende Lehren ziehen. Wir müssen den entfesselten Finanzkapitalismus zivilisieren. Deswegen treten wir für eine soziale und ökologische Reformpolitik ein. Die Voraussetzungen für einen Politikwechsel erschienen zu Beginn der Krise günstig. Ohne Bankenrettungsschirme, Konjunkturpakete, aktive Arbeitsmarkt- und Industriepolitik wäre unsere Wirtschaftsordnung zusammengebrochen. Ohne Staat waren die Märkte nicht zu retten. Der Mythos sich selbst steuernder Märkte hat sich in Luft aufgelöst, und die Neoliberalen mussten ideologisch kapitulieren.

Das Comeback des Staates war aber keineswegs Ausdruck gesellschaftlichen Fortschritts. Die Finanzindustrie ist gerade auf dem besten Weg, Staat und Politik für ihre Interessen einzuspannen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Auseinandersetzung um die Zukunft unseres Landes hat somit erst begonnen. Unser Antrag beschreibt die Eckpunkte einer sozialen und ökologischen Reformpolitik. Zunächst brauchen wir einen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte, beschrieben in den Zeilen 297 bis 334. Wir sollten langfristige Realinvestitionen fördern, kurzfristige Spekulationen diskriminieren. Banken müssen zukünftig wieder der Realwirtschaft dienen – und nicht umgekehrt.

Deswegen brauchen wir eine Finanztransaktionssteuer, einen TÜV für Finanzmarktprodukte und die Schließung von Steueroasen, um einige zentrale Forderungen zu nennen. Staat und Märkte sind aus unserer Sicht keine Gegensätze. Wir brauchen zukünftig einen handlungsfähigen Sozialstaat als Alternative zum neoliberalen Schrumpfstaat. Ein moderner Sozialstaat muss in die Zukunft investieren. Wir brauchen deutlich mehr öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Umwelt, Forschung und Entwicklung.

Ein langfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm soll uns dabei helfen, diese Aufgaben zu bewältigen. Ein moderner Sozialstaat betreibt Konjunktur- und Beschäftigungspolitik. Die sozialen und gesellschaftsorientierten Dienstleistungen wie Erziehung, Bildung, Soziales oder öffentliche Verwaltungen müssen ausgebaut werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen modernen Sozialstaat gibt es allerdings nicht zum Nulltarif. Allein eine Bildungsoffensive, die uns Anschluss an das skandinavische Bildungssystem ermöglicht, kostet jährlich zusätzlich 30 Milliarden Euro. Zukünftig wird also kein Weg an höheren Steuereinnahmen vorbeiführen. Wenn die staatliche Einnahmeseite verbessert werden soll, muss das auch sozial gerecht geschehen. Zukünftig müssen hohe Einkommen und Vermögen einen größeren Beitrag zur Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben leisten. Dies erfordert einen höheren Spitzensteuersatz, höhere Gewinnsteuern und eine stärkere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften. Hier reden wir nicht über Peanuts. Allein das private Nettovermögen beläuft sich auf das Fünffache der Staatsverschuldung.

Wir wollen aber auch, dass die Verursacher dieser Krise, wie auf diesem Kongress schon häufig gefordert, die Zeche selbst bezahlen. Auch aus diesem Grund fordern wir die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, wenn man so will: eine Art Mehrwertsteuer auf den Handel mit Finanzprodukten. Darüber hinaus ist jetzt der richtige Zeitpunkt für einen Lastenausgleich in Form einer befristeten Vermögensabgabe.

Kolleginnen und Kollegen, wir stellen die Verteilungsfrage allerdings nicht nur in der Steuerpolitik. Die Finanzmarktkrise hat ihre Wurzeln in der gestiegenen ökonomischen Ungleichgewichtung. Verteilung entscheidet über die Wachstums- und Beschäftigungschancen der Zukunft. Wenn die Kapital- und Vermögenseinkommen die Löhne überholen, dann bleiben maßgebliche Ressourcen ungenutzt. Dann vermehrt sich das Spielgeld im Kasino, und der private Konsum dümpelt vor sich hin.

Unsere Tarifpolitik wurde durch den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Irrweg der letzten Jahre geschwächt. Deswegen brauchen wir jetzt neue und bessere Regelungen auf dem Arbeitsmarkt. Mithilfe eines gesetzlichen Mindestlohns, mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit, mit staatlicher Förderung regulärer Beschäftigung und der Minderung von Hindernissen beim Erwerbszugang kann die Schieflage auf dem Arbeitsmarkt ausgeglichen werden. Der Finanzmarktkapitalismus, liebe Kolleginnen und Kollegen, untergräbt gerade seine eigenen Produktionsgrundlagen. Schreitet der Klimawandel fort, dann wird schon bald ein Fünftel des globalen Sozialprodukts verlorengehen. Deswegen brauchen wir einen aktiven Staat, der den ökologischen Umbau und die Industriegesellschaft als Entwickler, als Innovator, als Investor und Nachfrager vorantreibt. Zukünftiges Wachstum, Kolleginnen und Kollegen, muss immer qualitatives Wachstum sein.

Die aktuelle Krise zwingt uns gerade dazu, die Eigentumsfrage neu zu diskutieren. Die bisherige Privatisierungs- und Liberalisierungsbilanz unserer Republik hat niemanden überzeugen können. Eine billige, flächendeckende und hochwertige Versorgung mit öffentlichen Gütern konnte nicht erreicht werden, von der Entwicklung der Löhne und Arbeitsbedingungen in den privatisierten Bereichen ganz zu schweigen. In welchen Bereichen privates, staatliches, vergesellschaftetes oder genossenschaftliches Eigentum die höchste ökonomische und soziale Effizienz bringt, muss wieder neu diskutiert und auch entschieden werden.

Sozialer Fortschritt setzt immer ein Mehr an Demokratie voraus. Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, darf die Demokratie nicht vor dem Werkstor enden. Jetzt ist der Zeitpunkt, um an die starke wirtschaftsdemokratische Tradition der deutschen Gewerkschaften anzuknüpfen und diese konzeptionell weiterzuentwickeln. Aktionärs- und Gesellschafterinteressen dürfen keinen Vorrang mehr haben gegenüber den Interessen der Beschäftigten und des Allgemeinwohls. Mehr Wirtschaftsdemokratie bedeutet ein Mehr an betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung und eine demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft ebenso wie plurale Eigentumsformen und eine bessere Regulierung makroökonomischer Steuerungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Krise bietet auch eine historische Chance für eine soziale und ökologische Reformpolitik. Unser Antrag ist ein guter Kompass, um unsere Chancen zu nutzen. Ich bitte den Kongress, dem Begehren der Antragsberatungskommission Folge zu leisten. – Vielen Dank. (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Claus, für die Begründung des Antrages. Es liegt nur noch eine weitere Wortmeldung vor, das ist die Wortmeldung von Dietmar Hexel vom Bundesvorstand. – Dietmar, Du hast das Wort.

Dietmar Hexel, Mitglied des DGB-Bundesvorstands
Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne einen kleinen Aspekt zu dem beitragen, was schon diskutiert worden ist. Berthold hat vorhin in seinem Beitrag auch gefragt: Wie kommen wir eigentlich aus der Krise heraus, die keine Störung ist, sondern einen massiven Strukturbruch darstellt? Wenn wir nicht nur Krisenintervention machen wollen, dann müssen wir natürlich auch über die etwas langfristigeren Sachen nachdenken und reden. Das tun wir ja auch. Es geht mir natürlich nicht um den Gesamtkomplex, ich habe nur einige Anmerkungen aus der Sichtweise der ökologischen Themen; die ökonomischen Aspekte hat Claus Matecki eben genannt.

Ökologie und Ökonomie haben ja einen gemeinsamen griechischen Wortstamm. Die Griechen haben schon sehr lange darüber nachgedacht. Ökonomie bedeutet im alten Sinne „Gutes Haushalten des ganzen Hauses" und nicht nur eines Teils wie der Wirtschaft, der Ökologie, des Sozialen oder des Klimas. Die Dinge müssen natürlich zusammen bedacht werden. Dass wir ein Marktversagen haben, wissen wir. Wir haben ein Marktversagen sowohl bei den externen Kosten, die wir alle bezahlen, egal, ob bei Schulden oder bei Umweltvergehen, als auch bei öffentlichen Gütern. Das will ich hier nicht im Einzelnen ausführen. Ich schlage vor, dass wir über sechs Punkte noch einmal nachdenken.

Der erste Punkt – Claus hat es schon gesagt – wäre die Neustrukturierung des Finanzsystems und des Geldsystems. Dabei fällt auf, dass die Menschen Geld sozusagen unendlich schöpfen können. Die Finanzkrise ist ja ausschließlich von Menschen gemacht. Die Frage ist: Können die Zentralbanken in Zukunft eigentlich noch unendlich Geld schöpfen, ohne dass dem Geld Werte gegenüberstehen, nur mit dem Versprechen, dass es zukünftig Werte gibt? Vor etwa 40 Jahren war das noch mit Gold hinterlegt; das ist ja vorbei. Die Frage ist: Führt Geldschöpfung in die richtige Richtung, und führt die Anhäufung von Schulden oder gar ihre Verbriefung zur Wertschöpfung oder nicht nur zu den Blasen und den Skandalen, die wir kennen?

Der zweite Punkt ist die Ausrichtung der Unternehmensführung auf Nachhaltigkeit. Dazu habe ich gestern schon etwas gesagt. Erstens haben wir auch in den Aufsichtsräten Verantwortung dafür, dass die Unternehmen wettbewerbsfähig sein müssen; denn sonst produzieren sie falsch. Zweitens müssen sie auch attraktiv sein für die Arbeitnehmer, und sie müssen vor allen Dingen – das ist mir das Wichtigste – in Zukunft eine größere Stabilität erhalten. Es gibt in der Geschichte der Mensch-

heit keine Methode, um Krisen zu vermeiden, weil Krisen immer etwas anders sind. Es gibt nur Methoden, um die Auswirkungen von Krisen zu verringern. Krisen, die man kommen sieht, kann man vermeiden, aber nicht die Krisen, die man nicht sieht. Deswegen geht es darum, die Stabilität der Unternehmen zu erhöhen und die Krisenanfälligkeit zu verringern. Kurzarbeit ist da nur *ein* wesentlicher Beitrag. Die dritte Regel für die Nachhaltigkeit in der Unternehmensführung ist ihre umweltkonforme Ausrichtung.

Vom Thema Nachhaltigkeit komme ich zum vierten Vorschlag: Aktienrecht. Beim Aktienrecht kann man auch etwas tun. Man kann nicht nur die Börsenumsatzsteuer im Steuerrecht einführen; man kann auch darüber nachdenken, ob für das Gemeinwohl, das im Grundgesetz verankert ist, auch im Aktienrecht als Verpflichtung gute Unternehmensführung verankert werden muss. Auch das wäre ja eine Umsteuerung des Shareholder Value in diesem Bereich, wenn die Unternehmensleitungen dafür sorgen müssten. Das könnte die nationale Regierung ganz alleine tun, dazu brauchte sie nicht Europa, dazu brauchte sie nicht den internationalen Finanzmarkt.

Die zweite Änderung des Aktienrechts wäre: Was tun wir mit Spekulation? Es gibt ja nicht nur Spekulation im Bankensektor. Auch mit Aktien wird spekuliert. Mit den meisten Aktien wird spekuliert, und zwar täglich und von Leuten, die nichts mit den Unternehmen und mit unserer Existenzgrundlage, den Arbeitsplätzen, zu tun haben. Sie handeln einfach Papiere und wissen zum Teil gar nicht, was hinter den Papieren steht. Da stellt sich die Frage: Wäre es nicht zumindest eine Eindämmung der Spekulation, wenn man die Namensaktien, die man nur eingeschränkt handeln kann, wieder einmal auf die Tagesordnung setzt? Und man könnte bei Inhaberaktien auch darüber nachdenken, ob man die Fristen und die Bedingungen im Aktienrecht ändert, damit die Spekulation sich zumindest nicht ausweiten kann.

Der fünfte Punkt ist nachhaltiges Wirtschaften. Das haben wir alle schon buchstabiert, und der Begriff wird auch ein bisschen inflationär. Ich glaube, dass Michael Vassiliadis recht hatte, als er sagte, dass wir als Gewerkschaften noch keine diskutierte – eine richtige gibt es sowieso nicht – Nachhaltigkeitsstrategie haben, dass nicht klar ist, was wir darunter verstehen. In einer Industrienation sind wir aber auf Nachhaltigkeit angewiesen. Ich glaube, bei dieser nachhaltigen Wirtschaft eine Frage ganz klar beantworten zu können: Wir müssen überall dort, wo es um nicht erneuerbare Ressourcen geht – ich rede nicht nur von Energie –, noch stärker als bisher zu einer Kreislaufwirtschaft kommen, weil die Ressourcen auf der Erde endlich sind. Zweitens. Bei erneuerbaren Ressourcen müssen wir dazu kommen, dass unsere Fachleute, unsere Facharbeiter, unsere Techniker, unsere Ingenieure in den Betrieben und den Universitäten die Freiräume erhalten, sich zu erforschen und dafür sorgen zu können, dass die Anwendung der erneuerbaren Ressourcen weiterentwickelt wird. Das gilt sowohl für die Industrie wie für die Ernährungswirtschaft.

Das Gegenteil von Nachhaltigkeit ist Raubbau. Das will ein vernünftiger Mensch jedenfalls nicht. Nachhaltigkeit bedeutet natürlich auch nicht Verzicht, aber sie bedeutet Mäßigung. Mäßigung ist für Gewerkschaften eine schwierige Vokabel, denn das wird uns von der anderen Seite aus völlig anderen Gründen entgegengehalten. Da müssen wir dagegenhalten. Das ist klar. Wenn wir uns den gesamten Planeten anschauen und sehen, dass wir von sechs Milliarden auf neun Milliarden Menschen zugehen, und dass unsere natürlichen Ressourcen begrenzt sind – anders als bei Papiergeld, das wir unendlich schöpfen können –, dann müssen wir uns auch mit der Frage Mäßigung beschäftigen. Dies aber unter dem Gesichtspunkt Gerechtigkeit: Wie wird das erzeugt und verteilt, was wir gemeinsam erarbeiten – national, in Europa und in der Welt?

Fünfter Punkt: Energieerzeugung und Versorgung. Dazu sage ich nichts. Da kann ich mich nachher beim Antrag, wenn nötig, noch einmal melden.

Der sechste Punkt: Wir brauchen eine andere Beteiligung der Menschen bei uns, aber auch in allen Ländern in der Frage, wie wir diese Krisenanfälligkeit verkleinern, wie wir wirklich zu einer anderen, nachhaltigen Wirtschaft kommen und was wir darunter verstehen. Ich finde, dass die Stichworte schon genannt worden sind. Da geht es einmal um Teilhabe, aber es geht auch darum, dass wir uns vergegenwärtigen, dass wir als Menschen nicht nur ökonomische Wesen sind. Wenn man genauer hinschaut, gar nicht mal in erster Linie ökonomische Wesen – wir leben wir ja nicht vom Shopping oder vom Fußballgucken, das macht nur Spaß.

In erster Linie leben wir, weil wir Luft atmen, weil wir Wasser trinken, das sauber sein soll, weil wir ein Grundbedürfnis auf Nahrung haben, und zwar in der ganzen Welt. Auch weil wir uns ausruhen wollen in öffentlichen Parks, möglichst ohne dass die Polizei hinter jedem Baum stehen muss. – Nichts gegen die Polizei, nur etwas gegen die Verhältnisse, die die Polizei auf den Plan rufen. – Wir sind also auch ökologische Wesen. Deswegen sind für das Ziel einer Anti-Krisen-Politik diese Felder auch zu beachten, um die Systeme unserer Unternehmen, die Gesellschaft an sich stabiler zu machen, und zwar um den Wohlstand zu halten, für eine gerechte Verteilung zu sorgen und allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen – bei uns in der Gesellschaft, aber auch weltweit. Dabei müssen wir aber wahrscheinlich über extensiven Verbrauch und ein ex-

tensives Wachstum der bisherigen materiellen Werte reden, damit keine neuen spekulativen Blasen verzeichnet werden müssen.

Michael Vassiliadis hat gestern schon gesagt, Nachhaltigkeit kommt aus der Forstwirtschaft. Das stimmt. Aber es stimmt auch, dass es eigentlich ein ökonomischer Begriff war, denn es war Hans Carl von Carlowitz, der Oberberghauptmann in Freiberg, der sich im vorletzten Jahrhundert Sorgen machte über die ökonomischen Grundlagen des Bergbaus. Der hat den Begriff in die Forstwirtschaft eingeführt und gesagt: Wenn wir die Produktionskraft des Waldes nicht erhalten, wenn wir also die Ökologie nicht erhalten, dann werden wir ökonomisch gesehen mit Holz keinen Ertrag haben und können dann auch keine Bergwerke mehr bauen. Das war damals die große Stunde, in der dieser Begriff der Nachhaltigkeit geboren worden ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Dietmar. Du warst der letzte Redner zum Antrag A 002. Ich habe aus beiden Beiträgen, die ja vom Antragsteller kamen, keine Änderungswünsche herausgehört. Ich denke, die Empfehlung der Antragsberatungskommission steht damit zur Abstimmung.

Bevor wir abstimmen, erinnere ich noch mal NGG and friends daran, dass sie sich dann anschließend versammeln wollen. Deshalb bitte ich, alle im Saal zu bleiben.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag A 002. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission, die schlicht und einfach „Annahme" lautet, folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Wer möchte der Empfehlung nicht folgen? – Enthaltungen? – Damit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission einstimmig gefolgt.

Bevor wir in die Mittagspause gehen, versammeln sich die Kollegen von NGG hier vorne an der Wortmeldestelle. Das hatten sie angemeldet. Ich erinnere die Kollegen von ver.di daran, dass sie sich zu Beginn der Mittagspause in Saal 2 treffen.

Ich möchte im Namen unseres verehrten Kollegen Ernst Breit sehr herzlich einladen zu seiner Signierstunde am Stand der Hanns-Böckler-Stiftung zur Veröffentlichung „Ausgleich mit Augenmaß – Gespräche mit Ernst Breit". Es ist von 14 bis 15 Uhr Gelegenheit, mit ihm zu sprechen und das Werk signieren zu lassen.

Jetzt höre ich gerade, die ver.di-Kollegen sollen hier bleiben, aber sich dennoch versammeln. Was ist jetzt mit der NGG? Ihr wolltet Euch versammeln während der Beratung? (Zurufe) – Nicht mehr.

Dann treten wir jetzt in die Mittagspause ein bis 15 Uhr.

(Unterbrechung des Kongresses: 13.06 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 15.02 Uhr)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Kolleginnen und Kollegen! 15 Uhr ist schon vorbei. Ich eröffne den Kongress wieder zur Nachmittagssitzung am heutigen Dienstag. Unsere Beratungszeit ist begrenzt durch den um 17 Uhr beginnenden Polit-Talk. Da die Bühne umgebaut werden muss, können wir nur bis 16.30 Uhr beraten. Dann müssen wir Pause machen, um der Technik Raum zu geben. Deswegen bitte ich Euch, wieder Platz zu nehmen, und beginne mit einer freudigen Nachricht.

Auf Euren Plätzen verteilt ist eine Meldung aus „Spiegel online". Der Kongress zeigt erste Erfolge. Es ist deutlich Bewegung in das Thema Finanztransaktionssteuer gekommen. dpa meldet, dass der Bundestag noch am Freitag dieser Woche über die Steuer entscheiden wird und auch der Bundesrat noch am selben Tag dazu die nötigen Beschlüsse fassen soll. Ihr seht also, es bewegt sich etwas. (Beifall)

Die EU-Finanzminister haben zum gleichen Thema wie unser heutiger Kongresstag getagt, nämlich „Wege aus der Krise", und haben zumindest für die Eurozone beschlossen, den Prozess der Einführung der Steuer zu beschleunigen und auch international mehr Druck zu machen. Ich denke, das ist ein guter Auftakt für die weiteren Debatten.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass auf Euren Plätzen inzwischen auch die Einladungen der Parteien mit den Programmen liegen, die Euch heute Abend erwarten. Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 20 Uhr. Davor wird der Kon-

gress ganz normal zu Abend essen, wie es bisher üblich war. Auf den Tischen beim Abendessen werden weitere Infos über die Parteienabende zu finden sein.

Ich möchte weiterhin darauf hinweisen, dass uns einige Kolleginnen und Kollegen darauf aufmerksam gemacht haben, dass es nicht ganz fair gegenüber den Kollegen ist, die für die Saalreinigung verantwortlich sind, dass sie sich nach unserem Altpapier bücken und das aufsammeln müssen. (Beifall) Deswegen sind an den Ausgängen Papiertonnen aufgestellt worden. Wir bitten Euch, Euer Papier selbst aufzuheben und beim Verlassen des Saals dort zu entsorgen. (Beifall) Die Unterbrechung des Kongresses um 16.30 Uhr wäre dafür eine günstige Zeit, weil bei der Abendveranstaltung kein Papier mehr gewälzt werden wird, nehme ich an.

Ich erinnere daran, dass noch Fragen für den Polit-Talk in die dafür vorgesehenen Behälter rechts und links der Wortmeldestelle eingeworfen werden können. Ansonsten sind wir mitten in der Antragsberatung zum Block A und sind angekommen beim Antrag A 003 „Aus der Krise lernen – Wirtschafts-, Struktur und Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten!" Antragsteller ist der DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt. Ich bitte die Antragsberatungskommission um ihr Wort. Bitte, Wolfgang.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Kolleginnen und Kollegen, der Antrag A 003 schließt inhaltlich an den Antrag A 002 an. Dies wird an vier Handlungsfeldern deutlich, die ich Euch kurz nennen möchte. Erstens. Die industrielle Basis soll erhalten bleiben, unter anderem durch einen öffentlichen Beteiligungsfonds, zu Neuhochdeutsch heißt das Public Equity Fonds. Zweitens. Öffentliche Investitionen sollen gestärkt werden. Hier wird unter anderem die Rolle des Staates als Anbieter, Innovator und Investor genannt. Drittens. Es sollen die Einkommen und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Und viertens eine beschäftigungsorientierte Arbeitsmarktpolitik, wozu unter anderem Beschäftigungsbrücken gehören sollen.

Wir empfehlen: Annahme als Material zu dem Antrag A 002.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Wolfgang. Es liegen zu diesem Antrag keine Wortmeldungen vor. Auch der Antragsteller hat nicht das Wort gewünscht. Insofern gehe ich davon aus, dass wir gleich in die Abstimmung eintreten können. Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenprobe! Wer möchte nicht folgen? – Danke schön. Enthaltungen? – Dann ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission einstimmig gefolgt worden und dieser Antrag als Material zu Antrag 002 beschlossen worden.

Wir kommen zum Antrag A 004 „Energiepolitischer Antrag von IG Bergbau, Chemie, Energie und IG Metall". Wieder hat Wolfgang das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Dort wird angesichts der Herausforderungen des technologischen Wandels, des Klimawandels, der Rohstoffverknappung und der Demografie eine aktive, nachhaltige und beschäftigungsorientierte Industriepolitik gefordert. Ich nenne auch hier die wesentlichen Bestandteile des Antrags: einmal wieder den öffentlichen Beteiligungsfonds, zum anderen Kriterien guter Arbeit bei der Vergabe staatlicher Hilfen, des Weiteren die Sicherung gewerkschaftlicher Beteiligungsrechte. Es geht um eine innovationsorientierte Clusterpolitik und die Definition von Leitmärkten sowie die Schaffung eines institutionellen Rahmens für ein nachhaltiges Wachstum.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt: Annahme in geänderter Fassung. In Zeile 120 soll zur sprachlichen Präzisierung das Wort „nachhaltig" eingefügt werden. Außerdem schlägt die Antragsberatungskommission einen neuen Titel vor. Der Antrag soll heißen „Für eine aktive und nachhaltige Industriepolitik". Abschließend noch ein Hinweis: Mit der Verabschiedung dieses Antrages sind auch Abschnitte des Antrages A 006 erledigt.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Wolfgang. Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Ich eröffne die Debatte. Es liegen zurzeit fünf Wortmeldungen vor. Für den Antragsteller hat sich zu Wort gemeldet die Kollegin Brigitte Bauhoff von der IG BCE mit der Delegiertennummer 36.

Brigitte Bauhoff
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Roche Diagnostics, einem Unternehmen mit 12.000 Beschäftigten in Deutschland an den Standorten Mannheim und Penzberg, und außerdem Mitglied im ehrenamtli-

chen Hauptvorstand der IG BCE. Ich möchte mit meinem Redebeitrag den gemeinsamen Antrag von IG Metall und IG BCE für eine aktive und nachhaltige Industriepolitik aktiv unterstützen und für eine breite Zustimmung werben.

Der Antrag fordert für die deutsche und europäische Industrie ein, was spätestens seit den Exzessen unregulierter Finanzmärkte immer zwingender notwendig wird: mehr politisches Handeln, mehr politische Gestaltung und mehr politische Verantwortung. Die Industrie und die industrienahen Dienstleistungen in Deutschland und Europa brauchen eine Zukunft. Der aus der Flasche gelassene neoliberale Geist, die Märkte allein werden es schon richten, hatte die Politik auch in Bezug auf die Industriepolitik erfasst. Viele Ökonomen, aber auch viele Politiker haben jahrelang gepredigt, die beste Industriepolitik sei keine Industriepolitik. Zwar sind diese Stimmen leiser geworden, aber dennoch ist die im Antrag eingeforderte aktive und nachhaltige Industriepolitik längst nicht verwirklicht.

Der Antrag analysiert dies zutreffend, genauso wie er die Rahmenbedingungen und die Erfordernisse der deutschen und der europäischen Industrie beschreibt. In den letzten Jahren musste sich die deutsche Industrie beispielsweise verstärkt mit neuen Wettbewerbern auseinandersetzen. Diese Wettbewerber werden massiv von ihren Staaten industriepolitisch unterstützt. Aktuell kann man dies zum Beispiel an der Fotovoltaikindustrie sehen, wo asiatische Hersteller mit staatlicher Unterstützung auf den Markt drängen.

In den USA agiert im Bereich des Gesundheitswesens die FDA, die staatliche Food and Drug Administration, mit immer höheren Anforderungen an Neuzulassungen von Medikamenten und Medizinprodukten. Es geht hier nicht um die Qualität dieser Produkte, aber diese Anforderungen sind nicht immer sinnvoll und erwecken manchmal den Eindruck, dass sie sich gezielt gegen europäische Mitbewerber richten, da sie als Grundlage die amerikanische Arbeitsteilung haben, die im Gegensatz zu Europa mit schlecht beziehungsweise gar nicht ausgebildeten Kräften in der Produktion arbeitet und daran die Voraussetzungen knüpft.

Gleichzeitig muss sich aber die deutsche und die europäische Industrie den Anforderungen einer nachhaltigen Wirtschaft noch stärker stellen als in der Vergangenheit. Es stellt sich für Deutschland und Europa also nicht die Frage des Ob, sondern die Frage des Wie einer Industriepolitik.

Der vorliegende Antrag gibt aus meiner Sicht die zutreffenden Antworten auf zentrale Herausforderungen. Ich will nur zwei Aspekte herausgreifen. Der Antrag weist zu Recht auf die große Bedeutung von Innovationen und neuen Technologien hin. So müssen die Schlüsseltechnologien wie die Nano- und die Biotechnologie natürlich sicher und verantwortungsvoll genutzt werden können, wenn Deutschland und Europa ihre industrielle Zukunft erhalten wollen. Die Innovationsfähigkeit muss sicher in das Zentrum einer erfolgreichen Industriepolitik gestellt werden.

Zu einer nachhaltigen und aktiven Industriepolitik gehören aber nicht nur technologische Innovationen, sondern auch ausreichende soziale Flankierungen und soziale Sicherheit. Nur dann werden die Menschen bereit sein, die notwendigen Veränderungen mitzugehen. Auch dies ist in dem Antrag zutreffend beschrieben. Ich möchte es an einigen Beispielen exemplarisch herausgreifen.

Die Beschäftigung muss auf dem ersten Arbeitsmarkt gesichert werden, und zwar zulasten der ganzen prekären Arbeitsverhältnisse. Die berufliche Qualifikation der Beschäftigten muss erhöht werden. Das lebensbegleitende Lernen muss in jedem Betrieb verankert werden. Dauerhafte Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven bei Veränderungen müssen gewährleistet sein. Eine aktive und nachhaltige Industriepolitik heißt deshalb auch, den strukturellen Wandel aktiv zu begleiten und zu fördern und für faire Wettbewerbsbedingungen weltweit zu sorgen. Nie war das aktueller.

Die zunehmend globalisierte Industrie braucht ökonomische, soziale und ökologische Leitplanken, die durch Politik und Sozialpartner zu gestalten sind. Der vorliegende gemeinsame Antrag enthält eine ganze Reihe von konkreten Ideen, Maßnahmen und Instrumenten, die zum Ziel haben, der deutschen und der europäischen Industrie nach der globalen Wirtschaftskrise nicht nur kurzfristig zu helfen, sondern sie auf Dauer zukunftsfest zu machen.

Der industrielle Sektor bildet in Deutschland, aber auch in vielen Ländern Europas bis heute das Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Leistungsfähigkeit der deutschen und der europäischen Volkswirtschaft ist dabei durch einen engen Verbund von industrieller Produktion und industrienahen Dienstleistungen geprägt. Eine aktive Industriepolitik muss daher auch mit einer aktiven Dienstleistungspolitik, wie sie der Antrag A 007 von ver.di fordert, verbunden werden. Ich bitte daher ausdrücklich darum, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen und dann gemeinsam an der Umsetzung politisch mitzuwirken.

Nur mit einer starken industriellen Basis, die einer aktiven und nachhaltigen Industriepolitik bedarf, werden Deutschland und Europa substanzielle Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung erreichen, bei der die Umwelt geschont wird und mehr soziale Gerechtigkeit erreicht werden kann. – Vielen Dank fürs Zuhören und Glück auf! (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Brigitte, für die Begründung des Antrags. – Es spricht als Nächster Andreas Steppuhn von der IG BAU, Teilnehmernummer 5.

Andreas Steppuhn
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte von meiner Vorrednerin gern auch einmal die Begriffe Mittelstand und Handwerk gehört, weil ich glaube, dass es in Deutschland mehr Bereiche gibt, über die man im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik reden muss, als nur die Industrie.

Ich will vorwegschicken, dass es nicht das Anliegen der IG BAU ist, gegen diesen Antrag der IG BCE und der IG Metall zu sprechen, sondern mir ist es wichtig, einige Anmerkungen zu den anderen Bereichen zu machen. Ich finde es auch gut, dass die Antragsberatungskommission den Titel des Antrags verändert hat, dass jetzt davon gesprochen wird, dass es sich um eine aktive und nachhaltige Industriepolitik handelt.

Wir halten es als IG BAU für wichtig, den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht zuletzt auch unter beschäftigungspolitischen Aspekten einer ganzheitlichen Betrachtungsweise zu unterziehen. Ich glaube, wenn in dem Antrag von einem Zusammenwirken von Industrie und Dienstleistungen die Rede ist, darf man die Bedeutung von Mittelstand und Handwerk nicht unterschätzen, sondern man muss sie sogar herausstellen. Es ist richtig, dass der industrielle Sektor in Deutschland ein Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze darstellt. Deshalb – es ist mir wichtig, das für die IG BAU zum Ausdruck zu bringen – sehen wir Handwerk und Mittelstand mittlerweile als ein weiteres großes und starkes Fundament an. Handwerk und Mittelstand sind mittlerweile bei all den Problemen, die wir in Deutschland haben, ein ganz wichtiger Wirtschaftsfaktor geworden. Nicht zuletzt die kleinen und mittelständischen Unternehmen waren ein Garant dafür, dass die negativen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland nicht so durchgeschlagen haben wie in rein von Industrieunternehmen und Konzernen dominierten Ländern Europas.

Deshalb ist meine Gewerkschaft, die IG BAU, natürlich dafür, wie in dem Antrag gefordert wird, die Zukunft der deutschen Industrie zu sichern. Gleiches muss aber auch für Mittelstand und Handwerk gelten. Sicherlich sind industrielle Großunternehmen auch immer die Grundlage dafür gewesen, dass Handwerk und Mittelstand mit all ihren Arbeitsplätzen davon profitiert haben. Gleiches gilt mittlerweile in vielen Bereichen. Das gilt aber auch in umgekehrter Reihenfolge. Die Innovationskraft von handwerklich und mittelständisch geprägten Unternehmen hat oft dazu geführt, dass industrielle Bereiche sich überhaupt haben entwickeln können. Deshalb sind diese nicht mehr wegzudenken. Sie führen zu unverzichtbaren Impulsen für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

Neben der Industrie haben sich immer größer werdende Dienstleistungsbereiche, von denen hier in dem Antrag auch die Rede ist, entwickelt. Oft ausgehend von handwerklich und mittelständisch geprägten Strukturen sind große Unternehmen im Bereich der personenbezogenen und industriellen Dienstleistungen entstanden. Die IG BAU ist bekanntermaßen im Bereich des Gebäudereinigerhandwerks und des Facility Managements besonders stark, weil diese beiden Bereiche aus Handwerk und Mittelstand hervorgegangen sind. Gerade an den Schnittstellen von Produktion, Servicedienstleistung und Vertrieb sind Wachstumsbranchen entstanden, die ihren Ursprung in Handwerk und Mittelstand hatten und haben.

Es gibt aber noch einen weiteren wichtigen Punkt, der, glaube ich, herauszuheben ist, wenn wir über eine aktive und nachhaltige Wirtschaftspolitik in Deutschland diskutieren. Während die Industrie auf den Export setzt und immer mehr darauf angewiesen ist, setzen das Handwerk und viele mittelständische Unternehmen eher auf den heimischen Binnenmarkt. Deshalb wird es auch nach dem Auslaufen der Konjunkturpakete und trotz Schuldenbremse erforderlich sein, dass auch zukünftig genügend öffentliche Investitionen vorhanden sind, um in diesen Bereichen Arbeitsplätze zu schaffen. Das Handwerk ist nämlich kein Exportweltmeister, sondern lebt auch davon, dass es eine Kontinuität bei öffentlichen Investitionen gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Industrie- und Mittelstandspolitik gehören untrennbar und symbiotisch zusammen. Gewerkschaftliche Industriepolitik darf keine Lobbypolitik für einzelne Unternehmen im Wettlauf um Subventionen sein. Im Gegenteil: Wir erleben es sehr häufig, dass dann, wenn uns Arbeitgebervertreter aus Handwerk oder Mittelstand auch bei Tarifverhandlungen und bei Gesprächen gegenübersitzen, darüber geklagt wird, dass industrielle Großunternehmen mit Subventionen unterstützt werden und für Mittelstand und Handwerk so gut wie keine Lobby in Deutschland da ist.

Um die beschäftigungspolitische Bedeutung des Handwerks in Deutschland sichtbar zu machen, möchte ich darauf verweisen, dass es allein in diesem Bereich in Deutschland 887.000 Betriebe gibt. In diesen Unternehmen haben mittlerweile mit wachsender Tendenz über fünf Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz. Das Handwerk trägt dafür Sorge, dass 500.000 junge Menschen im Jahresdurchschnitt einen Ausbildungsplatz haben. Im Übrigen sind es immer das Handwerk und natürlich auch der Mittelstand gewesen, die dafür Sorge getragen haben, dass junge Menschen einen Ausbildungsplatz gefunden haben. Und das Handwerk war auch Garant dafür, dass die Industrie qualifizierte Fachkräfte von morgen bekommen hat.

Die IG BAU plädiert daher für die Entwicklung einer integrierten Branchen- und Strukturpolitik entlang der gesamten Wertschöpfungskette unserer Wirtschaft, die sicherstellt, dass auch Handwerk und Mittelstand entsprechend berücksichtigt werden. Unser gewerkschaftliches Augenmerk muss sich auf alle Bereiche erstrecken, in denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tätig sind, angefangen bei Großkonzernen bis hin zum kleinen Handwerksunternehmen.

Alle unsere Kolleginnen und Kollegen, alle unsere Gewerkschaftsmitglieder haben einen Anspruch darauf, dass wir ihre Arbeitsplätze sicherer machen und auch die Arbeitsbedingungen durch gute Tarifverträge im Sinne der Forderung nach „Guter Arbeit" besser gestalten. Dies muss unser gemeinsames Ziel sein. In diesem Sinne, Kolleginnen und Kollegen, danke ich Euch für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Andreas. – Das Wort hat Oliver Burkhard von der IG Metall, Delegiertennummer 175.

Oliver Burkhard
Schönen guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme aus dem wunderschönen Nordrhein-Westfalen. Und alle diejenigen, die dort mal waren, wissen, was zum Beispiel im Ruhrgebiet in den vergangenen Jahrzehnten an industriellem Strukturwandel passiert ist.

Einige von Euch kennen vielleicht den Landschaftspark in Duisburg, den Landschaftspark Nord, ein ehemaliges Industriegelände, ein ehemaliges Hüttenwerk. Heute wird dort kein Stahl mehr gemacht, heute gibt es dort Gastronomie, ein Klettercenter, man kann dort sogar Tauchen gehen. Nachts ist dieser Park auf unverwechselbare Art und Weise beleuchtet; das sieht ganz toll aus. Im Sommer gibt es ein Freilichtkino. Aber da haben in den 70er-Jahren mal 2.800 Menschen in der Stahlindustrie gearbeitet. Jetzt gibt es dort nur noch einen Bruchteil an Jobs. Wenn wir hier über Industriepolitik reden, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass wir im Jahr 2020 nicht nur Industriemuseen haben, die wir besichtigen können, sondern dass wir auch noch Industrie haben, die wir ebenfalls besichtigen können. (Beifall)

Dafür kann und dafür muss man auch etwas tun. Und wir als Gewerkschaften haben etwas hinbekommen; das haben wir uns hier in den vergangenen Tagen schon mehrmals gegenseitig versichert. Wir haben in der Krise einen sehr guten Job gemacht. Ich nehme aber wahr: Jetzt fallen in den Betrieben die Entscheidungen darüber, ob und wie wir auch im Jahr 2020 noch erfolgreich entwickeln, produzieren oder auch exportieren. Jetzt fallen die wichtigen Standortentscheidungen. Jetzt wird entschieden, ob wir gute und sichere Arbeitsplätze halten können und neue entstehen, auch und gerade, damit junge Menschen eine Perspektive bekommen.

Ich finde, es ist unser Job in den Gewerkschaften, uns der Alternative zu stellen, ob aus den heutigen Auszubildenden und den Studierenden künftig ein Heer von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern oder gar Arbeitslosen wird oder ob sie die Chance bekommen, in einer modernen, zukunftsfähigen und natürlich ökologisch vertretbaren Industrie einen Job zu bekommen. (Beifall)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen bei der IG Metall eine Botschaft, die lautet dort ganz einfach „besser statt billiger". Das muss die Antwort sein. Aber damit daraus auch etwas wird, Kolleginnen und Kollegen, muss Schluss sein mit manchen Glaubenssätzen quer durch alle politischen Lager, vielleicht auch quer durch diesen Kongress.

Manche sagen, die industrielle Exportlastigkeit ist Teil des deutschen Wirtschaftsproblems. Ich sage, sie ist es nicht, Kolleginnen und Kollegen, im Gegenteil. Manche sagen, Industrie bringt sowieso immer weniger Arbeitsplätze, gut leben können wir also auch weitgehend ohne. Ich glaube, auch das ist ein Fehler. Manche sagen, Industrie ist am erfolgreichsten, wenn sich Politik nicht einmischt. Auch das, glaube ich, funktioniert so nicht. Und manche sagen, Industrie ist das, was Dreck macht, und das überlassen wir lieber anderen irgendwo außerhalb unseres Landes.

Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist schon höchste Zeit, die Debatte an dieser Stelle etwas anders zu führen. Wenn wir weltweit gefragte und gute Autos bauen oder Maschinen, dann nehmen wir niemandem anderswo den Arbeitsplatz weg,

ganz im Gegenteil, dann sichern wir Arbeitsplätze, dann sichern wir nämlich ordentliche Tarifeinkommen und Kaufkraft für den Binnenmarkt und für den Import von Waren und Dienstleistungen. Selbstverständlich ist klar: Wir importieren auch viele Güter, die unter katastrophalen Bedingungen produziert werden. Hungerlöhne, keine Gewerkschaftsrechte, unmenschlicher Druck, das ist der Skandal, das ist unwürdig, und darauf dürfen wir uns nie ausruhen. Ganz im Gegenteil: Wir dürfen nicht darin nachlassen, diese elendigen Zustände anzugehen, und wir müssen sie vor allem bekämpfen. Das ist das Problem, das wir haben, nicht die Exporterfolge unserer Industrie, (Beifall) sondern dass die Importe von den Weltmärkten unter diesen Bedingungen hergestellt werden.

Damit zu einem zweiten großen Irrtum, nämlich zu dem Irrglauben, dass Jobs in der Industrie sowieso immer weniger werden. Ich kann nur raten, genau hinzuschauen; dann sehen wir nämlich: Sechs von zehn Arbeitsplätzen gäbe es einfach nicht mehr, würden wir die Industrie abschreiben. An unserer Industrie hängen jede Menge Dienstleistungen. Und deshalb ist auch klar: Ein Geschäftsmodell ohne Industrie trägt nicht, schon gar nicht für ein Land mit 80 Millionen Menschen, die ein gutes Leben mit „Guter Arbeit" wollen. Ich glaube, ein Blick nach Großbritannien sagt an der Stelle alles.

Noch ein Satz zum Irrglauben auch der ewigen Marktideologen und Besserwisser, Wirtschaft würde am besten funktionieren, wenn sich die Politik nicht oder nur wenig einmischt. Wo hätten wir heute Fachkräfte, wenn in der Vergangenheit allein der Wirtschaft zugetraut worden wäre, für den Nachwuchs zu sorgen? Ohne die öffentlichen Investitionen in Bildung in den vergangenen 40 Jahren oder die gesetzlichen Standards für Berufsausbildungen wären wir als Exportnation meines Erachtens schon längst lange unten durch. (Beifall) Und ohne die hohen staatlichen Anforderungen an Umweltschutz gäbe es nicht die Exportschlager in der Energie- und Umwelttechnik.

Für uns als IG Metall ist klar: Wenn der Staat nicht die passenden Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Industrie setzt, dann wird das niemand anderes tun. Eine Industriepolitik, die diesen Namen auch verdient, wird jedenfalls nicht allein aus den einzelwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnissen erwachsen.

Kolleginnen und Kollegen, lasst mich auch noch etwas zum Thema „Industrie als Dreckschleuder" sagen. Nirgendwo auf der Welt wird zum Beispiel Stahl ressourceneffizienter und umweltgerechter produziert als hier bei uns. Das gilt für ähnlich viele andere Produkte. Wir wären wahnsinnig, wirklich wahnsinnig, wenn wir diese Industrien ziehen lassen würden. Es ist unser Job als Gewerkschafter, die Balance von industrieller Fertigung und ökologischer Verantwortung hinzubekommen. (Beifall) Was wäre das für eine Verschwendung von Chancen und menschlichem Vermögen, wenn ausgerechnet wir uns dieser Aufgabe nicht stellen würden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aktive Industriepolitik in diesem Sinne, in unserem Sinne ist etwas ganz anderes als das, was die Bundesregierung bisher plant. Stichwort „Bundesregierung". Wir hatten ja die Kanzlerin hier zu Besuch. „Hart, aber fair" ist eine Sendung im WDR. Wir hatten hier erlebt: Nur fair, hart war es nicht besonders. Aber bei „Hart, aber fair" gibt es immer einen „Faktencheck". Den Faktencheck zu dem, was die Bundeskanzlerin gesagt hat, würde ich hier doch gerne noch mal loswerden, wenn ich die Gelegenheit dazu habe – „3:27" steht auf der Uhr; ich glaube, das schaffe ich noch.

Am Sonntag hat die Bundeskanzlerin uns hier erzählt, dass jetzt die Banken über eine Bankenabgabe etwa eine Milliarde in einen Fonds einzahlen sollen, um in Zukunft selbst für unkalkulierbare Kreditrisiken geradezustehen. Entschuldigung! Nur zur Erinnerung: Für das letzte Bankenrettungsprogramm mussten wir als Steuerzahler mit Garantien von über 480 Milliarden geradestehen. Jetzt kommt der Faktencheck. Das heißt im Klartext: Die Bundesregierung bereitet sich vor, dass wir im Jahr 2490 so weit wären, eine solche Krise wieder mal hinzubekommen, dass wir es nicht wieder selber zahlen müssen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

An der Stelle sei gesagt: So lange plant vielleicht die katholische Kirche, was in Fragen des ewigen Lebens auch durchaus berechtigt sein kann. (Heiterkeit) Uns kann dies allerdings nicht gefallen. Das ist eine Scheinlösung. Daher ist es höchste Zeit, dass die Politik den vielen Worten auch in der Industriepolitik Taten folgen lässt. Insofern bitte ich seitens der IG Metall um Zustimmung zu diesem Antrag. – Danke fürs Zuhören. (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Herzlichen Dank, Oliver. – Es spricht jetzt Frank Eschenauer von der IG BCE mit der Delegiertennummer 40.

Frank Eschenauer
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme aus der Papierindustrie und bin dort Gesamtbetriebsratsvorsitzender in einem finnischen Konzern mit zwei Standorten, und zwar einem in Bergisch Gladbach mit circa 900 Beschäftigten und einem in Düren mit circa 500 Beschäftigten. Wir haben rund 90 Prozent gewerkschaftlich Organisierte. (Beifall)

Ich möchte gerne für den Antrag der IG Metall und der IG BCE werben. Ich möchte allerdings zunächst ein Stück weit Verständnis für die Situation in der Papierindustrie in Deutschland gewinnen. Dazu möchte ich gerne einige Kennziffern nennen.

Wir haben erhebliche wirtschaftliche Probleme. Die Papierproduktion hat sich zum Beispiel in unserem Unternehmen in den letzten 15 Jahren nahezu verdoppelt. Die Beschäftigtenanzahl in unserem Unternehmen wurde um zwei Drittel reduziert. Obwohl sich also die Produktion in den letzten 15 Jahren verdoppelt hat und obwohl es zu Personaleinsparungen kam, macht unser Unternehmen rund 100 Millionen Euro weniger Umsatz. Das heißt, die Preise in der Papierindustrie sind absolut kaputt. An diesen Zahlen erkennt Ihr sofort, mit welchen erheblichen Umsatzeinbrüchen wir zu kämpfen haben. Die Probleme waren noch nie so groß wie heute. Seit längerer Zeit ist unser Cash Flow negativ. Das heißt, wir benötigen Monat für Monat Geld unserer Mutter, um Löhne, Gehälter und Materialien bezahlen zu können.

Aufgrund erheblicher Überkapazitäten können die Kostensteigerungen, die uns insbesondere durch Energie und Rohstoffe entstehen, nicht durch die Preise weitergegeben werden. In der Papierindustrie werden zahlreiche Standorte geschlossen. Heute werden Standorte nicht mehr verkauft, sondern sie werden geschlossen, um den Markt zu bereinigen, oder sie gehen in die Insolvenz. Allein in Deutschland sind in den letzten drei Jahren mehr als 30 Betriebe – auch Großbetriebe – von Insolvenz oder Schließung betroffen gewesen. Ausnahmen bilden hier die Hygienepapierhersteller und die Kartonhersteller.

Auch wir in Bergisch Gladbach und Düren waren potenzielle Schließungskandidaten. Wir haben unter starker Beteiligung unserer Gewerkschaft, der IG Bergbau, Chemie, Energie, Interessenausgleichs- und Sozialverhandlungen aufgenommen. Nach mehrmonatigen Verhandlungen haben wir 2009 einen Zukunftsvertrag mit unserem finnischen Management abschließen können. Dieser Vertrag räumt uns bis Ende 2011 erhebliche wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte ein, die weit über die gesetzlichen Regelungen hinausgehen. Wir haben von unserer Mutter die verbindliche Zusage, vor einer eventuellen Schließung des Werkes eigenständig Käufer oder Investoren suchen zu können, mit denen verbindlich verhandelt wird. Jetzt sagt jeder: Wieso? Das muss doch auch im Interesse des Unternehmens liegen. – Nein, die Situation in der Papierindustrie ist die, dass man schließt und nicht verkauft. Insofern ist das für uns ein ganz wesentlicher Bestandteil zwecks Erhaltung des Standortes.

Wir haben die Zusage, dass der Verkauf einzelner Produktionssparten ausgeschlossen ist, falls es zu einem Ausverkauf unseres Unternehmens kommen sollte. Wir haben die Zusage, dass wesentliche Produktionsanlagen nicht ohne Zustimmung des Betriebsrats verkauft werden können. Wir haben die verbindliche Zusage, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der künftigen strategischen Ausrichtung der M-real-Zanders GmbH beteiligt werden. Wir haben die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen bis Ende 2011 inklusive Übertarife, Prämien, 13. Monatseinkommen, Urlaubsgeld abgesichert; auch die Pensionsordnung wird weitergeführt. Dies haben wir geschafft, weil es starke Gewerkschaften und starke Betriebsräte gibt, die dieses durchsetzen konnten.

Wir müssen als Gewerkschaften allerdings alles unternehmen, um die Zukunft der deutschen Industrie zu sichern. Im Großteil unserer Industrien bestehen hervorragende Tarifverträge. Wir haben hohe gewerkschaftliche Organisationsgrade. Diese Arbeitsplätze dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Wir brauchen eine aktive und nachhaltige Industriepolitik und einen wachsenden Dienstleistungsbereich. Dafür müssen wir als Delegierte auch zu diesem Antrag stehen.

Derzeitig wird der hohe Außenhandelsüberschuss von uns zum Teil problematisiert. Dieser ist aber gerade für die deutsche Industrie und den Erhalt unserer Arbeitsplätze von immenser Bedeutung. Das schließt im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Konjunkturprogramme und die Stärkung der Binnennachfrage überhaupt nicht aus. Diese Dinge passen hervorragend zueinander, und das sage ich nicht, um die Soße der Harmonie hier über den Kongress zu schütten, sondern weil ich es so sehe. Ohne diese Überschüsse im Außenhandel wäre die Arbeitslosigkeit höher, es würden mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse entstehen, und die Krise hätte Deutschland noch massiver getroffen. Arbeitsplätze in der Industrie, die gut bezahlt werden und verloren gehen, kommen so gut wie nicht mehr zurück.

Wir wollen eine nachhaltige Industriepolitik und das Zusammenwirken von Industrie und Dienstleistungen. Deshalb bitte ich Euch: Unterstützt den Antrag der IG Metall und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie mit den vorgeschlagenen Änderungen durch Eure Zustimmung. – Herzlichen Dank. (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Frank. – Es spricht als Letzte in dieser Debatte die Kollegin Renate Hold von der IG BCE mit der Delegiertennummer 41. – Bitte, Renate.

Renate Hold
Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Die Zukunft der deutschen Industrie sichern." – Für meine Kollegen und mich bei Arubis ist es überhaupt nicht sicher, ob unsere Industrie eine Zukunft hat. Wir produzieren Kupfer. Wir sind Europas größte Kupferhütte und weltweit der drittgrößte Recycler. Nachhaltigkeit und Umweltschutz werden in unserem Unternehmen schon lange großgeschrieben. Nachhaltig sind auch unsere Arbeitsbedingungen, die der Betriebsrat und die Gewerkschaft mit dem Unternehmen vereinbart haben. Mit acht Prozent Ausbildung und 98 Prozent Übernahme gehören wir an unseren Standorten, wie zum Beispiel in Hamburg, zu den größten Ausbildern.

Aber wir wissen nicht, ob das in Zukunft auch weiterhin in Deutschland möglich sein wird. Denn wir brauchen Strom – sehr viel Strom –, um Kupfer herstellen zu können. Jeder Cent pro Kilowattstunde Strompreiserhöhung führt zu Mehrkosten von circa 10 Millionen Euro pro Jahr im Arubis-Konzern in Deutschland. Der CO_2-Emissionshandel könnte den Strom in Deutschland so verteuern, dass die Kupferproduktion und das Recycling aus Europa abwandern – mit unabsehbarem Schaden für Arbeitsmarkt und Umwelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich müssen die Treibhausgasemissionen, die unser Klima gefährden, vermindert werden. Damit das mit der Zukunft unserer Produktion in Deutschland vereinbart ist, brauchen wir aus den Einnahmen des Emissionshandels einen Ausgleich für die durch den Emissionshandel steigenden Stromkosten der stromintensiven Industrien. Das ist mein Beispiel für aktive und nachhaltige Industriepolitik, die der Antrag A 004 fordert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen einen DGB, der eine solche aktive und nachhaltige Industriepolitik betreibt und die Industriebeschäftigung qualitativ und quantitativ sichert und ausbaut. Deswegen bitte ich Euch um Eure Unterstützung für diesen Antrag. – Danke. (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Renate. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Ihr gehört habt, haben alle Beiträge um Unterstützung für den Antrag gebeten, das heißt um Zustimmung zur Empfehlung der Antragsberatungskommission. Auch die Empfehlung habt Ihr gehört, und über diese stimmen wir jetzt ab. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag A 004 folgen möchte, den bitte ich ums Kartenzeichen. – Wer möchte der Empfehlung nicht folgen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Dann haben wir diesen Antrag einstimmig angenommen. (Beifall)

Wir kommen zum Antrag A 005. Das ist ein Antrag des DGB-Bundesjugendausschusses „Nachhaltige Industriepolitik für die Sicherung und den Ausbau eines zukunftsfähigen Industriestandortes Europa". – Lieber Wolfgang, nun hast Du für die Antragsberatungskommission das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Ich kann es kurz machen. Kolleginnen und Kollegen, hier werden einige Themen aus dem Themenfeld Industriepolitik konkretisiert. Wir empfehlen Annahme als Material zu A 002.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Dem Präsidium liegen keinerlei Wortmeldungen zum Antrag vor, auch nicht vom Antragsteller. Insofern können wir gleich in die Abstimmung eintreten. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gegenprobe! – Ich sehe keine Nein-Stimmen. Dann ist auch dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt worden.

Wir kommen zum Antrag A 006, ebenfalls ein Antrag zur Industriepolitik, diesmal vom Bezirksvorstand Hessen/Thüringen. Die Antragsberatungskommission hat erneut das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Dieser Antrag geht in eine ähnliche Richtung wie der Antrag A 004. In einem Abschnitt befasst sich der Antrag mit der gesellschaftlichen Verantwortung der Wirtschaft. Wir empfehlen die Annahme dieser Zeilen 25 bis 50. Wie vorhin schon erklärt, sind die übrigen Passagen aus unserer Sicht durch Annahme der Anträge A 002 und A 004 erledigt. Also Annahme der Zeilen 25 bis 50.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Auch zu diesem Antrag liegen uns keinerlei Wortmeldungen vor, sodass wir gleich in die Abstimmung kommen können.

Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenprobe! – Danke. Ich bin gemahnt worden, auch die Enthaltungen abzufragen. Ich tue das hiermit, obwohl Enthaltungen nicht abgegebene Stimmen sind, wie Ihr wisst. Wer möchte sich enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch hier einstimmig der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt worden. Vielen Dank, liebe Kollegen.

Wir kommen zum Antrag A 007 und dem Änderungsantrag Ä 007. Ich gebe der Antragsberatungskommission erneut das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Dieser Antrag zur Dienstleistungspolitik von ver.di beschäftigt sich mit einer zukunftsweisenden Dienstleistungspolitik für qualitativ hochwertige Dienstleistungen. Das ist gerade erwähnt worden. Es liegt ein umfassender Änderungsantrag vor, der längste in diesem Kongress. Dieser Antrag kommt von den Gewerkschaften ver.di und GEW. Im Vorfeld zu diesem Kongress hat es eine breite Diskussion zwischen beiden Gewerkschaften um Dienstleistungen und um Bildung gegeben. Sie haben sich auf die geänderte Fassung des Antrags geeinigt. Daher die Empfehlung der Antragsberatungskommission, den Abänderungsantrag anzunehmen. Dadurch wäre der Ursprungsantrag erledigt. Das ist allerdings abstimmungsrechtlich ein Sonderfall.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Wolfgang. – Es liegt uns zu diesem Antrag eine Wortmeldung von der Kollegin Petra Gerstenkorn von ver.di mit der Teilnehmernummer 66 vor. Petra, Du hast das Wort.

Petra Gerstenkorn
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Obwohl in Deutschland 73 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Dienstleistungsbereich mit industrienahen und mit personenbezogenen Dienstleistungen erwirtschaftet werden, erfahren Dienstleistungsbranchen zum Teil wenig Wertschätzung. Das mag daran liegen, dass sich für unsere Ohren „Arbeit, Arbeit, Arbeit" doch etwas besser als „dienen, dienen, dienen" anhört; denn das ist ja ein Wortstamm von Dienstleistung.

Möglicherweise liegt aber diese mangelnde Wertschätzung auch schon darin begründet, dass wir auch bei den großen Ökonomen auf eine eher mangelnde Wertschätzung oder Geringschätzung von Dienstleistung zurückblicken können. Die Arbeit einiger der respektabelsten Berufsgruppen, Kirchenmänner, Rechtsanwälte, Ärzte, ist unproduktiv und ohne jeden Wert, stellte der Ökonom Adam Smith fest. Das war 1776, eine bis heute folgenreiche Geringschätzung, ja Blindheit zum Teil gegenüber den personenbezogenen Dienstleistungen; eine Einschätzung, die in einer patriarchalischen vorindustriellen Gesellschaft getroffen wurde. Leider wurde diese Bewertung mit der Unterscheidung der produktiven und der unproduktiven Arbeit in der frühen marxistischen Debatte fortgesetzt. Und als grobe Einschätzung kann man sie auch heute noch antreffen.

Erst langsam gibt es in der gesellschaftlichen Debatte die Erkenntnis, dass jede Epoche ihren eigenen Begriff von produktiver und unproduktiver Arbeit hat. Diese Definition ist abgeleitet vom Entwicklungsstand der jeweiligen Produktionsverhältnisse, aber auch vom jeweils dominierenden Menschenbild. Wenn Männer und Frauen ganz selbstverständlich als gleichwertig und gleichberechtigt gesehen werden, fällt es zumindest schwer, ihre Arbeit als nicht gleichwertig anzusehen.

Dass die Teilung zwischen Industrie- und Dienstleistungsarbeit in vielen Bereichen auch eine Aufteilung in Männer- beziehungsweise Frauenarbeitsplätze ist, kann man den Beschäftigungsstatistiken entnehmen. Die Verflechtungen zwischen Industrie- und Dienstleistungsarbeit sind vielfältig. Und schaut man aus der Vogelperspektive auf eine entwickelte Volkswirtschaft und Gesellschaft wie die unsere, müsste man schon eine ziemliche Sehschwäche haben, um die vielfältige Verzahnung nicht zu sehen.

Dennoch besteht Nachholbedarf an vielen Entscheidungsstellen in unserer Gesellschaft, zu lernen, dass jede Arbeitsform auf die andere angewiesen ist und dass sie, diese Arbeitsformen, gemeinsam unsere Lebensqualität bestimmen. Das gilt besonders, wenn wir uns die personenbezogenen Dienstleistungen angucken. Moderne Arbeitswissenschaft sagt uns heute: Personenbezogene Dienstleistung als Interaktionsarbeit hat viele Tätigkeitsformen. Sie reichen von der Beratung über die Betreuung bis zur Pflege. Sie sind im öffentlichen Personenverkehr und im Tourismusbereich ebenso vorhanden wie in den Energieberatungen, im Handel, in den Bildungseinrichtungen und ebenso in der Gesundheitswirtschaft und im Wellnessbereich.

Wertschätzung personenbezogener Dienstleistung ist in einer sozialen und ökologisch orientierten Dienstleistungspolitik ein Gewinn an Lebensqualität und Produktivität für die Menschen in unserem Lande und für die gesamte Gesellschaft und Demokratie.

Würden wir noch bei der Sichtweise des Adam Smith verharren, wäre diese Arbeit nach seiner Definition wertlos – mit der Folge, dass man sie auch nicht besonders beachten müsste. Dabei sind Herausforderungen wie der demografische Wandel ja nicht nur für die älter werdenden Menschen ein Thema, sondern, wie wir auch auf diesem Kongress gehört haben, ebenso für die junge Generation. Ebenso die Folgen des demografischen Wandels in den verschiedenen Regionen unseres Landes. Auch davon haben wir schon gehört.

Im Fokus sind sicherlich schon die Folgen für Fachkräfte in der Wirtschaft. Das ist aber nur ein, wenn auch gleich sehr wichtiges Handlungsfeld. Personenbezogene Dienstleistungen sind ohne Zweifel wertschöpfend. Aber werden sie auch wertgeschätzt? Bei Politikerinnen und Politikern offensichtlich zu selten. Ein Zeichen dafür ist die Vermittlung von Ein-Euro-Jobbern in soziale Dienstleistungen. Nach dem Motto „Alte und Demente pflegen kann ja jeder oder jede" werden Langzeitarbeitslose in die Altenpflege geschickt, offiziell als zusätzliche Arbeitskräfte, faktisch aber – so ein Beispiel aus Köln –, um ganze Stationen zu versorgen. Gleiches und Vergleichbares gilt für Schulen, für Kitas und zum Teil auch für andere Bildungseinrichtungen. Solche prekären Arbeitsgelegenheiten im Bereich sozialer Dienstleistungen für Erwerbslose, die dafür nicht qualifiziert wurden, zeigen, wie wenig die professionellen Standards hochwertiger sozialer Arbeit von den Verantwortlichen verstanden und respektiert werden. Vergleichbares gilt für viele andere Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich. Wer tatsächlich glaubt, jede oder jeder könne Kinder erziehen, Menschen pflegen, Kunden beraten, IT-Dienste anbieten und Waren verkaufen, verharrt bei dem Erkenntnisstand von Mr. Smith – nur dass wir im Jahre 2010 und nicht 1776 leben.

Dienstleistungsarbeit ist keine Tätigkeit, die sich so banalisieren, so vereinfachen lässt, dass jedermann und jedefrau sie sowieso schon könnte. Bei Ärzten, bei Feuerwehrleuten, bei Kapitänen versteht sich das von selbst. Warum nicht auch bei anderen Dienstleistungen? Ich bin überzeugt davon, dass hier die Bewertung von Arbeit, die überwiegend von Frauen ausgeübt wird, nach wie vor eine große Rolle spielt. Diese Abwertungsstrategie, angeblich zur Förderung von Dienstleistungsarbeit, muss im Interesse der Bürgerinnen, die diese Dienstleistungen brauchen, ein Ende haben. (Beifall) Nur dann, wenn personenbezogene Dienstleistungen professionell ausgeübt werden, werden sie ihrer gesellschaftlichen Aufgabe und Funktion gerecht, nämlich Werte zu schaffen, in erster Linie Werte für die Menschen in unserem Lande. Aus- und Weiterbildung sind dabei der Schlüssel für Qualität und Professionalität.

Viele Fragen sind noch nicht beantwortet. Forschung tut not. Wir brauchen eine deutliche Aufstockung der Mittel für Dienstleistungsforschung, und wir brauchen einen Schwerpunkt bei den personenbezogenen Dienstleistungen. (Leichter Beifall) Dabei ist für unsere Gewerkschaften sehr wichtig, dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Das sollten wir uns alle miteinander nicht antun, das sollten wir nicht zulassen. Wir wollen wirklich nennenswerte Forschungsmittel für die Dienstleistungs- und Technologieforschung. Beide erst ergeben eine sinnvolle Kombination, so wie ein Schuh allein auch selten brauchbar ist, es sollten schon besser zwei sein.

Aber Forschung ist nicht alles. Dienstleistungspolitik heißt auch Arbeitspolitik. Die vielen prekären Arbeitsverhältnisse, die wir insbesondere im Dienstleistungsbereich antreffen, müssen verändert werden. Sie müssen gesetzlich auf eine seriöse, menschenwürdige Basis gestellt werden. Sozialversicherungspflichtige unbefristete Arbeitsverhältnisse und eine gute Bezahlung, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, müssen Grundlage sein für eine sozial und ökologisch verantwortliche Dienstleistungspolitik. (Beifall) In diesem Sinne bitte ich ganz herzlich um Eure Zustimmung zu dem vorgelegten Antrag und zum Votum der Antragsberatungskommission. (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Petra. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir stimmen also ab über den Abänderungsantrag 007. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet Annahme, das habt Ihr gehört. Wer der Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenprobe! – Sind das zwei Gegenstimmen von den beiden Herren hier in der Mitte? – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt.

Wir kommen zum Antrag A 008. Ich bitte Wolfgang von der Antragsberatungskommission um das Wort. Wolfgang, ich würde Dir empfehlen, gleich stehen zu bleiben, da wir zu diesem Antrag keine Wortmeldungen haben. Vielleicht können wir so das Verfahren ein wenig beschleunigen.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Wenn ich hier stehen bleiben soll, hätte ich vorab die Bitte an die Saaltechnik, das Licht etwas herunterzufahren. Sonst müssen wir nämlich alle Sonnencreme auflegen.

Der Antrag A 008 des DGB-Bezirksvorstandes Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt fordert unter der Überschrift „Beschäftigung im Dienstleistungsbereich sozial gestalten – Öffentliche Dienstleistungen ausbauen" unter anderem einen aktiven Sozialstaat sowie eine Bundesratsinitiative zur gesetzlichen Bekämpfung von prekären Beschäftigungsverhältnissen. Weiterhin wird eine branchenübergreifende Qualifizierungsoffensive gefordert, um dem drohenden Fachkräftemangel in den Dienstleistungsberufen zu begegnen.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen. Die Änderungen: Der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten sollte ergänzt werden. In Zeile 44 sollte es deshalb heißen: „Betreuungs- und Bildungsangebote". Außerdem werden in den Zeilen 23 und 45 Streichungen vorgeschlagen.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Wortmeldungen liegen zu diesem Antrag nicht vor. Deswegen bitte ich Euch um Abstimmung. Wer der Empfehlung folgen möchte, zeige das jetzt. – Danke schön. Wer möchte der Empfehlung nicht folgen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission einstimmig gefolgt.

Wir kommen zum Antrag A 009, und ich bitte die Antragsberatungskommission erneut um ihre Empfehlung und Begründung.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Der Antrag A 009 ist einer von fünf Anträgen, die den Bereich der Energie- und Klimapolitik betreffen. In vier Anträgen steht die Energiepolitik im Zentrum. Der letzte Antrag befasst sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Arbeit und Umwelt und fordert einen „Green New Deal" oder auf gut Deutsch eine gesamtgesellschaftliche Vereinbarung für einen ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft.

Ich beginne mit Antrag A 009. Hier empfehlen wir Annahme. Dieser Antrag umreißt die Folgen des Klimawandels und fordert einen Paradigmenwechsel, der den Zusammenhang von Arbeit, Ökologie und Ökonomie neu definiert. Eine nachhaltige Energiepolitik ist dafür ein entscheidender Schlüssel und auch ein Hebel für die Wertschöpfung der Zukunft. Auf dem Weg zu einer solchen nachhaltigen Energieversorgung sind die Steigerung der Energieeffizienz und der Umstieg auf die erneuerbaren Energien zentrale Faktoren; denn nur so können bis 2020 die von der Bundesregierung selbst formulierten Ziele, nämlich die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zu reduzieren und die Energieproduktivität gegenüber 1990 zu verdoppeln, erreicht werden.

Dazu gehört, Kolleginnen und Kollegen, ein ausgewogener Energiemix, der ohne Atomkraft auskommt und die Kohle als Brückentechnologie beinhaltet, die Erneuerung des Kraftwerkparks zum Beispiel mit Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Einsatz der sogenannten CCS-Technologie; das ist die Einlagerung von CO_2 in unterirdischen Lagerstätten. Eine Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an diesen Veränderungsprozessen wird als sinnvoll und nötig angesehen. Wir empfehlen also Annahme.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Wolfgang. Da es hierzu einen Redebeitrag gibt, hast Du jetzt doch eine kleine Pause. – Es hat sich zum Antrag A 009 der Kollege Seppel Kraus von der IG BCE mit der Delegiertennummer 35 zu Wort gemeldet. Bitte!

Seppel Kraus
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte für eine breite Unterstützung dieses Antrags werben. Nachhaltige Energieversorgung in Deutschland zu entwickeln, müsste eigentlich ein zentrales politisches Thema sein und müsste eigentlich eine Zukunftsaufgabe sein, auch und gerade für ein Industrieland wie Deutschland. Das, was die Bundesregierung im Moment macht, ist leider genau das Gegenteil. Streiten darüber, ob die Laufzeiten von Atomkraftwerken nun um 8, 32 oder 60 Jahre verlängert werden, und streiten darüber, ob man den Bundesrat an diesen Entscheidungen beteiligt oder nicht beteiligt, ist noch kein energiepolitisches Konzept. Da fehlt noch ein bisschen. Gerade wir als Industriegewerkschaft brauchen Entscheidungen. Wir brauchen ein klares industriepolitisches Konzept.

Wenn wir zum Beispiel hier in diesem Haus in vier Jahren wieder den Kongress veranstalten, und zwar deshalb, weil die Beschäftigten in diesem Haus einen vernünftigen Tarifvertrag haben, (Beifall) würde es mich auch freuen, wenn die Tassen, Teller und Gläser auch weiterhin aus unseren Betrieben kämen. (Vereinzelt Beifall) Aber dafür brauchen wir ein industriepolitisches Konzept und vor allen Dingen ein energiepolitisches Konzept.

Ich traue mich ja kaum, es zu sagen: Der bayerische Umweltminister Söder hatte heute Morgen im Frühstücksfernsehen eine ganz gute Idee. Er hat nämlich so etwas wie einen nationalen Energiegipfel gefordert. Einen solchen Gipfel halte ich in der Tat auch für sehr notwendig. Wenn er allerdings meint, damit nur das Chaos in der Regierung oder zwischen der Bundesregierung und den Ländern oder innerhalb der CDU zu ordnen, ist das zu wenig. Wir brauchen in der Tat einen nationalen Energiegipfel unter Beteiligung der Gewerkschaften. (Vereinzelt Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sind die Gewerkschaft der Solarindustrie, aber auch der Kohle. Manche werden sich fragen: Geht das? Passt das denn zusammen? Es ist in der Tat so, dass wir zum Beispiel bei der Solarenergie die Technologieführerschaft haben. Im Moment sind allerdings Arbeitsplätze gefährdet. Manche glauben auch, Solarindustrie wäre nur das Zusammenschrauben von einigen Komponenten und dann, vielleicht auch zur Unterstützung des Handwerks, das Verbringen auf das Dach. Aber wenn wir uns einen Solarkollektor mal anschauen, wird es interessant. Oben drauf ist eine Glasscheibe. Dann kommt eine Kunststoffschicht, im Regelfall aus Ethylen-Vinyl-Azetat. Toll. Man merkt schon daran, so ein Solarkollektor ist nicht das typische Produkt eines Ökobauern, sondern es ist ein Industrieprodukt. Dann kommt polykristallines Silizium und auf der Rückseite noch einmal eine Kaschierung, im Regelfall auch aus Kunststoff, und drum herum ein wunderbarer Aluminiumrahmen.

Was verbindet die einzelnen Produkte? Die einzelnen Produkte verbindet, dass sie alle energieintensiv in der Herstellung sind. Was passiert im Moment? Im Moment werden zum Beispiel in China Kapazitäten für Silizium aufgebaut und es gibt starke Importe aus China in Deutschland. Dass dies möglich ist, liegt nicht daran, dass die Wirkungsgrade von chinesischen Produkten so gut sind. Sie sind im Gegenteil deutlich schlechter. Dass die Umweltbedingungen, unter denen sie produziert werden, deutlich besser sind, stimmt auch nicht. Es ist auch nicht das Problem, dass die Löhne in Deutschland so viel höher sind. Das Problem besteht darin, dass die chinesische Regierung die Energiepreise subventioniert und diese hochenergetischen Produkte mit subventionierten Energiepreisen dann nach Deutschland kommen können. Die Kraftwerke in dem Fall, in denen diese Energie im Regelfall produziert wird, entsprechen bei weitem nicht dem deutschen Standard. Vielfach könnten solche Kraftwerke, zum Beispiel Kohlekraftwerke, in Deutschland überhaupt nicht zugelassen werden. Von den Atomkraftwerken will ich gar nicht sprechen.

Wenn es zum Beispiel darum geht, dass wir hier in Deutschland die Technologieführerschaft bei Solar behalten wollen, brauchen wir ein Gesamtkonzept, in dem auch die Kohle ihren Platz hat. Aus unserer Sicht ist es also nicht so, dass ich frage: „Kohle oder erneuerbare Energien?", es geht nur „Kohle und erneuerbare Energien". Voraussetzung ist natürlich dabei, dass die Politik auch tätig wird, dass zum Beispiel solche Technologien wie CCS, also die Speicherung, die Verbringung von CO_2, in Deutschland möglich wird. Technisch sind die ersten Probeanlagen da. Es fehlt die politische Genehmigung.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bitte Euch, diesen Antrag breit zu unterstützen und damit vielleicht auch der Bundesregierung ein bisschen zu helfen, dass tatsächlich Bewegung hineinkommt und Energiepolitik nicht allein aus Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken besteht. – Vielen Dank. (Beifall)

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, lieber Kollege Kraus. Das war im gesamten Antragsblock A bis jetzt die letzte Wortmeldung. Das als kleinen Hinweis für das Abarbeiten der nächsten. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag A 009. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission habt Ihr gehört. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch hier der Annahme bei einer Stimmenthaltung gefolgt.

Wir kommen zum Antrag A 010. Wolfgang hat wieder das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Der Antrag stammt vom DGB-Bezirk Baden-Württemberg. Darin geht es darum, am Ausstieg aus der Atomwirtschaft festzuhalten. In diesem Antrag wird eine Verlängerung der Restlaufzeiten für Kernkraftwerke abgelehnt. Dieser Antrag stellt damit eine sinnvolle Ergänzung zum Antrag A 009 dar. Wir empfehlen Annahme in geänderter Fassung durch Streichung der Zeilen 3 bis 5 und einer Präzisierung, die da lautet: „Der DGB fordert die Bundesregierung auf, an den bisherigen Beschlüssen bezüglich des Ausstiegs aus der Atomwirtschaft festzuhalten." Annahme in geänderter Fassung.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag A 010. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Empfehlung mit einer Stimmenthaltung gefolgt.

Wir kommen zum Antrag A 011. Bitte, Wolfgang.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Der hat den Titel „Kostengünstige Energieversorgung für den Industriestandort Deutschland" und wurde vom DGB-Jugendausschuss eingebracht. Er fordert, dass der DGB sich für eine kostengünstige Energieversorgung durch die verstärkte Nutzung heimischer Energieträger einsetzt. Dazu soll der Steinkohlebergbau über das Jahr 2018 hinaus fortgeführt und der Braunkohlebergbau weiterentwickelt werden. Die Förderung regenerativer Energieträger soll mit Umschulungs- und Qualifizierungskonzepten für die im Sektor der fossilen Energien Beschäftigten verknüpft werden. Schließlich werden Anforderungen an Kraftwerke und den europäischen Emissionshandel formuliert.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme als Material an den Bundesvorstand und eine Streichung des Nebensatzes der Zeilen 37 bis 39, sodass dieser Satz lautet: „5. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen im Handel mit CO_2-Zertifikaten und Überarbeitung der Emissionshandelsrichtlinie auf europäischer Ebene." Die Forderung nach einer Vermeidung preislicher Belastungen widerspricht dem Grundprinzip des Emissionshandels. Danach müssen die Unternehmen und Branchen, die viel CO_2 emittieren, auch entsprechend viele Zertifikate erwerben, was sich dann auch in den Preisen widerspiegeln kann. Also Annahme als Material an den Bundesvorstand mit einigen Änderungen.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Wer dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag A 011 „Kostengünstige Energieversorgung für den Industriestandort Deutschland" folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Vielen Dank. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag A 011 als Material an den Bundesvorstand überwiesen mit einer inhaltlichen Änderung, die die Antragsberatungskommission verlesen hat.

Ich komme zum Antrag A 012. Wolfgang Rhode hat wieder das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Dieser Antrag kommt vom DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen und befasst sich mit Themen wie ressourceneffiziente Industrie, dem Energie- und dem Industriesektor sowie industriellen Querschnittsbereichen. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme als Material an den Bundesvorstand.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Danke, Wolfgang. Wer dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag A 012 folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich sehe eine Stimmenthaltung. Damit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt und der Antrag A 012 „Industrie- und Energiepolitik" als Material an den Bundesvorstand überwiesen.

Wir kommen zum Antrag A 013 „Bündnis für Klima, Umwelt und Arbeit: Wir brauchen einen ‚Green New Deal'!" von der Gewerkschaft IG BAU. Bitte, Wolfgang.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission
Dieser Antrag fordert die Bundesregierung auf, ein Bündnis für Klima, Umwelt und Arbeit zu initiieren. Dies soll die Grundlage für einen „Green New Deal" entwickeln, der den Umbau der Wirtschaft in Richtung umwelt- und klimafreundlicher Strukturen engagiert vorantreibt und dabei zusätzliche Arbeitsplätze schafft.

Der Antrag bestätigt im Wesentlichen die Position des Leitantrages des Bundesvorstandes und gibt mit dem Vorschlag, ein Bündnis für Klima, Umwelt und Arbeit zu schaffen, eine Perspektive, wie der Strukturwandel mit den zuständigen Akteuren gestaltet werden kann.

Wir empfehlen Annahme in geänderter Fassung. Die Änderung soll in Zeile 84 erfolgen. Dort soll es heißen statt „Ausstiegsszenario" nur „Szenario". Der Satz heißt dann: „Hierfür ist ein klares, transparentes Szenario für die fossilen Brennstoffe zu entwickeln." Das ist ein kleiner, aber sinnvoller Unterschied. Wir benötigen nämlich eine umfassende Betrachtungsweise für ein solches Szenario und nicht ein auf den Ausstieg begrenztes. Also Annahme in geänderter Fassung.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Wer dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag A 013 „Bündnis für Klima, Umwelt und Arbeit" folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? Dann ist der Empfeh-

lung der Antragsberatungskommission einstimmig gefolgt. Der Antrag A 013 ist in der geänderten Fassung, die die Zeile 84 betrifft, angenommen.

An dieser Stelle wechselt nach meiner Information die Zuständigkeit in der Antragsberatungskommission. Ab dem Antrag A 014 wird jetzt Andrea Kocsis für die Antragsberatungskommission übernehmen. Wir begrüßen Andrea ganz herzlich am Mikrofon.

Wir kommen zum Antrag 014 „Offensive Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer". Antragsteller ist der Bezirksvorstand Baden-Württemberg. Andrea, Du hast das Wort.

Andrea Kocsis, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Hallo, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wolfgang und ich haben uns verabredet, dass ich ihn irgendwann mal entlaste. Der Zeitpunkt ist jetzt gekommen. Wolfgang, Du kannst Dich ausruhen. Ich mache jetzt weiter mit dem Antrag A 014.

Der Antrag A 014 „Offensive Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer" des DGB-Bezirksvorstands Baden-Württemberg fordert eine Offensive für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit, um den Auswirkungen der Wirtschaftskrise, der Bedrohung und Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit der sozialen Sicherheit vieler Menschen aktiv zu begegnen. Er benennt im Einzelnen konkrete gewerkschaftliche Forderungen in diesen Politikfeldern. Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Überweisung dieses Antrages an den DGB-Bundesvorstand zur weiteren innergewerkschaftlichen Diskussion über die Wege aus der Krise. Wir schlagen deshalb vor: Annahme als Material an den Bundesvorstand.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Es gibt zu diesem Antrag keine Wortmeldungen, wie übrigens auch zu den nachfolgenden nicht. Ich bitte Euch um Euer Votum. Wer der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch hier der Empfehlung der Antragsberatungskommission einstimmig gefolgt, und der Antrag A 014 „Offensive Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer" ist als Material an den Bundesvorstand verwiesen.

Wir kommen zum Antrag A 015. Ich habe gehört, Andrea, Ihr fasst den mit dem Antrag A 016 zusammen. Deshalb bitte ich Dich um die Begründung zu beiden Anträgen.

Andrea Kocsis, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Mit dem Antrag A 015 „Für eine solidarische Gesellschaft" setzt sich ver.di dafür ein, dass in unserer Gesellschaft, in den Betrieben, in den Verwaltungen und in der Öffentlichkeit die Grundwerte Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität wieder stärker verankert werden. Der DGB und seine Gewerkschaften sollen verstärkt darauf hinwirken. Die Antragsberatungskommission schlägt dem Kongress die Annahme dieses Antrages vor.

Im Antrag A 016 „Humanes Gesellschaftsmodell" regt der Bezirksvorstand West einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess mit dem Ziel an, ein humanes Gesellschaftsmodell zu entwickeln. Der DGB wird aufgefordert, diesen Diskussionsprozess zu organisieren. Dieser Antrag ergänzt den Antrag A 015. Deshalb schlagen wir Annahme als Material zum Antrag A 015 vor.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Andrea. Es sind trotzdem zwei voneinander unabhängige Anträge.

Wir stimmen zuerst über den Antrag A 015 „Für eine solidarische Gesellschaft" ab. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission hierzu folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einer Gegenstimme, die ich gesehen habe, ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt, und der Antrag A 015 ist angenommen.

Die Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag 016 habt Ihr gehört: Material zum Antrag A 015. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich habe beides nicht gesehen. Dann ist hier der Empfehlung einstimmig gefolgt, und der Antrag A 016 ist als Material zum Antrag A 015 beschlossen.

Wir kommen zum Antrag A 017 „Schwerpunkte setzen – Zukunft gestalten" vom DGB-Bezirksvorstand West. Andrea hat wieder das Wort.

Andrea Kocsis, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Der DGB-Bezirksvorstand West fordert in seinem Antrag den DGB auf, sich im Rahmen eines politischen Arbeitsprogramms schwerpunktmäßig unter anderem mit den Themen Finanz- und Wirtschaftskrise, handlungsfähiger Staat und sozial gerechte Steuerpolitik, nachhaltige Industrie- und Dienstleistungspolitik, gute Arbeit, europäische und internationale Gewerkschaftsarbeit und Demokratisierung der Wirtschaft auseinander zu setzen. Das politische Arbeitsprogramm soll es dem DGB ermöglichen, auf allen Ebenen unabhängig von Tagesaktualitäten politisch zu agieren und handlungsfähig zu sein. Der An-trag überschneidet sich mit dem gesellschaftspolitischen Leitantrag des DGB und ergänzt diesen in Teilen. Wir schlagen daher Annahme als Material zu dem Antrag A 001 vor.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission, Material zu Antrag A 001, folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt und der Antrag A 017 als Material zum Antrag A 001 angenommen.

Wir kommen zum Antrag A 018. Andrea hat wieder das Wort.

Andrea Kocsis, Sprecherin der Antragsberatungskommission
In dem Antrag A 018 „Aktiv aus der Krise" regt der DGB-Bezirksvorstand West eine breite gesellschaftliche Debatte über Auswege aus der Krise und deren soziale Qualität an. Wegen der Überschneidung auch hier mit dem gesellschaftspolitischen Leitantrag des DGB-Bundesvorstands empfehlen wir: Annahme als Material zu A 001.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag A 018 „Aktiv aus der Krise" gehört. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Danke schön. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich habe weder Gegenstimmen noch Enthaltungen gesehen. Damit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission einstimmig gefolgt und der Antrag A 018 als Material zum Antrag A 001 beschlossen.

Wir kommen zum Antrag A 019 „GUTES LEBEN". Antragsteller ist der DGB-Jugendausschuss. Andrea hat das Wort.

Andrea Kocsis, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Der Antrag A 019 „GUTES LEBEN" des DGB-Bundesjugendausschusses stellt vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise Forderungen zur sozialen Sicherheit, zur Lösung der Beschäftigungsprobleme insbesondere der jungen Generation, zur Definition staatlicher Aufgaben, zur Einführung einer Devisenhandels- und Finanztransaktionssteuer sowie eines gesetzlichen Mindestlohns und einer Obergrenze für Managementgehälter. In einigen Teilen geht der Antrag mit seinen Forderungen über den aktuellen Konsens im DGB hinaus, sodass auch hier zukünftig weiterführende Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften geführt werden müssten. Daher empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme als Material an den Bundesvorstand.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Kollegen, die Empfehlung der Antragsberatungskommission bezog sich auf den Antrag A 019. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Ich sehe drei. Stimmenthaltungen? – Dann ist bei drei Gegenstimmen der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt und der Antrag A 019 als Material an den Bundesvorstand angenommen.

Wir kommen zum Antrag A 020 „Frauenpolitische Aspekte bei der Bewältigung der Krise" des DGB-Bezirksvorstands Bayern. Andrea hat das Wort.

Andrea Kocsis, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Der Antrag A 020 des DGB-Bezirksvorstands Bayern zielt darauf ab, frauenpolitische Aspekte zur Bewältigung der Krise bei Veranstaltungen und Verlautbarungen des DGB stärker als bisher zu berücksichtigen. Dazu werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen. Die Antragsberatungskommission schlägt deshalb vor: Annahme als Material an den Bundesvorstand.

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag A 020 gehört. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag A 020 einstimmig gefolgt und dieser Antrag als Material an den Bundesvorstand angenommen.

Den Antrag A 021 haben wir heute Vormittag im Zusammenhang mit A 001 bereits erledigt. Deshalb kommen wir jetzt – ich hätte es fast nicht mehr geglaubt – noch rechtzeitig vor der Pause zum letzten Antrag aus dem Antragsblock A, nämlich zum Antrag A 022, Antragsteller Gewerkschaft ver.di: „Den flächendeckenden, glasfaserbasierten Breitbandausbau vorantreiben". – Andrea hat das Wort.

Andrea Kocsis, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Dieser Antrag von ver.di befasst sich unter dem Titel „Den flächendeckenden, glasfaserbasierten Breitbandausbau vorantreiben" mit der Breitbandinitiative der Bundesregierung und fordert, durch Ergänzung und Präzisierung Umsetzungsdefizite zu beseitigen. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme des Antrags in geänderter Fassung. Bei Streichung und Einfügung in den Zeilen 18 bis 19 würde die Neufassung folgendermaßen lauten: „eine Neuausrichtung der Regulierungspolitik auf Infrastruktur- und Beschäftigungsförderung und eine Abkehr von Regulierungsbedingungen, die allein auf Preissenkung zielen".

Dr. Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses
Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer möchte ihr nicht folgen? – Ich sehe eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Dann ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag A 022 mit einer Gegenstimme gefolgt und der Antrag ist in geänderter Fassung angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war der Antragsblock A. Wir haben noch ein wenig Zeit. Im Interesse der wichtigen inhaltlichen Anträge, die der Kongress noch behandeln muss, schlagen wir Euch vor, noch in den Antragsblock B einzusteigen. Deswegen werde ich ganz schnell mit meiner Kollegin Doro Zinke den Platz wechseln, denn den Antragsblock B übernimmt Doro. (Beifall)

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße am Rednerpult die aktuelle Sprecherin der Antragsberatungskommission, Dina Bösch. Wir sind im Antragsgebiet B. Es geht um Struktur- und Tarifpolitik. Ab jetzt können Wortmeldungen zu allen Anträgen aus dem Antragsgebiet B abgegeben werden. Denkt bitte daran, dass Ihr jeweils aufschreibt, zu welchem Antrag Ihr sprechen möchtet. Abgeben könnt Ihr Eure Wortmeldung schon jetzt für alle Anträge.

Im Sachgebiet B – Struktur- und Tarifpolitik – haben wir die Anträge B 001 bis B 012 und den Änderungsantrag Ä 004 „Stopp der Bahnprivatisierung, Erhalt der Bahn als integrierter Konzern" von Kolleginnen und Kollegen der TRANSNET. Er bezieht sich auf den Antrag B 007 und wird deshalb mit diesem zusammen behandelt.

Auch Antragsteller werden, soweit sie dies wollen, gebeten, eine Wortmeldung abzugeben. Schreibt bitte auf den Wortmeldezettel, dass Ihr für den Antragsteller sprecht.

Als Erstes rufe ich den Antrag B 001 „Armutslöhne bekämpfen – die Existenz sichernde Lohnuntergrenze für einen Mindestlohn auf 8,50 Euro erhöhen" auf. Dieser Antrag kommt vom DGB-Bundesvorstand. Mit diesem Antrag zusammen aufgerufen ist der Antrag B 003 des DGB-Bezirksvorstands Baden-Württemberg.

Zunächst hat die Antragsberatungskommission, die Kollegin Dina Bösch, das Wort. – Bitte schön.

Dina Bösch, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt versuchen wir den Endspurt für heute Nachmittag. Ich beginne, wie Doro gerade sagte, mit dem Antrag B 001 „Armutslöhne bekämpfen – die Existenz sichernde Lohnuntergrenze für einen Mindestlohn auf 8,50 Euro erhöhen". Dieser Antrag kommt vom DGB-Bundesvorstand und beinhaltet mit Blick auf die europäischen Entwicklungen die Forderung nach einer Erhöhung des Mindestlohns auf 8,50 Euro. In der Struktur baut dieser Antrag auf dem Kongressantrag aus dem Jahr 2006 auf und beinhaltet sowohl tarifliche Mindestlöhne als auch einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

In diesem Zusammenhang gleich ein paar Worte zum Antrag B 002. Der Antrag B 002 „Tarifautonomie und Mindestlöhne" der IG BCE beschäftigt sich insbesondere mit der notwendigen Stärkung des Flächentarifvertrags sowie den daraus abzuleitenden Forderungen. Zur Umsetzung weiterer tariflicher Mindestlöhne beschreibt er die Ausweitung des Entsendegesetzes und eine Überarbeitung des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes. Wir empfehlen den Antrag B 002 als gute Ergänzung und Annahme als Material zu B 001.

Der Antrag B 003 vom DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg erhebt die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 9 Euro. Bei der Annahme von B 001 mit der Erhöhung auf 8,50 Euro wäre dieser Antrag erledigt.

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Dina. – Ich rufe jetzt den Antragsteller zum Antrag B 001 auf. Sprecher ist Claus Matecki vom DGB-Bundesvorstand.

Claus Matecki, Geschäftsführender Bundesvorstand
Kolleginnen und Kollegen! Wir haben auf unserem letzten DGB-Bundeskongress 2006 eine Mindestlohnforderung von 7,50 Euro pro Stunde beschlossen. Bereits vor 2006 hatten einige Mitgliedsgewerkschaften Mindestlöhne im Baugewerbe, im Abbruchgewerbe, im Elektrohandwerk, im Dachdeckerhandwerk, im Maler- und Lackiererhandwerk vereinbart. In den folgenden Jahren sind weitere Branchen hinzugekommen. Dazu gehören unter anderem die Gebäudereinigung, die Briefdienstleistungen, Bergbauspezialgesellschaften, Wäschereidienstleistungen, die Abfallwirtschaft.

Allerdings wurde der bereits existierende Mindestlohn für Briefdienstleistungen durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 28. Januar 2010 wegen eines Verfahrensfehlers für unrechtmäßig erklärt. Trotz dieses Verfahrensfehlers, Kolleginnen und Kollegen, der dem Bundesarbeitsministerium unterlaufen ist, halten wir für die Zukunft an der Notwendigkeit eines Mindestlohns für die Briefdienstleistungen fest. (Beifall)

Bundeskanzlerin Merkel hat vor der Bundestagswahl 2009 erklärt, der Mindestlohn in der Pflege werde kommen. Das ist gut so. Wir nehmen sie beim Wort. Deshalb muss der Mindestlohn zum 1. Juli in Kraft treten, und zwar unbefristet. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den Mindestlohntarifverträgen haben die Gewerkschaften in den jeweiligen Branchen untere Haltelinien eingezogen und schützen somit Beschäftigung vor Lohndumping. Dies haben wir erreicht vor dem Hintergrund erheblicher Widerstände aus der Politik und auch der Arbeitgeberverbände und Arbeitgeber. Nicht zuletzt unsere Mindestlohnkampagne hat dazu beigetragen, dass sich über 80 Prozent der Bevölkerung für Mindestlöhne aussprechen. Selbst 74 Prozent der FDP-Anhänger und fast 80 Prozent von CDU/CSU halten Mindestlöhne für gerechtfertigt.

Mindestlöhne, Kolleginnen und Kollegen, schützen die Betroffenen vor Lohndumping und den Steuerzahler vor finanzieller Belastung. Dies verdeutlicht die Zahl der sogenannten Aufstocker. Im Jahr 2009 haben über 1,2 Millionen Beschäftigte so wenig verdient, dass ihr Lohn mit Hartz IV aufgestockt werden musste. Die Kosten für den Sozialstaat betrugen fast elf Milliarden Euro. Im Zeitraum 2007 bis 2008 nahm die Zahl der betroffenen Menschen um 150.000 zu. Es muss Schluss sein mit prekärer Beschäftigung. Wer in Vollzeit arbeitet, muss so viel verdienen, dass er keine staatlichen Hilfen benötigt. (Beifall)

Derzeit ist die Situation allerdings so, dass 6,5 Millionen Beschäftigte zu den Geringverdienern gehören und 23 Prozent im Niedriglohnsektor tätig sind. Hier muss gegengesteuert werden durch tarifliche, aber auch durch rechtliche Haltelinien. Wir brauchen ein Ende der Tarifflucht. Armutslöhne müssen verhindert werden, und prekäre Beschäftigung muss eingedämmt werden, denn die Armutslöhne von heute sind die Armutsrenten von morgen. Der Fall Schlecker zeigt, wie unser gesamtes Lohngefüge durch derartige Machenschaften in Gefahr gerät. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen: Deutschland braucht den Mindestlohn und als unterste Haltelinie den gesetzlichen Mindestlohn.

Mit dem uns vorliegenden Kongressantrag „Armutslöhne bekämpfen" wollen wir eine existenzsichernde Lohnuntergrenze schaffen. Diese Lohnuntergrenze ist eine Frage menschlicher Würde und ökonomischer Vernunft. Machen wir Schluss mit der Gewinnmaximierung zulasten Dritter!

Kolleginnen und Kollegen, insbesondere mit Blick auf den 1. Mai nächsten Jahres brauchen wir Rahmenbedingungen, um Lohndumping zu verhindern. Dazu gehört auch die Umsetzung unserer Forderung „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort". (Beifall)

Der vorliegende Antrag B 001 stärkt und sichert die Tarifautonomie und fordert gleichzeitig den Gesetzgeber auf, in den Bereichen, in denen keine tariflichen Regelungen mit existenzsichernden Entgelten möglich sind, einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro festzulegen.

Abschließend sei darauf verwiesen, dass bislang kein ökonomisches Argument belegt hat, dass in europäischen Nachbarländern mit Mindestlöhnen, zum Beispiel in Luxemburg mit 9,73 Euro oder in Frankreich mit 8,86 Euro, die Wirtschaft vor dem Abgrund stünde.

Wir bleiben dabei: Es ist unmenschlich, wenn Menschen trotz Arbeit arm sind. Dieses nimmt den Menschen die Würde und destabilisiert unsere sozialen Sicherungssysteme. Deshalb orientieren wir uns mit unserem Kongressantrag am europäischen Niveau. Vereinbaren wir Mindestlöhne! – Vielen Dank. (Beifall)

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Claus. – Als Nächstes hat das Wort der Antragsteller zum Antrag B 002, vertreten durch Peter Hausmann, IG BCE, Delegiertennummer 27.

Peter Hausmann
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte etwas sagen zu den Anträgen B 001 und B 002, und ich möchte vor allen Dingen dafür werben, dass wir der Empfehlung der Antragsberatungskommission hier gemeinsam folgen.

Um es vorweg zu sagen: Die IG BCE ist für gesetzliche Mindestlöhne. Wir haben allerdings einen völlig anderen Schwerpunkt. Wir werden uns weiterhin darauf konzentrieren, dass wir das von uns entwickelte Tarifsystem, das wir uns erarbeitet haben, in den Vordergrund stellen und dieses weiterentwickeln. Wir werden uns auch darauf konzentrieren, dass wir gute Tariferhöhungen durchsetzen und dass wir auch innovative Themen angehen, wie beispielsweise die Demografie-Tarifverträge oder die Ausbildung und Übernahme. Wir wollen dieses voranbringen und Perspektiven für die jungen Menschen durchsetzen.

Ich habe gesagt, die IG BCE ist für gesetzliche Mindestlöhne. Wir sind aber vor allem auch für eine Verbesserung der Allgemeinverbindlichkeit. Das betrifft insbesondere die leichtere Handhabung, die wir dort benötigen. Wir sind auch für eine Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche. Deswegen tragen wir den Antrag B 001 mit. Wir haben aber den Antrag B 002 gestellt, weil aus unserer Sicht bei der Umsetzung der gesetzlichen Mindestlöhne ein etwas differenzierteres Vorgehen notwendig ist als mit einem pauschalen Mindestlohn.

Die Gewerkschaften haben in einer Vielzahl von Tarifverträgen Mindestarbeitsbedingungen geregelt und entwickelt. Allein in unserem Organisationsbereich, in dem der IG BCE, sind das über 2500 Tarifverträge, die Jahr für Jahr, Tag für Tag in Flächentarifverträgen, in Haustarifverträgen verhandelt werden.

Bei den Flächentarifverträgen haben wir betriebliche Spielräume verabredet, um auch noch die jeweilige Situation in den Betrieben berücksichtigen und auffangen zu können. So können wir innerhalb unseres Tarifsystems zusätzliche Erfolgs- oder Bonuszahlungen vereinbaren. Wir können aber auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten begrenzte Abweichungen nach unten durchführen. Diese Abweichungen sind vorübergehend, und sie sind zeitlich befristet. Die Unternehmen kommen also immer nach einem entsprechenden Zeitraum wieder zurück auf die tarifvertraglichen Normalstandards.

Mit diesen Instrumenten haben wir den Flächentarifvertrag deutlich gestärkt und das Flächentarifvertragssystem erhalten. Wir können sagen, dass wir in 70 bis 80 Prozent der Unternehmen in unseren Tarifbereichen den Flächentarifvertrag haben und ihn entsprechend durchgesetzt haben. Das ist unser Weg, um die Tarifautonomie zu erhalten; das ist unser Weg, um die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen entsprechend zu regeln. Und das, Kolleginnen und Kollegen, ist ein täglicher Kampf in den Betrieben um die Einzelheiten dieser Umsetzung. Wir sind stolz darauf, gerade in dieser Krise in diesem System Lösungen herbeigeführt zu haben und zugleich auch innovative Themen, wie Demografie, Ausbildung, Schaffung von Ausbildungsplätzen und Förderung von Übernahme, vorangebracht zu haben.

Nichtsdestotrotz gelten für immer mehr Beschäftigte im Land keine tarifvertraglichen Absicherungen, weil wir als DGB-Gewerkschaften dort schlecht organisiert sind oder weil die Arbeitnehmer in diesen Bereichen einem hohen Druck der Arbeitgeber ausgesetzt sind. Hier gibt es sicher den Bedarf für verbindliche Haltelinien bei den Mindestarbeitsbedingungen.

Ich will auch darauf hinweisen, dass aus unserer Sicht die bisher genutzten Instrumente deutliche Vorteile haben. Sowohl bei der Allgemeinverbindlichkeit als auch beim Entsendegesetz beruhen die dann gesetzlichen Vereinbarungen auf Tarifverträgen und damit auf der gewerkschaftlichen Gestaltungskompetenz. Es stehen hier also die Tarifverträge im Vordergrund und bestimmen am Ende die Mindestarbeitsbedingungen. Wir wollen, dass diese Instrumente gestärkt werden und dass alle Arbeitnehmer im Prinzip unter den Schutz dieser tarifvertraglichen Regelungen fallen. Aber wir müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Differenzierung auf der Branchenebene beibehalten, und das gilt auch für die Frage des Mindestlohns.

Auch wir in der IG BCE sind nicht in allen Bereichen und in allen Branchen weitab vom Niveau des gesetzlichen Mindestlohns, aber wir bewegen uns in der absolut überwiegenden Zahl deutlich oberhalb der diskutierten Niveaus. Und hier bringt uns ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn unter Druck. Wir wollen eine Sogwirkung nach unten vermeiden. Deshalb: Wir brauchen einen Branchenbezug, wir brauchen den Bezug auf den jeweiligen in der Branche repräsentativen Tarifvertrag. Das

heißt, wir wollen verbindliche Mindestarbeitsbedingungen. Die brauchen wir vor allem da, wo keine ausreichende tarifvertragliche Bindung besteht. Aber wir müssen eine gesetzliche Vorgabe vermeiden, die gute Tarifniveaus unter Druck bringen und nach unten ziehen kann. Das gehört, glaube ich, auch zur Solidarität zwischen Gewerkschaften und Arbeitnehmern untereinander.

Dazu kommt: Ein allgemeiner, für alle verbindlicher gesetzlicher Mindestlohn ist der gesetzlichen Gestaltungsmacht weitgehend entzogen und wäre zudem abhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation, die wir dann haben. Das wäre aus unserer Sicht eine Schwächung der gewerkschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

Fazit: Wir tragen den Antrag B 001 mit, (Beifall) und mit unseren Ergänzungen zu B 002 und mit dem Vorschlag der Antragsberatungskommission, den Antrag als Material anzuhängen, können wir unsere von mir genannten Punkte in die Debatte einbringen. Also, unterstützt dieses Vorgehen! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Glück auf!

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Peter Hausmann. – Es folgt Kerstin Meißner von der NGG mit der Delegiertennummer 232.

Kerstin Meißner
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich arbeite in der Gastronomie. Für uns im Gastgewerbe ist ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn ganz dringend notwendig. (Beifall) Denn anders als in anderen Branchen verweigert der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband Tarifverträge, die ins Entsendegesetz aufgenommen oder Grundlage für allgemein verbindliche Tarifverträge werden könnten. So bleibt für die Sicherung minimalster Arbeitsbedingungen nur der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn als Grenze statt der Fortführung von Flickenteppichen nur dort, wo es mit den Arbeitgebern Tarifverträge gibt.

Ich möchte Euch in meinen Ausführungen noch einmal auf die Zustände, die hier in unserem Kongresshotel herrschen, aufmerksam machen; einige Vorredner haben schon etwas dazu gesagt. Es ist so, dass das Hotel vor 2007 aus dem Arbeitgeberverband DEHOGA ausgetreten ist. Daraufhin konnte die Arbeitszeit von 38 auf 40 Stunden verlängert werden; das entspricht einer Lohnkürzung um 5,2 Prozent. Außerdem sind die Mitarbeiter einseitig von der tariflichen Altersvorsorge abgemeldet worden. Zum Glück gibt es hier einen Betriebsrat – so könnte man denken. Aber das Problem ist, dass es seit 2003 zwar einen NGG-Betriebsrat gab, dass dieser aber 2006 von einem arbeitgebernahen Betriebsrat abgelöst wurde, der diese Verschlechterungen ohne Gegenwehr hingenommen hat.

Auf Initiative des DGB gab es am 30.09.2009 eine Gesprächsrunde mit der Hoteldirektion – leider ohne Zusagen von Arbeitgeberseite. Im Herbst 2009 forderte NGG nach dem Tarifabschluss im Gastgewerbe Berlin zu neuen Verhandlungen auf. Doch die Hoteldirektion antwortete: „Unsere offene Kommunikationspolitik führt dazu, dass unsere Mitarbeiter immer über die aktuelle Situation des Unternehmens informiert sind und in guten und in angespannten Zeiten treu zum Haus stehen. Zurzeit funktioniert das ganz hervorragend, und ich sehe keinen Handlungsbedarf. Lassen Sie uns in losem Kontakt bleiben, und ich freue mich, wenn wir uns von Zeit zu Zeit austauschen." – Das ist zwar eine freundliche, aber konsequente Absage.

Wir tagen also in einem Hotel ohne Tarifbindung. Wir tagen in einem Hotel mit aggressiver Gewerkschaftsfeindlichkeit. Und wir tagen in einem Hotel, das bewusst und gezielt Grundlagen dafür geschaffen hat, einen Stundenlohn von 5,46 Euro zu ermöglichen. (Zurufe: Pfui! – Pfiffe)

Kolleginnen und Kollegen, es geht noch weiter. Bei der Abendveranstaltung im Umspannwerk am Samstag haben wir natürlich gefragt, welche Löhne beim Sarah-Wiener-Catering gezahlt werden. Dabei kam Erstaunliches zutage: Zumindest ein Kellner war Selbstständiger für 10 Euro pro Stunde, und die vermeintlichen Sarah-Wiener-Beschäftigten stammten wohl zu einem guten Teil von sogenannten Leihagenturen. Wir fragen uns, wie solche Verhältnisse auf unseren Veranstaltungen – diese werden schließlich mit unseren Mitgliedsbeiträgen finanziert – möglich sein können, obwohl Gewerkschafter wie Annelie Buntenbach oder Ingrid Sehrbrock ständig von prekären Arbeitsverhältnissen reden. (Starker Beifall) All das sind Gründe, warum wir bei der NGG für den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde sind. Wir sind auch dafür, dass der nächste Bundeskongress keine Gewerkschaftsgelder für Gewerkschaftsfeinde ausgibt. (Starker Beifall)

Unabhängig vom Mindestlohn-Antrag bitten wir den Bundesvorstand, eine Art internes Tariftreuegesetz einzuführen und dies auch den Untergliederungen aufzugeben. – Vielen Dank. (Beifall)

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Ganz herzlichen Dank, Kerstin. Du hast dem Kongress wirklich die Augen geöffnet. – Mir liegen zu den drei aufgerufenen Anträgen B 001, B 003 und B 002 keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir zur Abstimmung über die Empfehlung der

Antragsberatungskommission kommen können. Die Antragsberatungskommission hat empfohlen, den Antrag B 001 anzunehmen, wodurch der Antrag B 003 erledigt wäre. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Niemand. Die Enthaltungen! – Bei einer Enthaltung haben wir so beschlossen. Herzlichen Dank. (Beifall)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag B 002. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet: Annahme als Material zu Antrag B 001. Der Antragsteller hat sich damit einverstanden erklärt. Wenn auch Ihr damit einverstanden seid, bitte ich Euch um Euer Kartenzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen! – Vier. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Dann haben wir den Antrag als Material zu Antrag B 001 mit großer Mehrheit angenommen. – Ich danke Euch.

Nun kommen wir zu den beiden Anträgen B 004 und B 005 des Bezirksvorstands Sachsen. – Dina, Du hast das Wort.

Dina Bösch, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Vielen Dank, Doro. – Mit dem Antrag B 004 mit dem Titel „Fortsetzung Mindestlohnkampagne" fordert der DGB-Bezirksvorstand Sachsen die Fortsetzung der Mindestlohnkampagne, weil der gesellschaftliche Druck aufrechterhalten werden muss und weil die Kampagne das gesellschaftliche Klima für die Einführung von Mindestlöhnen in den letzten Jahren positiv verändert hat. Wir finden, hier kann man nur die Annahme empfehlen.

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Dina. – Es liegen dazu keine Wortmeldungen vor. Wir können also direkt abstimmen. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Enthaltungen? – Auch keine. Damit haben wir den Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen somit zum Antrag B 005. – Bitte, Dina.

Dina Bösch, Sprecherin der Antragsberatungskommission
Hier geht es noch einmal um den Mindestlohn. Beim Antrag B 005 geht es um die Festlegung eines Mindestlohnes in der Pflege. Wir hatten bei unserer ersten Antragsberatung gedacht, dass er heute erledigt sein könnte. Leider ist er es nicht.

Zwar hat sich die zuständige Kommission beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales inzwischen auf einen Mindestlohn für die 800.000 Beschäftigten in der Pflege verständigt. Leider hat aber das FDP-Wirtschaftsministerium einen sogenannten Leitungsvorbehalt angemeldet, (Zurufe: Buh!) und somit ist der Antrag nach wie vor aktuell. Daher empfehlen wir die Annahme.

Doro Zinke, Vorsitzende des Kongresses
Vielen Dank, Dina. – Es liegen keine Wortmeldungen vor, sodass wir direkt zur Abstimmung kommen können. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Ist jemand gegen diesen Antrag? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Damit haben wir diesen Antrag einstimmig angenommen.

Ich danke Euch für diese zügige Antragserledigung. – Wir schauen uns jetzt gemeinsam den Polit-Talk an, und Ihr könnt Euch entscheiden, welche Parteien Ihr heute Abend besuchen wollt.

Wir setzen den Kongress morgen, Mittwoch, 19. Mai, um 9 Uhr fort. Bis morgen! Tschüs! (Beifall)

(Unterbrechung des Kongresses: 16:50 Uhr)

•

Korrekturen zum Tagesprotokoll, die in der Endfassung berücksichtigt
werden sollen, bitte jeweils bis mittags 12.00 Uhr am Infocounter abgeben.

Polit-Talk beim 19. „Parlament der Arbeit“

Heiner Bremer
Hallo, liebe Delegierte! Wie es sich auch beim 19. „Parlament der Arbeit“ gehört, es macht immer Sinn, wenn man die Kollegen aus dem politischen Parlament nicht nur begrüßt, sondern sie auch zur Rede stellt, was sie denn zu den wesentlichen politischen Problemen des Landes und was sie denn zu den Forderungen der Gewerkschaften so zu sagen haben. Das wollen wir in diesem Jahr tun; ein wenig anders, als Sie das, soweit ich weiß, immer gewohnt waren. Es wird nicht permanent Reden geben, sondern wir werden versuchen, die wesentlichen Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien zu den entscheidenden Problemfeldern, die Sie diese Tage diskutieren und auch schon diskutiert haben, durch Fragen zu klarer Positionierung zu bringen, auch durch Hinterfragen.

„Wir“, das sind meine Kollegin Dagmar Engel, Chefredakteurin der Deutschen Welle; und ich, Heiner Bremer, (Beifall) vielleicht so manchem noch aus späten Nachtstunden als RTL-Nachtjournal-Moderator oder von n-tv bekannt, wo ich ja gelegentlich auch die Politiker gerne in die Zange nehme.

Wir werden jetzt unsere Politiker auf die Bühne bitten. Ich muss allerdings sagen: Einer fehlt, der Vertreter der FDP. (Heiterkeit – Beifall – Zuruf: Feigling!) Wir haben uns nun gedacht – wir können ja besonders höflich sein –: akademisches Viertel, weil er nur gesagt hat, er komme verspätet. Dann müssten wir weiter warten. Ich gestehe Ihnen ganz offen: Ich bin mir seit einiger Zeit nicht mehr so ganz sicher, ob das Warten auf die Liberalen immer zielführend ist. (Heiterkeit – Beifall) Wir wollen deshalb anfangen.

Dagmar Engel
Die wesentlichen Wahlen in diesem Jahr sind im Prinzip vorbei. Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ist ab-, Rot-Grün nicht gewählt. Seit gestern hat der DGB eine neue Spitze: Michael Sommer ist wiedergewählt. (Beifall) Damit können wir eigentlich bei dieser Diskussion, bei diesem Gespräch heute auf alles, was irgendwie nach Wahlkampf riecht, verzichten und tatsächlich über die großen Themen reden.

Heiner Bremer
Wie kommen wir aus der Krise? Wie können wir die enthemmten Finanzmärkte in den Griff kriegen? Wie aber kommen wir auch von unserem eigenen Schuldenberg herunter? Mit Sparen oder mit Einnahmeverbesserungen? Darüber wollen wir heute in den nächsten anderthalb Stunden unter dem Motto „Kürzen, sparen, knausern – die neue soziale Gerechtigkeit?“ diskutieren.

Ihre Gäste, meine Damen und Herren, dabei sind: Olaf Scholz von der SPD. (Starker Beifall) Er ist Ihnen natürlich längst bekannt, aber der guten Ordnung halber: stellvertretender Parteivorsitzender und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Genossen.

Dagmar Engel
Auf der anderen Seite Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender – noch der einzige – der Partei Die Linke im Bundestag. (Starker Beifall)

Heiner Bremer
Neben Olaf Scholz Karl-Josef Laumann von der CDU. Er ist Arbeits- und Sozialminister in Nordrhein-Westfalen. Ein „noch“ verkneife ich mir jetzt. Sie können es möglicherweise ja noch sehr lange sein. Das kann ja noch dauern. (Beifall)

Dagmar Engel
Vielleicht hat er noch eine Karriere vor sich.

Heiner Bremer
Einer fehlt, habe ich schon gesagt: Heinrich Kolb, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP.

Renate Künast
Stellen Sie den, der nicht da ist, vor denen vor, die da sind?

Dagmar Engel
Wir hätten natürlich auch anders herum anfangen können, so die traditionelle Form: zuerst die Frau. Aber wir machen es jetzt so: Die Krönung der Schöpfung zum Schluss, Renate Künast, (Heiterkeit – Beifall) die Fraktionsvorsitzende der Grünen.

Heiner Bremer
Wir haben uns dabei etwas gedacht.

Renate Künast
Es war eine Steigerung darin, habe ich gemerkt.

Dagmar Engel
Das finde ich auch. – Wir erwarten von Ihnen heute Abend keine Rezepte, aber wir erwarten schon so etwas wie Antworten auf die jetzt und in Zukunft wesentlichen Fragen. Wir haben auch Fragen von den Delegierten hier eingesammelt. Und wir haben außerdem zu diesen großen Themen andere Leute befragt, die uns jeweils Stichpunkte geben. Wir kennen das ja alle, da wir ja alle fernsehen. (Einspieler – Beifall) Die Aussage ist so offen, dass ihr wahrscheinlich jeder zustimmen kann. Dann gehen wir doch ein bisschen mehr in die Tiefe. (Einspieler – Beifall)

Heiner Bremer
Herr Laumann, die Finanztransaktionssteuer ist in der öffentlichen Debatte über die Frage, wie man die Märkte nun endlich mal zügeln kann, zu einem, wie ich sagen möchte, hohen Stellenwert geworden, zu einem Symbolwert auch, ob diese schwarz-gelbe Regierung in Berlin überhaupt handelt oder ob wir weiterhin wie nach 2008 nach dem Banken-Crash nur sehr viel darüber reden, aber wenig tun.

Mein Eindruck aus den letzten Tagen ist, dass der eine oder andere Abgeordnete der CDU aus dem Herrentags-Wochenende mit der Erkenntnis gekommen ist: Die Wähler verlangen von uns Maßnahmen, auch eine Transaktionssteuer. In der CDU-Fraktion gibt es offenbar eine ganz starke Strömung. Halten Sie das für richtig? Glauben Sie, dass sie kommt und dass sie kommen muss?

Karl-Josef Laumann
Ich glaube, erst einmal muss man Folgendes sehen: Ich bin in diesem Jahr 20 Jahre hauptamtlich in der Politik. Ich habe in diesen 20 Jahren ein einziges Haushaltsjahr erlebt, in dem der Staat nicht mehr Geld ausgegeben hat, als er eingenommen hat. Das war das Jahr 2008, das wirtschaftlich beste Jahr. Sonst haben wir, egal, wer regiert hat, in Deutschland jedes Jahr mehr Geld ausgegeben, als wir eingenommen haben, in all den 20 Jahren, in denen ich dem Bundestag beziehungsweise einer Landesregierung angehört habe.

Ich glaube, wir brauchen zurzeit beides. Wir brauchen auf der einen Seite schon eine Sparpolitik. Wir müssen die Haushalte dahin bekommen, dass wir mit dem vorhandenen Geld auskommen. Für mich ist völlig klar, dass bei den Problemen, die jetzt da sind, die teilweise ja auch durch die Finanzmärkte entstanden sind, es nicht sein kann, dass die Finanzmärkte außen vor sind bei der Finanzierung dieser Probleme. Das kann einfach nicht sein.

Die Frage ist: Was kann ein Land wie Deutschland in dieser Frage national im Alleingang machen, oder wo ist es darauf angewiesen, dass wir dieses in globaleren Zusammenhängen, das heißt in größeren Einheiten, hinkriegen?

Dagmar Engel
Was wir ja jetzt im Prinzip schon angefangen haben, indem die EU-Finanzminister gesagt haben: Wir machen das. Wir machen eine Transaktionssteuer.

Karl-Josef Laumann
Es ist so, dass wir bei uns auch ganz klar sehen, dass es eine Beteiligung dieser Finanzmärkte geben muss, aber wir brauchen dann eine europäische Lösung. Sie wissen auch, dass es europäische Länder gibt, die über diese Fragen anders denken, als die Diskussion bei uns in der Bundesrepublik Deutschland verläuft.

Heiner Bremer
Wenn man die EU-Finanzminister heute gehört hat, gibt es da aber eine sehr breite Mehrheitsmeinung, die sagt, man solle diese Finanztransaktionssteuer einführen. Nun ist sie bezogen auf die Frage: „Kann ich damit die Märkte wirklich unter Kon-

trolle kriegen?" umstritten. Trotzdem ist die SPD, Herr Scholz, vehement dafür, die Grünen auch. Insofern bitte ich beide, nacheinander zu sagen, warum eigentlich, trotz der Einwände, die es gibt.

Olaf Scholz
Die Einwände sind ja weitgehend so, dass gesagt wird, es beeinträchtigt den Finanzstandort Deutschland, wenn man das nicht international einführt. Es ist ja kaum noch jemand dabei, der sagt, das sei eigentlich falsch. Das ist, glaube ich, nur der FDP vorbehalten. Alle anderen haben sich jedenfalls irgendeine Argumentation zurechtgelegt, wo sie sagen: „Im Grunde wäre es richtig." Das jetzt Wichtige ist doch, in dieser Situation zu sagen: „Es ist nicht nur im Grunde richtig, sondern es muss auch kommen." Deshalb will ich schon darauf hinweisen, dass wir noch vor ein, zwei Wochen eine Debatte in Deutschland hatten, in der gesagt wurde, man könnte das nicht machen, weil es ja international niemand will. Und wenige Tage später ist in einer internationalen Vereinbarung der europäischen Finanzminister aufgeschrieben worden, alle wollen das. In Wahrheit war es immer Deutschland, waren es die Kanzlerin und der Finanzminister, die das blockiert haben, und nicht umgekehrt. Insofern ist das ein fadenscheiniges Argument gewesen. (Leichter Beifall)

Meine These ist: Diese Steuer muss kommen, sie kann auch kommen, und sie ist ein Gerechtigkeitsbeitrag zur Finanzierung all der gewaltigen Kosten, die mit der Finanzmarktkrise verbunden sind. Es kann nicht dabei bleiben, dass wir diejenigen retten, die das im Wesentlichen mit angerichtet haben, und diejenigen mit den Lasten alleine lassen, die die Verantwortung dafür nicht haben. (Beifall)

Renate Künast
Als Erstes will ich die frohe Botschaft vorausschicken: Kämpfen lohnt sich. (Beifall) Für Gewerkschaften ist das eigentlich eine überflüssige Aussage. Kämpfen lohnt sich. Warum? Wenn man sich die Debatte um Finanztransaktionssteuern in den letzten zwei, drei Jahren einmal anschaut, dann war es ja so, dass die, die sie gefordert haben, eher für irre gehalten wurden. „Ihr versteht nichts von Finanzpolitik", hieß es. Dann kam der Börsencrash, dann kam das Griechenland-Problem, und plötzlich reden alle drüber.

Kämpfen lohnt sich; denn wir hatten zwei Staaten in der EU, die nicht wollten: Deutschland und United Kingdom. Warum? Weil 80 Prozent solcher Finanzdienstleistungsunternehmen in London beheimatet sind. Die wollen jetzt auch immer noch nicht. Aber kämpfen lohnt sich, wenn man das dicke Brett bohrt, wenn man aus allen gesellschaftlichen Kräften und auch im Parlament immer wieder die Frage stellt, warum man nicht eigentlich dieses Hin- und Herspekulieren besteuert und zielgenau teurer macht. Übrigens wird seit bestimmt zehn Jahren darüber diskutiert, wie man das aufbauen und organisieren könnte. Wenn man das immer wieder fordert, ist es am Ende so, dass auch die müssen.

Aber ich will eines sagen: Jetzt sagen die europäischen Finanzminister, sie wollten – dann müssen die Regierungschefs auch das Vereinigte Königreich mit einer qualifizierten Mehrheit überstimmen, dann muss Deutschland auch endlich Ja sagen, und zwar nicht so, wie es uns heute die Koalition angeboten hat. Die hat nämlich gesagt, sie hätten sich jetzt auch geeinigt. Jetzt steht aber in dieser Einigung: entweder global oder europäisch und entweder Transaktionssteuer oder Aktivitätssteuer, die hinten bei den Gewinnen erhoben wird. Das ist so: Wollen hätte ich schon gemocht, aber dürfen habe ich mich nicht getraut. Deutschland muss eine klare Haltung einnehmen, und zwar nicht nur dafür, sondern auch in anderen Bereichen. (Beifall)

Wir sind ja nicht irgendwer, und wir haben auch die Aufgabe, mit anderen voranzugehen und an Mehrheiten zu arbeiten, nicht immer „Madame Non" zu sein. Ich will aber noch sagen: Damit sind wir nicht fertig. Wir brauchen jetzt noch zwei andere Dinge – national oder europäisch. Man kann aber national eines machen: Diese Kreditausfallversicherungen, die nichts anderes als Spekulationen sind, kann man auch national verbieten. (Beifall)

Heiner Bremer
Frau Künast, nehmen Sie uns bitte nicht die ganze Arbeit ab.

Renate Künast
Nein. Ein Satz noch. Es ist ein Dreiklang. Das andere ist: Wir können nicht warten. Wir schnüren ständig Rettungspakete. Diese Woche sollen wir wieder über einen dreistelligen Milliardenbetrag entscheiden. Dann muss man auch eine europäische Ratingagentur schaffen, und ich will nicht, dass die EU sie erst im Januar nächsten Jahres vorschlägt, sondern ich will den Vorschlag jetzt haben und umsetzen. Sonst müssen wir irgendwann einmal sagen: Wir geben nix. (Beifall)

Dagmar Engel
Herr Gysi. Sie würden mich überraschen, wenn Sie sagen würden: „Ich bin gegen eine Transaktionssteuer."

Gregor Gysi
Ich habe gar nicht vor, Sie zu überraschen. (Heiterkeit) Ich finde, dass sich der Kampf von Attac, vom DGB und auch von den Linken für die Finanztransaktionssteuer – auch mal Tobin-Steuer genannt, wobei es gewisse Unterschiede gibt – auf jeden Fall gelohnt hat. Heute wird darüber ganz selbstverständlich diskutiert, während es früher klang, als ob es eine Illusion ist und niemals kommen kann. (Beifall)

Das Wichtige ist allerdings: Der FDP-Vorschlag darf auf gar keinen Fall durchgehen. Mit einer Gewinnsteuer bei den Banken können wir überhaupt nichts anfangen. Wenn wir Spekulation reduzieren wollen, müssen wir sagen: Jedes Finanzgeschäft zieht eben auch eine Zahlungspflicht nach sich. Anders kann man Spekulation überhaupt nicht drosseln. Außerdem sind dann auch die Einnahmen viel höher. Übrigens sind bei 0,01 Prozent weltweit 200 Milliarden errechnet worden. Stellen Sie sich die Summe bei 0,05 Prozent vor, die wir mal vorgeschlagen haben. Das wären schon 1.000 Milliarden. Ich will es bloß einmal sagen. Die Steuer ist also ungeheuer wichtig, und sie muss kommen.

Heute hat der österreichische Ministerpräsident – das finde ich auch gut – erklärt, dass die Behauptung, man könne es nicht machen, wenn andere Staaten nicht teilnehmen, eine faule Ausrede sei. Selbstverständlich kann man sie einführen, und deshalb sollten wir das so schnell wie möglich tun. (Beifall)

Heiner Bremer
Ich glaube, es gibt keinen Streit darüber.

Renate Künast
Weißt Du was, Gregor: Man kann es auch so gestalten, dass die Riesterrente und das normale Gehaltskonto davon ausgenommen werden.

Heiner Bremer
Das ist doch sowieso klar.

Renate Künast
Man muss nicht immer alle einbeziehen.

Heiner Bremer
Ich habe die Diskussion bisher immer so verstanden, dass es um die großen Finanzgeschäfte geht und nicht um die Riesterverträge.

Renate Künast
Man wirft uns vor, der Riestersparvertrag würde davon betroffen.

Heiner Bremer
Ja, ich weiß. Die FDP argumentiert auch so, dass der arme Mensch, der 200 Euro am Geldautomaten abhebt, hinterher sauer ist, weil er dafür vielleicht 5 Cent bezahlen muss. Ich glaube nicht, dass er sauer ist, wenn die Großen zahlen müssen.

Gregor Gysi
Es betrifft internationale Transfergeschäfte.

Heiner Bremer
Herr Laumann, es geht ja nicht nur um die Frage: Geht das eigentlich nur dann, wenn es international geht? Dann scheitert es an den USA, noch jedenfalls. Das ist in meinen Augen ein Totschlagargument. Ich frage mich: Müssen Sie nicht als regierende Partei ohne Rücksicht auf den Partner den Menschen klarmachen, dass es auch eine Frage der Gerechtigkeit ist, dass nicht die, die die Krisen verursachen, die Schäden hervorrufen, so weitermachen können, als sei nichts geschehen, aber die, die damit gar nichts zu tun haben, über ihre Steuergroschen notfalls dann zur Kasse gebeten werden?

Karl-Josef Laumann
Erst einmal möchte ich ganz vorsichtig daran erinnern, dass sogar ein Bundeskanzler Gerhard Schröder in Deutschland den Banken sehr viel Freiheiten gegeben hat, die sie vorher nie hatten. Das sollte man nicht ganz vergessen. (Beifall)

Wir haben ja alle eine Zeit des neoliberalen Geschwätzes hinter uns, wo jeder, der ungefähr so dachte wie ich, schon der letzte Mohikaner in Deutschland war. Daran können wir uns doch alle gut erinnern. Wir waren ja von vorgestern. Wir wur-

den ja mit Bismarck verglichen. Aber ich möchte nur mal darauf hinweisen: Vieles war auf diesen Finanzmärkten möglich, weil Rot-Grün die Bankenaufsicht in diesem Land zersplittert hat.

Zweiter Punkt: Wenn man etwas in Sachen Finanztransaktionssteuer macht – ob man über Börsenumsatzsteuer redet, ob man über Bankenabgabe redet, ob man über die Finanztransaktionssteuer redet –, dann weiß jeder, dass wir heute keine nationalen Finanzmärkte mehr haben, sondern dass wir europäische Finanzmärkte und internationale Finanzmärkte haben. Deswegen wäre mir zumindest eine europäische Lösung anstrebenswerter, wenn man die globale schon nicht kriegt.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass die jetzige Bundeskanzlerin schon in der Großen Koalition auf dem G-8-Gipfel damals in Heiligendamm diejenige war, die dieses Thema, die Banken an die Kandare zu nehmen, als einzige damals nennenswerte Regierungschefin überhaupt angesprochen hat.

Heiner Bremer
Darf ich daraus schließen, dass die CDU sich nicht noch mal von der FDP erpressen lässt?

Karl-Josef Laumann
Wissen Sie, Herr Bremer, jeder von uns hat schon in einer Koalition gesessen. In Koalitionen muss man immer bei bestimmten Veränderungen den Partner mitnehmen. Genauso wie der DGB ohne ver.di und IG Metall ja auch nichts entscheiden kann.

Renate Künast
Sie warten auf Guido Westerwelle, während die europäische Hütte brennt. Uns wird gesagt: alles eilig, unter Verzicht auf Fristen.

Karl-Josef Laumann
Was haben Sie alles verhindert, was damals dringend notwendig war!

Dagmar Engel
Ich habe eine praktische Frage an der Stelle. Wir sind uns irgendwie einig. Wir nehmen die an die Kandare, wir legen überhaupt erst Steuern auf, sind uns auch einig, dass das eine oder andere Land wahrscheinlich ausweichen wird. Selbst wenn es die Europäer zusammen machen, wir setzen dann zwar die Amerikaner unter Druck, aber möglicherweise wird doch das eine oder andere Land ausweichen. Wir haben alle so eine Idee im Kopf: Wenn alles so weitergeht wie jetzt und die Transaktionssteuer da aufgesetzt wird, kriegen wir Milliarden, tausend Milliarden.

Gregor Gysi
Weltweit, habe ich gesagt.

Dagmar Engel
Weltweit. Hat einer von Ihnen eigentlich eine Vorstellung davon, wie viel Geld das tatsächlich bringen kann für Deutschland? Wir sagen europaweite Transaktionssteuer. Was bringt uns das tatsächlich außer der Befriedigung, wir haben gekämpft und gewonnen. Was bringt das tatsächlich an Geld?

Heiner Bremer
Bringt es denn in Ihrer Schätzung, Herr Scholz, mehr Geld ein als diese so hoch gefeierte Bankenabgabe, die im Jahr 1,2 Milliarden bringt? Bei jetzt zu beschließenden 750 Milliarden für das EU-Rettungspaket doch eher ein Witz.

Olaf Scholz
Das hängt natürlich bei der Frage, wie viel dabei herumkommt, ein wenig vom Geschäft ab und auch von der konkreten Ausgestaltung. Gegenwärtig gehen die meisten davon aus, dass mit einem Volumen von etwa 20 Milliarden Euro gerechnet werden könnte. Das ist viel Geld. Das ist natürlich auch notwendig, um handlungsfähig zu sein in den Dimensionen, die jetzt erforderlich sind. Das ist auch ein Beitrag zur Gerechtigkeit, weil die Bürger Europas ja alle das Gefühl haben, sie werden nur darum gebeten, mit ihrem Steuersäckel gewissermaßen viele, viele Dinge abzusichern, die andere gemacht haben.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass die Debatte, die wir heute führen, nicht stehen bleibt dabei, dass alle nun irgendwie dafür sind, sondern es geht auch um jeweils regionale Zusammenhänge. Das hat in der Tat der Kanzler Faymann in der sozialdemokratischen Fraktion heute erklärt. Wir haben da ein gutes Gespräch mit ihm geführt. Ich finde, es ist auch richtig, sich das

klarzumachen. Da stimmen einfach viele Argumente nicht. Die Börsenumsatzsteuer zum Beispiel, die hierzulande ja als eine Abart, die nicht gut und ausreichend ist, diskutiert wird – –

Heiner Bremer
Die gibt es in Großbritannien übrigens.

Olaf Scholz
– die für viele falsch ist, gibt es in Großbritannien. Das heißt, es ist eindeutig in der Praxis empirisch widerlegt. Der Banken- und Finanzstandort London hat unter der Börsenumsatzsteuer, die dort ganz isoliert und nur national erhoben wird, nicht gelitten, und deshalb ist es richtig und möglich, auch real etwas zu machen und es nicht nur anzukündigen. (Beifall)

Renate Künast
Darf ich mal zur Fragestellung etwas sagen. Warum habe ich bei der Frage, wie viel Geld nehmen Sie ein, so gezögert? Weil diese Frage beinhaltet, es ginge nur darum, Geld einzunehmen. Wenn ich Geld einnehmen will, um bestimmte Schulden und Schäden auszugleichen, haben wir dieses Instrument. Man muss sich überlegen, machen wir eine Vermögensabgabe auf die großen Vermögen in dieser Generation, entlasten die Enkel. Das wäre ein Punkt.

Aber wir wollen doch Strukturen schaffen, die nicht nur dazu führen, dass wir Geld hereinholen, sondern auch, dass bestimmte Verhaltensweisen nicht mehr praktiziert werden. (Beifall) Deshalb können Sie bei einer Transaktionssteuer sagen, dieses ewige Hin- und Herspekulieren, jeder Gang, jede Entscheidung wird sozusagen mit einer Steuer belegt. Und wenn du in Sekundenschnelle oder jeden Tag fünfmal hin- und hermachst, hast du immer wieder auf jeder Transaktion die Steuer drauf. Umgekehrt sagen wir aber auch, zum Beispiel Kreditausfallversicherungen, die du ja kaufst als Finanzdienstleister und Finanzleistung, sollen verboten werden für die Leute, die gar keinen Kredit gegeben haben, sondern das als Spekulationsinstrument nehmen. Das würde bestimmte Finanztransaktionen vom Markt nehmen. Deshalb kann man es auch nicht richtig einschätzen. Überhaupt wird Ihnen eine gute Bankenaufsicht auch manche Dinge weghauen. Also lassen Sie uns nicht glauben, dass es um einen Dukatenesel geht. Politik hat die Aufgabe, die Struktur zu schaffen, dass solche Geschäfte absolut radikal reduziert werden. (Beifall)

Gregor Gysi
Es gibt unterschiedliche Berechnungen, aber es wird so geschätzt, dass es Einnahmen von mindestens 13 Milliarden bis zu 20 Milliarden geben könnte in Deutschland, je nach Ausgestaltung. Das hängt natürlich davon ab. Aber wahr ist, was Frau Künast sagt. Es geht ja auch darum, bestimmte Verhaltensweisen abzubauen. Nun muss man daran erinnern: Die Banken und die Spekulanten haben uns in eine Finanzkrise gestürzt, und daraus haben die Staaten den Schluss gezogen, die Staatsverschuldung zu erhöhen, damit die Banken und Versicherungen keine Verluste haben. Und jetzt sind wir in der Staatsverschuldungskrise. Wenn wir weiter diesen falschen Weg gehen, dann werden das alles die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler teuer bezahlen. Vielleicht sollten wir endlich den Weg gehen, diejenigen zur Kasse zu bitten, die das Ganze verursacht haben und die daran auch noch verdienen. Das wäre eine spannende Gegenüberstellung. (Beifall)

Karl-Josef Laumann
Aber wenn man über die ganze Wahrheit der Finanzkrise redet, dann sollte man erst einmal zugeben, dass Deutschland auch schon vor der Finanzkrise verschuldet war. (Zuruf: Richtig!)

Zweiter Punkt: Dann muss man auch sagen, dass Deutschland in dieser Finanzkrise, wenn man von Ausnahmen absieht, mehr Opfer ist als Täter. Die Täter dieser Finanzkrise haben vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika und an der Börse in London gesessen. Das ist ja auch wohl die Wahrheit.

Jetzt müssen wir natürlich bei vielen Dingen, die wir bereden, auch aufpassen, dass wir bestimmte Strukturen in Deutschland eher stärken und nicht schwächen. Zum Beispiel habe ich kein Interesse daran, Sparkassen und Volksbanken in der jetzigen Situation mit den Großbanken zu schwächen. Habe ich überhaupt kein Interesse daran.

Heiner Bremer
Das verstehe ich ja auch, Herr Laumann, aber ich glaube, dass man genau diese Differenzierung bei der Finanzgebung natürlich berücksichtigen wird.

Karl-Josef Laumann
Wenn man diesem Problem mit einer Steuer begegnen will – –

Gregor Gysi
Nicht nur mit einer Steuer.

Karl-Josef Laumann
– sind wir gut beraten, nicht über einen nationalen Weg alleine nachzudenken.

Heiner Bremer
Sie liefern mir ja das Stichwort. Ich wollte eigentlich in die Richtung gehen. Ich hatte ein bisschen den Eindruck, dass sich die ganze Debatte, wie gehen wir mit den Finanzmärkten um, extrem fokussiert auf die Transaktionssteuer, und dass andere Dinge en passant beiseite gehen.

Renate Künast
Sie haben unsere Vorstellungen nicht gelesen. – Das war frech, ich gebe es zu.

Heiner Bremer
Das bin ich ja nicht anders gewohnt, Frau Künast, aber es macht ja auch nichts. Ich habe sie ja gelesen. Aber lassen Sie mir doch die Chance, dass wir das hier dem Publikum auch noch mal sagen, was Sie alles so an Vorstellungen haben. Ich fange noch mal bei der SPD an. Herr Scholz, reicht das? Mir fällt auf, dass wenig geredet wird über wirkliche Verbote, etwa von Kreditausfallversicherungen gegen Staaten oder aber von einer straffen Regulierung der Hedgefonds. In Europa soll das nun geschehen. Ist das Ganze nicht ein Paket, das geschnürt werden muss?

Olaf Scholz
Es ist ein Paket. Deshalb ist es auch notwendig, über die weiteren Instrumente zu reden. Wir hatten uns allerdings dem didaktischen Auftrag gefügt, hier darüber erst zu reden, wenn wir gefragt werden.

Heiner Bremer
Deshalb habe ich es getan.

Olaf Scholz
Das ist jetzt der Fall.

Heiner Bremer
Es ist neu, dass Sie sich so diszipliniert daran halten. (Heiterkeit)

Olaf Scholz
Aber ich stimme jedenfalls ausdrücklich zu. Es ist notwendig, dass wir auch Regeln für die Banken, die Finanzmärkte brauchen, die wirklich effizient sind und funktionieren. Auch da darf es nicht dabei bleiben, dass es angekündigt wird. Man muss real etwas zustande kriegen. Es ist schon genannt worden die Kreditausfallversicherung. Bestimmte spekulative Varianten jedenfalls müssen unterbunden werden. Wir müssen die Leerverkäufe untersagen. Das Verbot der Leerverkäufe ist in Deutschland schon gemacht worden. Es ist nicht verlängert worden nach dem Regierungswechsel. Eine für mich völlig unverständliche Maßnahme. Das hätte man gut machen können und wäre auch richtig gewesen.

Wir brauchen eine Regulierung für Hedgefonds. Es ist richtig, dass das jetzt in Europa geschieht, auch mit einer Mehrheitsentscheidung über den Bankenplatz London hinweg. Denn in der Tat, wir müssen an diesem europäischen Standort insgesamt dafür sorgen, dass solche Regeln funktionieren. Wir können das und haben die Möglichkeiten dazu. Wenn das passiert, ist das auch wirksam; denn sowohl Deutschland und noch mehr Europa sind ja tatsächlich ein ganz wichtiger Teil des weltweiten Finanzmarktes. Wenn wir hier Regeln haben, dann sind die auch mit prägend für den Rest der Welt. Wir können sicher sein, dass wir damit das ganze Geschehen auch beeinflussen.

Deshalb gilt: ganz klare Regeln für Bankenaufsichten, für gesetzliche Regelungen, was Finanzprodukte betrifft, für das, was wir national und international tun: Man muss aus dieser Krise die Lehre ziehen und sie dann aber auch dauerhaft festhalten, ein Kapitalismus ohne Regeln und ein Finanzkapitalismus ohne Regeln funktionieren nicht. Wir müssen jetzt diese Regeln durchsetzen, national, europäisch und international. (Beifall)

Dagmar Engel
Ist das bei der Aussage eine Vierparteienkoalition?

Karl-Josef Laumann
Sie wissen doch sehr genau, dass zum Beispiel die Hedgefondsregelung auf europäischer Ebene ohne das Zutun der Bundeskanzlerin nicht gekommen wäre. Das ist doch klar. Dass die Finanzmärkte klare Regeln brauchen, liegt doch wohl auf der Hand. Es sind im Übrigen auch Millionen einfacher Bürger in dieser Finanzkrise schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Post, die ich zumindest von meiner Lebensversicherung in den letzten zwei Jahren bekommen habe, war nicht nur erfreulich.

Es ist also klar, dass wir hier klare Regeln brauchen. In einer Zeit, in der der Neoliberalismus in Europa in jeder Zeitung hochgeschrieben wurde, in fast jedem Fernsehsender hochgelobt wurde, und zwar 24 Stunden rund um die Uhr, sind diese Auswüchse entstanden. Das einzig Gute, das ich an diesen Finanzmarktproblemen sehe, ist ja, dass diese Debatte über den Neoliberalismus und über die Freiheit der Märkte – Freiheit und Märkte an sich seien schon etwas Gutes –, ziemlich zu Ende ist. (Beifall) Ich habe das ja lange herbeigesehnt, dass man sich wieder für Märkte mit Spielregeln einsetzt.

Heiner Bremer
Aber Sie regieren doch immer noch mit einer Partei, die genau auf dieser Welle weiter schwimmt und nicht begreift, was Sache ist. (Beifall)

Karl-Josef Laumann
Ja, aber ich will Ihnen eines sagen: In der Schröder-Zeit sind Gesetze gemacht worden, denen würde heute selbst die FDP nicht mehr zustimmen. (Unruhe)

Gregor Gysi
Herr Bremer, weil Sie gefragt haben, ob wir das genauso sehen. Na ja, sagen wir mal: Die Deregulierung hat schon unter SPD und Grünen bei den Finanzmärkten stattgefunden.

Karl-Josef Laumann
Vergessen Sie nicht, was das für eine historische Schuld ist.

Heiner Bremer
An alle hier vorne: Tun Sie uns bitte den Gefallen, über die Gegenwart und die Zukunft zu sprechen und nicht ewig darüber, wer damals mal irgendwann die Weichen falsch gestellt hat.

Karl-Josef Laumann
Aber Sie können auch ein bisschen objektiver sein.

Heiner Bremer
Was heißt objektiv? Wir stellen provozierende Fragen.

Gregor Gysi
Ich wollte ja gerade etwas zur Zukunft sagen. Ich glaube, wir müssen Leerverkäufe verbieten. Das ist eine reine Spekulation. Es hat nichts mit irgendeiner Art von Wirtschaftstätigkeit zu tun. Ich glaube, dass wir die Kreditausfallversicherungen als Wetteinrichtungen unterbinden müssen. (Beifall) Das geht nicht, dass Leute zu einer Versicherung gehen und sagen: Ich wette, dass Griechenland nicht pünktlich zurückzahlt. Dafür zahle ich eine Million ein, und wenn die wirklich nicht pünktlich zurückzahlen, kriege ich zwei Millionen ausgezahlt. Ja, wo leben wir denn eigentlich? (Beifall) So etwas brauchen wir nicht, und das fliegt uns irgendwann um die Ohren.

Ich sage Ihnen auch, bei Hedgefonds gehe ich weiter. Ich fand, die Zeit, in der wir in Deutschland keine Hedgefonds hatten, war nicht die schlechteste. Ich würde die einfach unterbinden. Die müssen wir gar nicht regulieren. (Beifall)

Aber eines müssen wir regulieren – das will ich noch sagen –: die Zweckgesellschaften der Banken. Es ist doch ein starkes Stück, die Banken stehen unter Bankenaufsicht und gründen dann Zweckgesellschaften, die nicht unter Bankenaufsicht stehen. Die machen, was sie wollen. Wo sind wir denn als Gesetzgeber? Entweder lassen wir sie nicht zu, oder wenn wir sie zulassen, stellen wir sie auch unter Bankenaufsicht. Ich verstehe überhaupt nicht, warum das nicht passiert. (Beifall)

Dagmar Engel
Das ist bisher alles relativ einfach gewesen, weil, wie gesagt, der Vertreter der FDP nicht da war.

Olaf Scholz
Richtig schwer wird das eigentlich erst in den folgenden Tagen, wenn es darauf ankommt, die Ankündigungen umzusetzen.

Renate Künast
Ich bin ganz irritiert und weiß nicht, ob ich gerade träume. Nichts gegen Sie, Herr Laumann.

Gregor Gysi
Herr Laumann war schon immer eine Ausnahme.

Renate Künast
Ja, Sie waren schon immer eine Ausnahme. (Heiterkeit) Sie passen eigentlich in den Film mit Herrn Marnette und Heiner Geißler. Solche Worte, wie Sie sie sprechen, habe ich bis gerade eben im Deutschen Bundestag nicht gehört. Das ging genau anders herum, muss man doch mal sagen. Gebe Gott, dass das, was Sie hier so vehement machen, dann auch passieren wird. Aber bitte schön nicht nur mit einer Überschrift nach dem Motto „natürlich möchte jeder gerne regulieren", sondern das muss dann auch wirklich drin sein.

Ich nenne Ihnen Beispiele. Wir haben – was Gregor Gysi auch angesprochen hat – zum Beispiel die Situation, dass wir den Banken Geld geben, und nachher werden die Abgeordneten in einem extra Gremium unter Geheimhaltung – die sitzen nicht im Haushaltsausschuss, sondern werden in einen Sonderfinanzausschuss gesetzt – nachträglich informiert, welche drei-, sechs- oder siebenstelligen Summen sozusagen irgendwo investiert wurden, und sie dürfen nicht einmal darüber reden, weil es geheim ist, meine Damen und Herren. Da haben wir noch eine ganze Menge nachzubessern. Meine Sorge ist, dass wir jetzt auch bei dem Paket, ob bei den Zweckgesellschaften, um die es jetzt europäisch geht, oder bei allen anderen Sachen, immer laut darüber reden, aber wenn Du ins Kleingedruckte guckst, steht das am Ende nicht drin. Deshalb gebe ich Olaf Scholz recht: Jetzt, in den nächsten Tagen und Wochen, fängt die wirkliche Kärrnerarbeit an. Da musst Du nämlich einschließlich der Inkrafttretensklausel mal genau gucken, was drin ist. Überschriften sind leicht geschrieben, aber auf die Paragrafen kommt es an.

Heiner Bremer
Und dann diskutieren wir das noch mal.

Herr Laumann, ich will nur klarmachen: Es ist natürlich problematisch, dass Sie auch Fragen kriegen, die wir sonst Herrn Kolb gestellt hätten. Aber wir müssen sie ja stellen, damit auch die Delegierten hier eine ungefähre Vorstellung haben, wie Schwarz-Gelb tickt.

Im Übrigen wollte ich jetzt sagen: Da wir nicht Thomas Gottschalk sind und stundenlang überziehen können, wollen wir die Bankengeschichte und die Finanzmärkte verlassen und zu uns ins heimische Land gehen.

Dagmar Engel
Da wir die Banken jetzt alle an der Kandare haben und unser Problem alle gemeinsam gelöst haben und alle ganz glücklich damit sind, aber festgestellt haben, dass es im Wesentlichen darum geht, sie zu disziplinieren und nicht darum geht, Geld einzunehmen, haben wir ja noch ein kleines anderes Problem an der Backe, und das heißt Schuldenkrise. (Einspieler)

Heiner Bremer
Also, Herr Laumann, mit Guido Westerwelle würde ich jetzt für mich in Anspruch nehmen: Ich lasse mir nicht den Schneid abkaufen. Also frage ich wieder kritisch und zitiere Ihren Parteifreund Roland Koch. Es ist ja nicht nur die Wirtschaftswissenschaft, sondern auch Roland Koch sagt ja: Wenn es nicht gelingt, über die Ausgaben den Haushalt zu sanieren, dann müssen wir Steuern erhöhen. Können Sie, kann diese Koalition, die regiert, ausschließen, dass es Steuererhöhungen gibt, gar eine Mehrwertsteuererhöhung, die Herr Zimmermann sich von 19 auf 25 Prozent vorstellt, oder müssen wir doch ein bisschen damit rechnen?

Karl-Josef Laumann
Ich würde erst einmal sagen, dass ich in diesen Tagen, in denen wir leben, nicht in der Lage bin zu sagen, was man in zwei oder drei Jahren völlig ausschließen kann. Tatsache ist auf jeden Fall, dass meine politische Erfahrung ist, dass man die Konsolidierung von Haushalten nur hinkriegt, wenn man dieses Thema in Aufschwungphasen angeht. Deswegen, finde ich, muss in Deutschland alles getan werden, damit wir wieder zu einem höheren Wirtschaftswachstum nach dieser Krise kommen. Dazu gehören zum Beispiel bestimmte Entscheidungen in der Energiepolitik. Man kann zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen nicht sagen, wir wollen Datteln nicht zu Ende bauen, und ein Kohlekraftwerk in Hamm machen wir auch nicht.

Und die Pipeline für Bayer brauchen wir auch. Um mal einige Beispiele zu nennen, wenn es um knallharte Industriepolitik geht, die zurzeit in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel schwer umstritten ist. In Datteln sind mittlerweile drei Milliarden investiert worden. Das könnte ja auch eine Ruine werden. Ich bin schon der Meinung, dass wir Datteln auch ans Netz bringen müssen. Ich bin hier für eine klare Industriepolitik, um die Wachstumskräfte im Land zu stärken. Damit erreichst Du auf jeden Fall – das haben wir in den Jahren 2007 und 2008 gesehen – an Steuereinnahmen wesentlich mehr, als wenn Du nur über die Frage von Steuererhöhungen redest.

Dann gibt es einen weiteren Punkt. Den halte ich aber in der Politik für etwas Selbstverständliches: Die Politik muss mit den erwirtschafteten Steuern äußerst sparsam umgehen. Das gelingt uns sicherlich nicht an jeder Stelle. Ich teile die Auffassung von Roland Koch, dass man deswegen die Frage des Sparens nicht völlig ausklammern kann.

Heiner Bremer
Dazu kommen wir noch.

Karl-Josef Laumann
Dann gibt es Bereiche, wo man grundsätzlich sagt: Da wollen wir nicht sparen. Da würde ich die Investitionen in Kindergärten und Bildung ganz oben ansetzen. Ich persönlich würde zum Beispiel auch die Behindertenpolitik dort ganz oben ansetzen, wo ich sage, dass nicht gespart werden kann.

Es gibt sicherlich Bereiche, bei denen man überlegen kann, ob zum Beispiel bei den Subventionen alles so bleiben muss, wie es heute ist.

Dagmar Engel
Haben Sie eine Idee?

Karl-Josef Laumann
Da nenne ich persönlich manche Förderung der regenerativen Energie. Dagegen war die Kohleförderung ein Waisenknabe.

Renate Künast
Ich höre keine Reaktion.

Karl-Josef Laumann
Ich kann ja nur sagen: Jeder Hartz-IV-Empfänger, der zwei Kinder hat, zahlt heute im Jahr bei seiner Stromrechnung 330 Euro für regenerative Energien. Dieses Geld streichen die reichen edlen Lehrerehepaare in meinem Dorf ein, die sich die Solaranlagen auf ihren Dächern erlauben können. (Zurufe)

Renate Künast
Da haben Sie so richtig die Schublade mit der Überschrift „niedrige Beweggründe" aufgezogen, muss ich mal sagen! (Heiterkeit)

Karl-Josef Laumann
Das macht ja nichts aus; nehmen Sie es einfach mal zur Kenntnis. Ich möchte mal wissen, wenn wir diese 330 Euro für die Krankenkasse nehmen würden, was für eine Debatte wir mit Ihnen, Frau Künast, hätten.

Heiner Bremer
Aber nur dann, wenn Sie Frau Künast jetzt das Wort lassen. Bitte.

Renate Künast
Ein kleiner Zwischenruf ist ja okay. – Ich sage mal: Auch Otto Normalverbraucher, auch Leute hier im Saal, auch Leute, die nicht reich sind, haben ein klein Häuschen und waren mittlerweile schon so klug, es energetisch zu sanieren. Dazu gehört zum Beispiel auch die Solaranlage auf dem Dach. Mittlerweile gibt es auch Lösungen für den Carport, mit Folien und so weiter, die sogar noch billiger sind – falls Sie es noch nicht haben, eine kleine kostenlose Beratungsleistung. (Heiterkeit)

Ich finde es unredlich, den erneuerbaren Energien einen Preis aufzurechnen. Natürlich kosten sie was. Aber dann rechnen Sie bitte überall woanders auch die Kosten ein, einschließlich der sogar über Deutschland hinausgehenden volkswirtschaftlichen Kosten. Rechnen Sie CO_2 ein, rechnen Sie den gesamten Klimawandel ein, rechnen Sie bei der Atomenergie ein, wie

die Atomenergie jahrzehntelang fast die gesamten Energieforschungshaushalte eingesackt hat. (Beifall) Rechnen Sie die Polizeieinsätze ein, rechnen Sie die nicht gelöste Lagerfrage ein.

Und dann überlegen Sie mal, welche Konkurrenz wir international haben. Ja, China baut viele Kohlekraftwerke, aber China baut auch jede Menge andere Mobilität, neue Städte, andere Energie und und und. Wenn wir vorne sein wollen, muss es bei uns heißen, dass wir intelligent investieren. Das kann auch heißen, von der Großindustrie über den Mittelstand bis Oma ihr klein Häuschen, dass wir die energetische Sanierung und die Produktion von Energie sozusagen fördern. Das macht Sinn, meine Damen und Herren, weil es eine Rendite auf die Zukunft gibt. (Beifall)

Ich würde gern noch folgende Frage angehen. Wenn Herr Koch heute sagt „Dann sparen wir bei den Kindern", dann sage ich: Ich war in der Föderalismuskommission I. Ich weiß, wie er nachts um Viertel vor zwölf in einer kleinen Runde explodiert ist und Stoiber und Müntefering damals sagten: Hier geht gar nichts mit Föderalismusreform, außer der Bund hält sich in Zukunft bei der Bildung gänzlich raus; der Bund darf nie wieder zum Beispiel zum Ausbau der Tagesbetreuung direkt Gelder an die Kommunen geben, da brauchen wir ein Kooperationsverbot.

Das finde ich unanständig. Viele Probleme haben wir schon damals gekannt. Er wollte diese Kinderbetreuung und Kinderbildung haben und jetzt bietet er als Erstes an, die zu kippen. In Wahrheit steckt noch etwas anderes dahinter, nämlich die Tatsache, dass seit dem 9. Mai die CDU im Zerfallsprozess ist. Der Roland Koch sagt nämlich in Wahrheit: Angela Merkel, wenn Du nicht führst, dann führe ich. Und das in diesen schwierigen Zeiten! (Beifall)

Dagmar Engel
Das ist eine interessante Diskussion, aber nicht die, die wir heute führen wollen. – Herr Scholz.

Olaf Scholz
Ich finde interessant, wie wir in diese Diskussion jetzt gestartet sind. Es geht eigentlich um die Frage: Kommen wir mit unserem Geld aus? Muss gespart werden? Wo? Da ist erst einmal ein markiges Bekenntnis zur Industriepolitik abgegeben worden. Dem schließe ich mich an. Ich bekenne mich zur Industriepolitik. Ich halte sie für notwendig. Da muss ich als Sozialdemokrat keinen Beweis antreten. (Beifall) Zweitens ist dann ein Angriff auf die Frage der erneuerbaren Energien gemacht worden. Frau Künast war so nett, auch noch darauf einzugehen. Aber in Wahrheit geht es jetzt doch um Folgendes.

Heiner Bremer
Gibt es Steuererhöhungen, ja oder nein?

Renate Künast
Aber wo?

Olaf Scholz
Jetzt geht es um die Frage: Was ist eigentlich mit der Situation der öffentlichen Haushalte? Das Allererste, das jetzt mal passieren muss, ist, dass diese unsinnige Hotelerleichterungssteuer wieder zurückgenommen wird, (starker Beifall) und zwar nicht nur deshalb, weil das eine unglaubliche bürokratische Absurdität ist, und nicht nur deshalb, weil es ein unglaublicher Klientelismus war, und nicht nur wegen des Geldes, sondern wegen der moralischen Zerstörung, die das angerichtet hat. Wenn man so was macht, was überhaupt nicht einsehbar ist, dann ist überhaupt nichts mehr, was man in schwierigen Zeiten zu tun hat, verständlich zu machen. Deshalb war das sozusagen auch ein Angriff auf das Gemeinwohl, eine so absurde Klientelbedienung zu beschließen. (Beifall)

Das Zweite, was notwendig ist, ist, dass wir klar sagen: Es wird nicht gekürzt bei den sozialen Sicherungssystemen und den Steuergeldern, die aus dem Bundeshaushalt dafür zur Verfügung stehen. Das ist immerhin die Hälfte des Bundeshaushalts; es sind fast 150 Milliarden Euro. Es geht um 80 Milliarden Euro für die Rente, es geht um fast 40 Milliarden Euro für die Unterstützung der Arbeitsuchenden und der Arbeitsvermittlung. Es geht darüber hinaus auch um Geld beispielsweise für die Zuschüsse an die Krankenversicherung. Da höre ich heute, dass der geplante steigende Zuschuss zur Krankenversicherung zur Beitragsstabilisierung nicht weiter steigen soll. Was ja heißt, dass man eine Steuererhöhung verkappt durchsetzt über eine Gebührenerhöhung bei den Krankenversicherten.

Das ist nicht in Ordnung. Deshalb sage ich ausdrücklich: Alle diese Wege sind verbaut. Jetzt muss ehrlich gesagt werden: Zumindest mit den Steuersenkungsplänen der Koalition ist es nichts, der Koalitionsvertrag war nicht die Wahrheit, das wird zurückgenommen.

Heiner Bremer
Herr Scholz, das war ein klares Plädoyer für die Haltung der SPD. Es gibt nämlich eine Äußerung des CDU-Haushaltspolitikers Barthle, der sehr wohl gesagt hat, der riesige Etat der Arbeits- und Sozialministerin von der Leyen müsse auch bluten, etwa 3 bis 4 Milliarden aus diesem Topf. Das ist in der Koalition offenbar anders. Herr Laumann, Sie sagen, Sie wollen das auch nicht.

Olaf Scholz
Ich will ausdrücklich sagen: Da bin ich nicht so sicher, was da passiert. Es ist so, dass es eigentlich zum Standardplan von Union und FDP gehörte, etwas zu machen bei den Kosten der Arbeitsvermittlung und den Qualifizierungsmaßnahmen und den Kosten, die dafür ausgegeben worden sind. Dieser Plan ist gegenwärtig durchkreuzt. Das kann man ja auch mal sagen. Er ist durchkreuzt durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsicherung für Arbeitsuchende. Das wird zu steigenden Beiträgen für die Grundsicherung führen. Darum reden zwar alle herum, aber so ist es.

Dieser Plan ist zweitens durchkreuzt durch die Vereinbarung, die wir im Zusammenhang mit der Jobcenterreform getroffen haben. Daran halten sich einige im Augenblick zwar nicht komplett, aber ich will die Vereinbarung hier einmal erzählen.

Erstens. Im Gesetz steht ein klarer Schlüssel für die Zahl der Arbeitsvermittler: 1 zu 150, 1 zu 75. Das bedeutet mehr Stellen für die Arbeitsvermittlung, also mehr Kosten und nicht weniger. Zweitens. Es ist vereinbart worden, dass die gesperrten Mittel für die Arbeitsmarktpolitik entsperrt werden. Das ist mittlerweile in zwei Anläufen passiert. Drittens. Es ist vereinbart worden, dass wir die befristeten Vermittler entfristen, was schon auf den Weg gebracht worden war, als ich noch das Amt hatte. Es ist noch nicht durchgeführt worden.

An dieser Stelle entscheidet sich das, denn die SPD hat ganz klar gesagt: Die Zweidrittelmehrheit für die Verfassungsänderung gibt es nur mit dem gesamten Paket, das heißt ohne Kürzung bei der Arbeitsvermittlung und mit einem Ausbau der Zahl der Arbeitsvermittler. Wenn das passiert, sind alle Pläne, die bei Union und FDP je existierten, wie man mit dem Haushalt zurechtkommen kann, gestorben. Deshalb haben die im Augenblick gar keinen Plan. Darum fangen die Ersten an, über Steuererhöhungen zu reden.

Heiner Bremer
Das letzte Wort in dieser Runde hat Gregor Gysi.

Gregor Gysi
Wir müssen doch mal sehen, was in den vergangenen Jahren hier in Deutschland geschehen ist. Wir hatten einen Reallohnverlust von 11,3 Prozent. Wir hatten einen realen Rentenverlust von 8,5 Prozent. Wir sind im Vergleich der EU- und im Vergleich der OECD-Länder unterdurchschnittlich in den Bildungsausgaben. Wer hier anfängt, ernsthaft zu glauben, wir könnten die Krise dadurch lösen, dass wir die Löhne weiter senken, dass wir die Renten weiter senken und bei der Bildung kürzen, liegt schief. Das dürfen wir uns auch nicht bieten lassen, finde ich. (Beifall)

Lassen Sie mich zur Bildung sagen: Ich bedaure sehr, dass auf Druck von Koch und anderen CDU und SPD wirklich beschlossen haben, das Grundgesetz bei der Bildung zu ändern. Wir haben jetzt 16 verschiedene Schulsysteme, weil wir 16 Bundesländer haben. Das mag in das Zeitalter der Postkutschen des 19. Jahrhunderts passen, aber in das 21. Jahrhundert passt das überhaupt nicht. (Beifall)

Deshalb sage ich Ihnen: Wenn wir die Probleme lösen wollen, gibt es nur einen Weg, das ist die Steuergerechtigkeit. Wir müssen die Einnahmen erhöhen. Deshalb müssen wir über die Transfersteuer für internationale Finanzgeschäfte reden, über die Börsenumsatzsteuer für nationale Finanzgeschäfte reden. Wir müssen über eine Millionärssteuer reden, über eine gerechte Einkommensteuer und – das sage ich auch – für hohe Erbschaften auch über eine gerechte Erbschaftsteuer. Ich kann nicht akzeptieren, dass die vierte Gattin eines Milliardärs die Villa völlig kostenfrei erbt, bloß wenn sie mit ihrem Freund dort weiterlebt. Das kann ich nicht akzeptieren. Aber so sieht heute unser Erbschaftsteuerrecht aus.

Olaf Scholz
Vor allem die vierte Gattin. Deshalb darf die Villa nicht größer als 120 Quadratmeter sein. (Heiterkeit)

Dagmar Engel
Sie haben es ja nicht so richtig schwer hier auf der Bühne; denn immer, wenn Sie sagen „Wir besteuern die anderen", also alle die, die nicht hier sitzen, wird geklatscht, und wenn Sie sagen „Wir besteuern die Banken", wird geklatscht.

Gregor Gysi
Die Mehrwertsteuer ist erhöht worden, das ist immer der Trick, das bezahlen dann alle. Die Krise verursachen die Banken und Spekulanten, und dann wird die Mehrwertsteuer erhöht, damit die Leute das bezahlen. Genau das geht nicht mehr so einfach.

Renate Künast
Lassen Sie mich dazu einen Satz sagen. – Das ist alles toll gesprochen, Gregor. Aber vergiss nicht: Spekulieren kannst Du nur in jemanden rein, der sich hoch verschuldet hat. Sonst kommst Du gar nicht in diese Rolle hinein. Wir müssen an der Stelle auch mal Asche auf das eigene Haupt streuen, wo immer man Verantwortung getragen hat. Wir sind nicht wirklich nachhaltig generationengerecht mit den Haushalten umgegangen. Und jetzt kommt die ganz bittere Zeit. „Bittere Zeit" heißt aber, intelligent zu sparen, nicht so, dass man die Zukunft kaputtspart in bestimmten Industrie- oder in Bildungsbereichen. Das wird manchem wehtun.

Heiner Bremer
Mit Verlaub: Das war nun mehr als ein Satz.

Renate Künast
Sie kennen meine Zeichensetzung.

Olaf Scholz
Das waren lauter Semikolons. (Heiterkeit)

Heiner Bremer
Ja, das war ein unheimlicher Schachtelsatz. (Große Heiterkeit)

Karl-Josef Laumann
Diese Debatte höre ich jetzt seit 20 Jahren, warum das Sparen bei irgendeiner Gruppe jetzt gerade nicht geht. Auch noch zu Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit niedriger war, hat sich das Land verschuldet. Da ging das Sparen auch nicht, da wurde auch grundsätzlich intelligent investiert.

Dagmar Engel
Eben nicht.

Karl-Josef Laumann
Ich glaube schon, dass wir guten Grund haben, auch in Deutschland darüber nachzudenken: Wie kann der Staat einen Beitrag dazu leisten, besser mit seinem Geld auszukommen?

Dagmar Engel
Das finde ich auch, und ich finde jetzt – –

Karl-Josef Laumann
Man kann nicht immer nur über die Einnahmeseite reden.

Renate Künast
Das tut ja keiner.

Dagmar Engel
Ich fände es ganz schön – –

Renate Künast
Ich rede über die Ausgabenseite.

Dagmar Engel
Ich fände es ganz schön, wenn wir jetzt – –

Heiner Bremer
Lassen Sie uns beim Thema bleiben, Frau Künast!

Renate Künast
Stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, es wäre gut, wenn wir in Bildung und in Kinder investieren?

Karl-Josef Laumann
Ich fände es gut, wenn Frau Künast sagt, wo sie ganz anderer Meinung ist.

Heiner Bremer
Darüber wollen wir aber jetzt nicht diskutieren.

Dagmar Engel
Was ich an dieser Stelle jetzt gerne wissen würde, und zwar ganz pragmatisch – wir machen es einfach mal an Zahlen fest –, ist Folgendes: Jeder macht bitte drei Vorschläge, was man machen kann, um den Schulden zu begegnen. Machen Sie bitte ganz praktische Vorschläge. Und Sie müssen sich vorstellen, Sie sind anschließend an der Regierung und müssen es auch umsetzen. (Heiterkeit) Das macht es vielleicht dem einen oder anderen ein bisschen schwerer, weil er doch ein bisschen benachteiligt war. Also machen Sie Vorschläge, von denen Sie glauben, dass sie tatsächlich auch umsetzbar sind, und nicht nur Vorschläge, von denen Sie wissen, dass Sie hier Applaus kriegen.

Renate Künast
Die Frage rahme ich mir echt ein, das finde ich irre. Wer hat es hier schwer? Wir stellen uns auch auf Bankentagen, auf Bauerntagen oder sonst wo, wo die Leute nicht gerade jubeln, wenn wir kommen. Wir machen verantwortlich Politik. Und wenn wir hier etwas sagen, sagen wir es nicht nur für den Applaus, sondern weil wir nachgedacht haben. (Lebhafte Zustimmung) Das stinkt mir allmählich! (Anhaltender starker Beifall)

Dagmar Engel
Gut. Das ziehe ich mir an. Trotzdem möchte ich jetzt alle bitten, noch einmal kurz darüber nachzudenken, drei Punkte zu nennen, an denen gespart werden kann.

Gregor Gysi
Übrigens: Vor einem halben Jahr habe ich vor lauter Versicherungsunternehmern gesprochen. Na, da wurde vielleicht begeistert geklatscht. Das will ich nur mal sagen. (Heiterkeit – Leichter Beifall)

Dagmar Engel
Herr Scholz, fangen Sie an.

Olaf Scholz
Ich habe eben schon gesagt, wo man nicht sparen soll.

Dagmar Engel
Ja.

Olaf Scholz
Das ist ganz wichtig, denn wenn man sich die Struktur des Bundeshaushalts anguckt – und über den reden wir ja hier zu einem ganz erheblichen Teil –, dann geht es immer um diese Bereiche. Im Gegensatz zu den öffentlichen Illusionen darüber, dass es ganz leicht sei, ist das die Wahrheit. Wenn man es falsch macht und die falschen Strategien fährt, dann wird dort gekürzt, und das ist nicht verantwortlich, um dies ganz klar zu sagen.

Zweitens glaube ich, wir brauchen ein vernünftiges Prinzip. Das Prinzip sollte lauten, dass man, wenn man neue Ausgaben beschließt, die Finanzierung dieser neuen Ausgaben dann auch gleich mitbeschließt. Das ist eine Art und Weise, in der der amerikanische Präsident Clinton den von Reagan und Bush senior ruinierten öffentlichen amerikanischen Haushalt so sehr saniert hat, dass am Ende seiner Amtszeit darüber nachgedacht wurde, was man macht, wenn alle Schulden zurückgezahlt sein werden. Das ist dann ganz anders gekommen. Bush junior war ja auch im Amt. Und jetzt haben wir eine Finanzkrise.

Aber ich will ausdrücklich sagen: Das ist aus meiner Sicht das richtige Prinzip zur Bekämpfung der Verschuldung öffentlicher Haushalte, weil es natürlich falsch ist, in einer noch nicht beendeten Konjunkturkrise zu versuchen, zum Beispiel das Arbeitslosengeld zu kürzen. Ich hielte das für inakzeptabel und glaube, das ist nicht der richtige Weg. Dieses Prinzip ist das Richtige.

Dann geht es um die Einnahmefrage. Da ist man falsch gestartet mit zwar legitimen, aber nicht vernünftigen Steuersenkungen, und das rächt sich jetzt. Es ist falsch gestartet worden, weil allen gesagt worden ist, es wäre locker möglich, diese Steuersenkungen zu bezahlen. Das hat nicht gestimmt, und das muss jetzt korrigiert werden.

Und dann gibt es noch ein paar Dinge, über die wir schon gesprochen haben. Ein paar davon standen auch in unserem Wahlprogramm, und ich will mich auf die beschränken. Über die Finanztransaktionssteuer und die Börsenumsatzsteuer ist gesprochen worden.

Wir haben auch gesagt, dass zum Beispiel die zusätzliche Besteuerung derjenigen, die mehr als 250.000 oder 500.000 Euro im Jahr verdienen, auch schon beginnen kann bei 125.000 und 250.000 Euro. Das trifft übrigens dann doch den einen oder anderen hier im Saal. (Unruhe – Pfiffe) – Nicht alle, aber einige. Das, finde ich, ist eine Sache, von der man sagen kann, das ist vernünftig, und das führt auch zu einer besseren Einnahmesituation. So muss man durch die Krise kommen. Es wäre jetzt falsch, mit einer rein fiskalistischen Politik zu versuchen, den öffentlichen Haushalt zu sanieren. Wir müssen das so machen, dass man vernünftig und knauserig vorgeht.

Heiner Bremer
Herr Laumann, die Kanzlerin, Ihre Parteivorsitzende, hat wiederholt und, ich glaube, auch hier auf dem Kongress gesagt, die Deutschen hätten über ihre Verhältnisse gelebt.

Dagmar Engel
Darf ich da mal kurz einhaken? – Wer von Ihnen hier im Raum ist der Ansicht, er hätte in der letzten Zeit über seine Verhältnisse gelebt? Könnte der mal seinen Arm heben? (Heiterkeit) – Niemand. Doch, dahinten hat jemand zugegeben, er habe ein bisschen über seine Verhältnisse gelebt. (Heiterkeit)

Gregor Gysi
Ich finde es nur gut, dass sich Herr Laumann nicht gemeldet hat. (Heiterkeit)

Heiner Bremer
Gut. Aber darf ich die Frage nun weiter ausformulieren? – Welche Verhältnisse meint sie? Meint sie zum Beispiel auch die in der Tat hoch umstrittene Mehrwertsteuersenkung für Hotels? Gesteht sie das heute als Fehler ein? Oder meint sie Hartz-IV-Sätze, die zu hoch sind?

Karl-Josef Laumann
Ach, wissen Sie – –

Heiner Bremer
Ich stelle nur Fragen aus einem Bereich, der in der Öffentlichkeit andauernd und immer wieder diskutiert wird.

Karl-Josef Laumann
Es ist ja zunächst so, dass ich diese Hotelsteuer gar nicht verteidigen muss, weil ich sie nie verteidigt habe.

Heiner Bremer
Ja, Sie sind ja CDU-Mann.

Karl-Josef Laumann
Die Wahrheit ist ja, dass diese Hotelsteuer ein Herzensanliegen der FDP war. Aber leider war die CSU auch dick mit dabei.

Heiner Bremer
Richtig.

Karl-Josef Laumann
So. Und die CDU war in dieser Frage relativ leidenschaftslos.

Dann gibt es Koalitionsverhandlungen, und dann wird das zum Dollpunkt gemacht. Es ist nun mal so: Wenn man Koalitionsverhandlungen macht, hat man nicht alles alleine zu bestimmen; das ist das Wesen von Koalitionsverhandlungen.

Das Zweite, auf das ich hinaus will, ist Folgendes: Ich habe in meinem mittlerweile längeren politischen Leben 25 Jahre Kommunalpolitik gemacht, ich war 15 Jahre im Bundestag und bin jetzt seit fünf Jahren auf der Landesebene tätig. Ich glaube, dass dieser Staat ein unheimliches Geld kostet, dass die drei staatlichen Ebenen völlig durcheinandergehen. Der Bund macht Anreizprogramme für die Kommunen, gibt den Kommunen Aufgaben auf und schickt das nötige Geld teilweise nicht mit; das machen die in den Ländern auch. Dann gibt es andere Aufgaben, die werden zwischen Land und Bund hin und her geschoben.

Ich glaube, dass der Anfang einer Konsolidierung in Deutschland sein muss, dass wir ganz klar neu definieren: Was ist die Aufgabe von Kommunalpolitik? Was ist die Aufgabe von Landespolitik? Es ist auch nicht in Ordnung, dass zum Beispiel die Frage von Bildung völlig durcheinandergeht zwischen Landesebene und Bundesebene. Dadurch spart man ganz sicherlich kein Geld. Und was ist die Aufgabe des Bundes? Dies alles vor allem unter dem Blickwinkel, dass wir auch noch ein gemeinsames Europa haben.

Das, was wir hier zurzeit bei der Finanzkrise in Europa diskutieren, heißt im Übrigen, dass die nationalen Gestaltungsspielräume noch enger werden, weil die europäischen erhöht werden müssen, um Verschuldungen, wie wir sie jetzt in Europa haben, wieder hinzukriegen.

Ich halte es für eine der entscheidenden Fragen, dass wir uns gegenseitig nicht mehr den Schwarzen Peter zuschieben. Ich kann Ihnen nur sagen: Jede Kommune in Nordrhein-Westfalen – und das wird in ganz Deutschland so sein – gibt heute für die Jugendhilfe etwa doppelt so viel aus wie vor zehn Jahren. Das hängt aber mit dem zusammen, was wir alle für richtig finden, U3-Betreuung, hängt aber auch mit Riesenkosten zusammen, die wir mittlerweile wieder in der Grundsicherung der Pflege haben.

Heiner Bremer
Gut.

Karl-Josef Laumann
So! Dann muss ich doch dafür sorgen, dass ich in unserem Land ein Rentenniveau behalte, wo wir nicht jedes Jahr in zweistelligen Zuwachsraten die Leute in die Grundsicherung knallen; denn die Grundsicherung ist eine kommunale Leistung, die uns in den Gemeinden die Luft zum Atmen nimmt. Es gibt zweistellige Steigerungsraten, weil die Renten nicht mehr reichen. Und kein Mensch macht etwas, damit wir Rente nach Mindesteinkommen kriegen. Aber jetzt steht das in dem Koalitionspapier von CDU/CSU und FDP. Also Rot-Grün hat da gar nichts gemacht, und die Große Koalition hat sich an diesem Thema auch nicht beteiligt.

Heiner Bremer
Ich bin jetzt ehrlicherweise ein bisschen verwirrt. Erstens habe ich den Eindruck, wir hatten doch gerade eine große Föderalismusreform. Warum hat man dabei nicht auch schon das ganze Verhältnis geregelt und kommt jetzt damit?

Zweitens. Wenn die Kanzlerin davon redet, wir lebten über unsere Verhältnisse, dann meint sie das jetzt, und dann meint sie wohl, wir müssten an diesem Zustand sehr schnell etwas ändern. Da hilft es nun nicht, darauf zu warten, dass sich irgendwann in grauer Zeit Bund, Länder und Gemeinden auf die gegenseitige Abschaffung einigen. Das ist so ähnlich wie der Hinweis auf die Amerikaner, die die Transaktionssteuer mitmachen.

Nein, Herr Laumann, das ist doch eine Aufgabe, die die CDU erfüllen muss. Sie kann doch nicht nur mit dem Finger auf die Leute zeigen und ihnen sagen: Ihr habt über Eure Verhältnisse gelebt. Sie muss doch auch sagen, wie man vom Schuldenberg runterkommt. Sie kann doch nicht abwarten, bis irgendwann in den Hinterkulissen etwas gemacht wird. Sagen Sie doch: Keine Änderung bei Hartz IV, also keine niedrigeren Sätze, keine weiteren Sozialkürzungen!

Karl-Josef Laumann
Wir haben gerade erst in dieser CDU-FDP-Regierung das Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger erhöht. Wir befinden uns in der Situation, dass jeder weiß, dass zumindest bei den Regelsätzen für Kinder noch ein Bundesverfassungsgerichtsurteil umzusetzen ist. Denn die Festlegung, dass diese 60 oder 80 Prozent der Bedarfssätze eines Erwachsenen betragen, hat vor dem Bundesverfassungsgericht nicht Stand gehalten. Im Übrigen waren diese 60 oder 80 Prozent keine CDU-Erfindung. Da hat Herr Scholz völlig recht: Im Hartz-IV-Bereich kommen eher größere als kleinere Aufgaben auf uns zu.

Dann sage ich Ihnen den nächsten Punkt: Es gibt in diesem Land wohl niemanden, der in der Lage ist, die Staatszuschüsse zur Rentenversicherung zu verändern. Denn die Rentenzahlungen, die geleistet werden müssen, müssen nun einmal nach

den Rentengesetzen, die wir haben, geleistet werden. Und mehr als Nullrunden, die wir schon längere Zeit fahren, geht wohl nicht. Also soll mir bitte jemand sagen, wie man in diesem Bereich etwas machen will.

Ein weiterer Punkt. Nehmen Sie den Anteil an Steuern, den wir in den letzten drei Jahren den Krankenkassen gegeben haben, heraus. Dann kommt es sofort zu einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge um 1,5 Prozent. Denn mittlerweile macht der Steueranteil für die Krankenkassen 1,5 Prozent aus. Auch hier sehe ich keine Möglichkeit, etwas zu machen.

Jetzt nehmen wir die nächsten Bereiche. In der Großen Koalition sind die Türen im Bereich Frühverrentung zugemacht worden. Hier haben wir klare Abmachungen, wie es mit Altersteilzeit und anderen Fragen aussieht. Die Fragen sind beantwortet. Hier wollen wir zwar keine erneute Öffnung hin zu den alten Systemen, aber die alten Systeme sind zugemacht worden. Ich denke, hier im Raum weiß man viel besser, was das an Auswirkungen hat, als ich selber. Also, auch in diesem Bereich gibt es keine weiteren Möglichkeiten.

So, es will doch jetzt wohl niemand sagen – außer vielleicht ein paar ganz verrückt Gewordenen –: Wir wollen die Dinge, die wir auch für das Jahr 2011 im Bereich Kurzarbeit vereinbart haben, zurücknehmen. – Im Übrigen würde sich das sofort auf die Arbeitslosengeldzahlungen auswirken.

Heiner Bremer
Also kommt es zu keinen Kürzungen in diesem Bereich?

Karl-Josef Laumann
Ich kann mir keine Kürzungen in diesem substanziellen Bereich der Sozialpolitik vorstellen.

Renate Künast
Keine Kürzungen in diesem substanziellen Bereich? – Ich würde eher sagen: Wir müssen mehr Geld für die soziale Infrastruktur ausgeben. Hier werden auch Vertreter der Gewerkschaft der Polizei sitzen, um es einmal direkt zu sagen. Die Bildungsfrage ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Sie ist letztendlich auch eine Frage der inneren Sicherheit. Wenn Sie so große Teile junger Menschen, also Kinder aus dieser Gesellschaft, ausgrenzen, ihnen keine Chancen geben, sie am Ende ohne Abschluss von der Schule gehen lassen und diese nirgendwo einen Job finden, dann haben wir ein Problem. Dann werden wir uns in viele Teile der Städte gar nicht mehr trauen. Darüber muss man nachdenken.

Ich nehme dieses Beispiel, um noch einmal zu sagen, warum wir mit bestimmten Dingen intelligent umgehen müssen und warum mich dieser Roland-Koch-Satz so ärgert. Es ist nämlich nichts Generöses, Bildung zu erfahren. Es geht um Bildungsgerechtigkeit, damit sich Kinder entwickeln können. Dass Kindern Bildung zuteil wird, ist auch für die Eltern wichtig, damit sie erwerbstätig sein können, damit sie ihr eigenes Einkommen haben und damit sie nicht irgendwann in die Altersarmut rutschen. Darüber hinaus ist der Zugang zu Bildung letztendlich eine innenpolitische Frage. Also täten wir gut daran, bei jeder Frage genau zu überlegen, welche Rendite, welchen Nutzen wir davon haben, wenn wir bei der Bildung nicht kürzen oder wenn wir die Kindergrundsicherung sogar erhöhen. Wir müssen mehr Geld in die Infrastruktur stecken.

Frau Merkel sagte, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten. Das wissen wir alle. Wirklich spannend wird es aber, wenn wir jede Münze zweimal umdrehen und uns fragen müssen, wofür wir kein Geld mehr ausgeben dürfen. Da liegt noch eine ganz scharfe Debatte vor uns.

Nehmen wir einmal die Landwirtschaft. Werden Direktzahlungen an Bauern weiterhin in voller Höhe ausgezahlt, auch wenn sie umweltschädlich handeln? – Wir müssen in Zukunft sagen: Du musst entsprechende Maßnahmen ergreifen. Sonst bekommst Du nicht den vollen Satz. – Warum sage ich das? – Weil wir den Klimaschutz im Kopf haben.

Heißt das, dass wir Ausnahmen bei der Ökosteuer – ich weiß, dass wird bestimmte Industriebereiche treffen – abschaffen? – Man muss klar sagen: Ihr müsst Euch modernisieren. Da sind dann auch die Gewerkschaften gefragt, wenn bestimmte Industrien sagen: Bei uns aber nicht! – Ich sage Ihnen mit Verlaub: Wenn wir bei der Bildung nicht sparen wollen, dann müssen wir jeden anderen Euro zweimal umdrehen. Dann kann man nicht überall Ausnahmeregeln zulassen.

Dann brauchen wir auch eine Brennelementesteuer. Warum gibt es in dem Bereich eigentlich Privilegien? – Dann müssen wir den großen Autounternehmen auch sagen: Baut endlich andere Autos. – Diese „Q7" wird man als Dienstwagen nicht mehr so kaufen können, dass einem noch 50.000 Euro hinterhergeworfen werden. Das Geld haben wir nicht. (Beifall)

Dann muss man auch – ich habe das Wort eben schon gebraucht – ans Ehegattensplitting gehen. Dann muss man sagen: Im 21. Jahrhundert wird der Trauschein nicht mehr steuerlich privilegiert. (Starker Beifall) In Zukunft wird nur derjenige privilegiert, der Kinder erzieht oder Menschen pflegt. (Lebhafter Beifall) Das sage ich auch, weil sich die Ehefrauen in falscher Sicherheit wähnen und weil sie keinen Druck auf dem Arbeitsmarkt machen, um einen sozialversicherungspflichtigen Job zu bekommen.

Dann hat man ungefähr 8 Milliarden Euro. Dann sagt man: Davon nehmen wir 2 oder 3 Milliarden Euro für die Schuldentilgung, und die anderen investieren wir zum Beispiel in die Kinderbetreuung.

Mein letzter Satz. Olaf Scholz hat gerade gesagt, man müsse immer gegenfinanzieren. Das ist für meine Begriffe der erste Punkt: immer gegenfinanzieren. – Du musst sagen, woher Du das Geld haben willst. Ich glaube allerdings, dass die Situation so beschissen ist, dass Gegenfinanzieren allein nicht reicht. Wir werden liebgewonnene Gewohnheiten streichen. Ich habe ein paar aufgezählt: Dienstwagenprivileg. Einen „Q7" kann sich eh kaum einer im Saal leisten. Das trifft keinen. Beim Ehegattensplitting wird es schon spannender. Wir werden Entscheidungen für unser Leben treffen müssen, und nicht alle werden toll sein. Sie werden sozusagen ein Umgewöhnen voraussetzen.

Dagmar Engel
Das war wieder einer der 27-Semikolon-Sätze. (Heiterkeit)

Gregor Gysi
Zunächst einmal möchte ich das, was Frau Künast zur Bildung gesagt hat, unterstreichen. Ich weiß, dass Bildung teuer ist, aber Jugendgefängnisse sind viel teurer. Deshalb investiere ich lieber in Bildung. Das will ich ganz klar sagen. (Beifall)

Jetzt noch drei Bemerkungen. – Erstens. Der Bundeshaushalt muss anders geführt werden als der Privathaushalt. Das müssen wir endlich einmal begreifen.

Heiner Bremer
Der Privathaushalt kann sich auch nicht so hoch verschulden.

Gregor Gysi
Pass auf. Ich habe einen anderen Gedanken. Das kann er auch nicht – außer bestimmte Private.

Es geht um etwas anderes. Im Privathaushalt gebe ich weniger Geld aus, wenn ich weniger Geld habe. Der Bundeshaushalt muss eigentlich umgekehrt reagieren: Wenn er weniger einnimmt, weil die Wirtschaftstätigkeit lahmt, muss er investieren. Wenn er viel einnimmt, weil die Wirtschaft boomt und die Steuereinnahmen sprudeln, muss er sparen. Jede Regierung macht es aber umgekehrt, weil es umgekehrt natürlich bequemer ist. So wäre es aber richtig.

Zweite Bemerkung. Sie wissen, ich bin ein Gegner des Afghanistan-Krieges. Wir könnten viel einsparen, wenn wir die Bundeswehr so schnell wie möglich abziehen würden. (Lebhafter Beifall)

Dritte Bemerkung. Ich mache Ihnen einen radikalen neuen Vorschlag für alle Genehmigungsverfahren. Meistens ist es bei uns ja so: Du beantragst eine Genehmigung und wartest Deine sechs Monate. Dann kannst Du noch vor dem Verwaltungsgericht klagen. Dann bekommst Du nach zwei Jahren einen Termin, und das bringt Dich auch nicht weiter. Und so weiter.

Wir könnten doch mal darüber nachdenken, ob wir das nicht vereinfachen und viel kostengünstiger gestalten könnten, indem wir sagen: Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen können Anträge stellen. Wenn sie einen zulässigen Antrag gestellt haben, gilt dieser sechs Wochen später als genehmigt. Es sei denn, es erfolgt ein schriftlich begründeter Widerspruch der Behörde.

Renate Künast
Dann bauen noch mehr ihre Atom- und Kohlekraftwerke! Du hast vielleicht Ideen! (Heiterkeit)

Gregor Gysi
Frau Künast, Ihre Arroganz ist gelegentlich fehl am Platze. Jetzt sage ich Ihnen einmal Folgendes.

Renate Künast
Das war ernst gemeint.

Gregor Gysi
Es würde eine Umstellung bedeuten. Es würde bedeuten, dass wir als Behörden reagieren müssten. Übrigens, genehmigen könnten wir auch. Insofern ist es doch Quatsch, was Sie sagen. Das Entscheidende ist, dass wir die Behörden auch dazu bringen, dagegen Widerspruch zu erheben. Aber die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zu jagen und zu sagen: „Ihr müsst Euren Anträgen jahrelang hinterrennen", das würde aufhören, und es wäre sehr viel kostengünstiger.

Übrigens, Sarrazin hat zu mir gesagt: „Dann würden wir ja weniger einnehmen". – Darauf sagte ich: Ganz im Gegenteil. Wir nehmen die Gebühren ein, ohne etwas zu tun. Das ist noch viel bequemer. (Heiterkeit – Beifall)

Heiner Bremer
Es wäre gut, wenn wir wieder zu Lösungen zurückkämen, die jetzt, in den nächsten Monaten und in den nächsten Jahren möglich wären. Es geht nicht um Lösungen für den Sankt-Nimmerleins-Tag. Das, was Sie wollen, dauert wahrscheinlich noch Jahrzehnte, und wir werden es gar nicht mehr erleben.

Dagmar Engel
Wir müssen jetzt von den Schulden herunter. Zum Beispiel gibt es eine großartige Idee, das zu tun. (Einspieler) Ich fahre gleich noch eine Einspielung hinterher. (Einspieler) Damit haben wir das nächste Thema identifiziert. Da wir nicht in die Vergangenheit gehen, werden wir nicht über „Die Rente ist sicher" reden, sondern werden über die Rente mit 67 reden. Ich habe eben gesagt, wir gehen nicht in die Vergangenheit, sondern nur in die jüngste Vergangenheit. Tut es Ihnen leid? Würden Sie es gerne zurücknehmen? Finden Sie es heute falsch, oder stehen Sie noch dazu?

Olaf Scholz
(zögernd) (Zurufe – Heiterkeit – Beifall) Ich möchte dazu eine überlegte Antwort geben.

Das Erste ist: Ich glaube, dass wir es in den letzten Jahrzehnten geschafft haben, dafür zu sorgen, dass das Rentensicherungssystem in Deutschland wieder stabil ist. Das ist mir sehr wichtig, weil das nicht so selbstverständlich ist und längst nicht ein zweites Mal wiederholt wird. Wir haben eines der wenigen Länder mit einem finanziell stabilen Rentensicherungssystem. Das ist durch viel Rentenreformen gemacht worden. Und das Schwierige beim Start der Rentenreform, wenn ich das mal sagen darf, ist, dass Sie letztendlich mit einem Plakat in Bonn losgegangen sind, auf dem stand: „Die Rente ist sicher." Dann kam kurz danach die erste – übrigens von SPD und Union gemeinsam getragene – große Rentenreform. Es sind dann mehrere erfolgt, die zu dem heutigen Zustand geführt haben.

Wenn man über Rente diskutiert, glaube ich, ist das immer der richtigste Satz: Jahrzehntelang zahlen wir ein. Mittlerweile haben wir auch Chancen, jahrzehntelang Leistung zu bekommen. Über diese ganz, ganz lange Zeit muss jedenfalls eines klar sein: dass die finanzielle Stabilität gewährleistet ist.

Das Zweite: Damit sind – das muss immer offen gesagt werden – nicht alle Probleme der Rentensicherung gelöst. Weil es finanziell stabil ist – das ist das Wichtigste –, ist aber noch nicht klar, dass jeder eine ausreichende Rente hat. Deshalb ist das die nächste Frage, die wir lösen müssen. Sie kann zuallererst darüber gelöst werden, dass es bei den Löhnen dort, wo die Beiträge erhoben werden, eine bessere Entwicklung als in den letzten Jahrzehnten gibt. Natürlich hat ein Rentensicherungssystem Probleme, wenn über eine ganz lange Zeit die Bruttolöhne nicht steigen. Und natürlich hat ein Rentensicherungssystem Probleme, wenn es zum Beispiel sehr viele Leute gibt, die so wenig verdienen, dass sie von einem gesetzlichen Mindestlohn, wie er hier heute beschlossen worden ist, sofort profitieren würden. Das eingeführt, was heute hier beschlossen worden ist, würde sofort im Folgejahr zu Rentensteigerungen und im Übrigen zu massiven Mehreinnahmen bei der Rentensicherung führen. Deshalb brauchen wir zur Stabilität auch gesetzliche Mindestlöhne, die ausreichend sind.

Dann muss man die Frage diskutieren: Wie kann jeder zurechtkommen. Dass das, wenn wir alle älter werden, Folgen auch für die Frage hat, wie das funktionieren kann, ist offensichtlich. Und dass das auch bedeutet, dass wir, wenn es irgendwie geht, auch später mit der Rente als in den letzten Jahrzehnten beginnen, als das teilweise vor dem 60. Lebensjahr war, ist auch offensichtlich. Darüber besteht Konsens.

Worüber kein Konsens bestand, will ich gerne dazu sagen: dass jetzt zum Ende des letzten Jahres die Altersteilzeit ausgelaufen ist. Ich habe als Minister versucht, und Sie haben als Oppositionspartei noch vor Ende des Jahres versucht, die Altersteilzeit zu verlängern, und zwar in einem Bündnis zwischen Jung und Alt. Wir wollten sie den Unternehmen zukommen lassen, die Auszubildende übernehmen. Das wäre eine richtige Beschäftigung zwischen Jung und Alt gewesen. (Starker Beifall)

Was jetzt die Frage der Anhebung der gesetzlichen Regel Altersgrenze betrifft, die 2012 beginnen soll, hat meine Partei gesagt: Das ist etwas, mit dem viele Leute ein großes Problem haben. Wir haben es beschlossen. Aber es ist, wenn man ein Wahlergebnis kassiert, wie wir es bei der letzten Bundestagswahl kassiert haben, selbstverständlich, dass wir über diese Frage, wie das von uns weiter betrachtet werden soll, jetzt diskutieren. Diese Diskussion ist selbstverständlich gerade im Gang. Und wir haben uns auch vorgenommen, dass wir spätestens auf dem Parteitag im Dezember dazu eine Entscheidung treffen. Deshalb wiederhole ich: Es gehört zu dieser Aussage, dass jetzt die Frage offen ist; wir diskutieren das neu.

Eine Sache wird dabei eine ganz zentrale Rolle spielen, die will ich sehr ausdrücklich ansprechen. Wenn man sagt, dass wir länger arbeiten, muss das auch gehen. Und natürlich ist es ein Problem, dass die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen heute höher als früher ist, aber immer noch nur lächerliche 38 Prozent beträgt. Dabei ist jeder eingerechnet, der nur eine Stunde in der Woche arbeitet. Deshalb, glaube ich, haben wir recht daran getan zu sagen: Diese Frage ist für uns nicht abschließend entschieden; wir diskutieren jetzt neu darüber und wollen uns auch überlegen, ob es richtig war.

Heiner Bremer
Also: Die Rente ist ganz sicherlich nicht nur ein Thema, das Herrn Scholz bewegt, Herrn Laumann bewegt, Frau Künast und Herrn Gysi bewegt; auch, wie wir gemerkt haben, sehr viele unter Ihnen; denn wir haben natürlich gedacht, ab und zu die Delegierten mit einzubeziehen, die wirklich wichtige Fragen haben. Das wollen wir gerne tun. Sie haben ja Ihre Fragen auf diesen Zetteln eingereicht. Ich habe vor allem zur Rente eine ganze Menge. Ich lese einmal vor – und wer immer es hier übernimmt, meinetwegen auch alle nacheinander, wenn es unterschiedliche Antworten gibt; wenn es gleiche gibt, bitte nur zustimmend nicken, sonst kommen wir nicht voran – von Frau Katrin Altmann von der IG BCE Dresden/Chemnitz: Was unternimmt die Politik, um das West-Ost-Gefälle in der Entlohnung 20 Jahre nach der Wende abzubauen? Fachkräfteflucht, Abwanderung junger Menschen müssen gestoppt werden.

Fangen wir wie immer mit der Regierung an. Herr Laumann.

Karl-Josef Laumann
Noch ist es in Deutschland nicht so weit, dass die Löhne von der Politik festgelegt werden, sondern dass Löhne natürlich in der Sozialen Marktwirtschaft über Tarifverhandlungen festgelegt werden. Wir haben in der Politik bislang nur die Möglichkeit, über das Entsendegesetz oder über Allgemeinverbindlichkeit Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, die dann einen gesetzlichen Mindestlohn bilden. Das hat die Bundesregierung in den letzten Jahren sehr stark für über drei Millionen Leute getan. Ich habe es allein in meinem Land für 250.000 Leute gemacht. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist, ein Lohnniveau einzuziehen, was aber in Branchen und Regionen von Tarifvertragsparteien festgelegt wird.

Die Voraussetzungen, dass in Ostdeutschland die Löhne steigen, ist auch, dass die Kampfkraft der Gewerkschaften in Ostdeutschland durch mehr Mitglieder der Arbeitnehmer in Ostdeutschland erhöht werden muss.

Heiner Bremer
Herr Gysi.

Gregor Gysi
Wenn die Bundesregierung wenigstens einmal erklärte und sagte: Wir sind dafür, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit in gleicher Arbeitszeit in Ost und West gelten. Erklären Sie das auch mal!

Heiner Bremer
Die gehen aber auch ganz stark in die Richtung einer stärkeren Rentenangleichung zwischen Ost und West. Das scheint doch viele vor allem in den neuen Ländern zu bewegen. Was kann man dafür tun? Wie kann man das beschleunigen, Frau Künast?

Gregor Gysi
Auf jeden Fall sehe ich das so, wenn ich das sagen darf – –

Heiner Bremer
Sind Sie Frau Künast?

Gregor Gysi
Das ist ja eine hochinteressante Frage. (Heiterkeit)

Heiner Bremer
Möglicherweise. Aber Sie sind nicht Frau Künast.

Gregor Gysi
Ja, gut.

Karl-Josef Laumann
Sie wissen, dass wir die Entgelte heute für die jetzigen Renteneinzahlungen künstlich erhöht haben. Wenn man jetzt hingeht und eine Angleichung der Renten macht, würde man dieses Privileg wieder zurücknehmen.

Gregor Gysi
Muss man nicht.

Karl-Josef Laumann
Muss man schon.

Gregor Gysi
Kann man.

Karl-Josef Laumann
Ich will nur eines sagen: Ein Renten-Euro in Ostdeutschland führt heute zu einem höheren Rentenanspruch als der gleiche Euro in Westdeutschland. Das haben wir deswegen gemacht, weil wir wollten, dass die niedrigen Löhne in Ostdeutschland trotzdem zu höheren Renten führen. Wenn man jetzt sagt, wir sollen den Zahlbetrag angleichen – man kann diese Politik machen –, muss man aber wissen, was das für die jetzige Arbeitnehmergeneration bedeutet, weil man nicht beides machen kann; denn ansonsten kommen Sie zu einer Entwicklung, wo Sie eine Riesendebatte auch im Westen kriegen. Ich kann nur davor warnen, sie in dieser Härte dann zu führen.

Heiner Bremer
Der Kollege Fritz Schierach hat diese Frage mehrmals an jede Partei einzeln gestellt. Also jetzt bitte Frau Künast – erkennbar Frau Künast.

Renate Künast
Danke. – Ich glaube, wir müssen – um an der Stelle ganz ehrlich zu sein – einen schnelleren Weg bei der Anpassung der Renten gehen. Wir haben aber an der Stelle ein Finanzierungsproblem. Das will ich ganz ehrlich sagen. Ich sage das auch an die Unternehmerin, die vorhin auf dem Bildschirm war und das Wort „Generationengerechtigkeit" benutzt hat. Wir können ja jetzt die Debatte nicht von dem trennen, was wir vor fünf Minuten diskutiert haben: dass wir kein Geld mehr haben.

Ich finde, man kann niemandem vormachen, dass man den Pfad der Anpassung der Rente wesentlich beschleunigen könnte. Sie können da um einige Punkte höher gehen, aber in Wahrheit kann Ihnen keiner vormachen, dass das sozusagen innerhalb ganz weniger Jahre komplett angeglichen werden kann. Sie müssten dann auch sagen: Wo ist die Gegenfinanzierung? Wo müssen wir eigentlich sparen? Da müssen wir uns gar nichts vormachen. Sie können den Prozess beschleunigen, aber Sie können in Wahrheit keine wesentlichen Veränderungen vornehmen.

Ich glaube, es geht um einen anderen Punkt, und ich möchte hier jetzt einmal die Runde der Jüngeren vertreten, zum Beispiel eine 20-Jährige, die hier sitzt und die sich fragt: Was macht ihr mit der Rente? Was ist mit der Rentenanpassung? Wie steht es überhaupt um die Renten? Ich finde übrigens, dass zuletzt mit der Rentengarantie und zur Höhe der Garantie einige falsche Entscheidungen getroffen wurden. Die jüngeren Leute fragen sich: Wer soll das bezahlen? Damit müssen wir uns alle auseinandersetzen, und das will ich gerne auch an die Gewerkschaften zurückgeben.

Es ist nicht allein Aufgabe der Politik, sich für alle Altersgruppen Gedanken zu machen, sich Gedanken über prekäre Arbeitsverhältnisse zu machen. Zum Beispiel fragen sich junge Leute, die heute eine Facharbeiterausbildung oder ein Universitätsstudium abgeschlossen haben: Wie komme ich in den Job? Die meisten kommen in den Job, weil irgendjemand anderes Elternzeit nimmt. Danach sind sie wieder raus. Wir wissen alle, dass es immer mehr Tricks gibt mit befristeten Arbeitsverhältnissen, weil sie sich darauf einlassen. Damit versucht man, die Löhne zu drücken, und das wirkt sich bei denen auch auf die Rente aus.

Ich will diese Frage der Renten nicht isoliert von der Situation der heute 20-, 30- oder 40-Jährigen führen. Das wäre nicht fair, und deshalb mache ich an der Stelle für eine rasante schnellere Anpassung oder für Rentengarantien – wenn man Ost und West gleichzeitig betrachtet – kein grandioses Angebot.

Heiner Bremer
Der Kollege hat die Frage auch an Sie gestellt, Herr Scholz.

Olaf Scholz
Die Angleichung der Renten zwischen Ost und West, um nicht drum herum zu reden, ist ein Thema, bei dem man immer wissen muss, dass es um richtig viele Milliarden geht, wenn man es einfach so macht. Es würde neue Gerechtigkeitsfragen auslösen, weil es natürlich so ist, dass es heute in unserem Rentensystem einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Beitragszahlung und Rentenleistung gibt. Dieser ist zugunsten der ostdeutschen Rentner aufgelöst, übrigens auch schon in der Vergangenheit, weil die ja nichts dafür konnten, dass man ihnen über viele Jahrzehnte in Ostdeutschland andere Leistungen gewährt hat auf einem Lohnniveau in Ostmark, das mit dem, was heute passiert, nichts zu tun hatte. Deshalb hat die Generation derjenigen, die zum Beispiel unmittelbar nach der deutschen Einheit in die Rente gegangen sind, am allermeisten von dem Angleichungsprozess in großer Menge profitiert, was viele auch gut verstehen.

Das ist aber ein Thema, bei dem man zwar viel zündeln kann, bei dem man viele Leute finden kann, die einem wutentbrannt zustimmen, und zwar so und so rum. Ich trete ja sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland zu diesem Thema auf und erlebe jeweils unterschiedliche Positionen. Auf einem Empfang des Bundesarbeitsministeriums bin ich beinahe verprügelt worden von einem, der sich darüber beschweren wollte, dass er als Berliner, als er in Rente gegangen ist, obwohl er den gleichen Job mit zuletzt auch dem gleichen Gehalt ausgeübt hat wie ein ostdeutscher Kollege des öffentlichen Dienstes in Berlin, eine niedrigere Rente kriegt als dieser ostdeutsche Kollege, weil die heutige Systematik der Renten zu diesem Ergebnis geführt hat, übrigens unvermeidbar. Das fand er als Betroffener für sich ganz ungerecht. Deshalb bitte keine Polemik.

Die Position, die der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Fachleute – ob hier etwas beschlossen worden ist oder beschlossen wird, weiß ich nicht – bisher eingenommen haben, ist deshalb auch ganz vorsichtig. Es wird nicht einfach gesagt: „Angleichen, Milliarden rüber tun, egal woher", weil man weiß, dass man das ganze System und seine Akzeptanz unter den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern darüber infrage stellen würde. Deshalb finde ich auch, dass die Vorsicht angebracht ist.

Ich will deshalb zum Schluss sagen, dass aus meiner Sicht folgende Dinge notwendig sind: Erstens muss man sagen, was in aller politischer Klausulierung, aber dann doch immer klar von allen bekundet wird: Wir brauchen eine Angleichung der Rentensysteme. Diese Feststellung beziehe ich bewusst auf die Systematik. Was ist ab einem bestimmten Zeitpunkt? Irgendwann muss es in Deutschland so sein, dass die Beiträge in West und Ost gleichermaßen gezahlt werden und auch zu gleichen Renten führen. Das ist aber schwierig, und deshalb haben nach stundenlanger Diskussion die ostdeutschen Ministerpräsidenten auch von einer schnellen Angleichung gerne abgesehen, weil sie wissen: Das würde heute bei denjenigen, die jetzt in Ostdeutschland Beiträge zahlen, zunächst einmal zu geringeren Rentenerwartungen führen. Das will keiner, weil die Löhne im Osten noch geringer sind als im Westen.

Drittens braucht man eine Regelung – nicht nur wegen Ost-West, aber deswegen eben auch –, die dazu beiträgt, dass jemand nicht durch Arbeitslosigkeit später im Alter Grundsicherungsempfänger wird. Dazu gibt es ein ganz konkretes Modell, das übrigens die sozialdemokratische Fraktion auch im Deutschen Bundestag beantragt hat. Das Modell wäre auch bezahlbar – das muss man ausdrücklich dazu sagen – und könnte auch die Probleme der Vergangenheit lösen. Ich finde, im Zusammenhang mit der Einführung von Mindestlöhnen sollte man auch die Rente nach Mindesteinkommen rückwirkend beschließen – auch das ist unsere Beschlusslage –, weil diese Kombination – in Zukunft haben wir Mindestlöhne, und davor korrigieren wir das über diese Maßnahme, die es in Deutschland in bestimmten Abständen immer schon gegeben hat – richtig ist. Das ist die vorsichtige, behutsame Vorgehensweise, die man in dieser Frage braucht. Da es um Vertrauen, um Akzeptanz in ganz Deutschland geht, auch um unglaublich viel Geld, sollte man diesen vorsichtigen, klugen Weg beschreiten. (Leichter Beifall)

Heiner Bremer
Ich weiß nicht, ob es eine besondere politische Bedeutung dafür gibt, dass die Frage an Sie drei ging, aber nicht an den FDP-Mann und auch nicht an Gregor Gysi. Aber ich weiß ja, dass der Kollege Gysi ganz gern schon mal auch ungefragt überzeugende Antworten gibt.

Gregor Gysi
Ja, in der Regel ungefragt. Man kommt ja sonst zu nüscht. (Heiterkeit)

Aber jetzt im Ernst: Mein Ausgangspunkt ist ein anderer. Ich möchte gerne, dass diejenigen, die die gleiche Tätigkeit in Ost und West verrichten, letztlich auch die gleiche Rente bekommen. (Vereinzelt Beifall) Um das hinzubekommen, brauche ich auf der einen Seite eine Angleichung der Rentenwerte, und solange im Osten bei gleicher Arbeit, übrigens bei längerer Arbeitszeit, weniger verdient wird, muss ich das ausgleichen. Ansonsten bestrafe ich ja denjenigen nicht nur heute, indem er weniger verdient für die gleiche Arbeit, sondern auch später, indem er eine geringere Rente bekommt, obwohl er die gleiche Arbeit, ja sogar bei längerer Arbeitszeit, geleistet hat. Das ist unser Ausgangspunkt.

Das Zweite, was ich sagen muss: Ich finde auch die ganzen Berechnungen in Bezug auf die Rente falsch. Ich fand die Riesterrente schon falsch, weil sie bedeutete, die Unternehmen aus der Zahlungspflicht zu entlassen. (Beifall) Und ich fand die Rente ab 67 völlig daneben. In einer Zeit, wo 64-Jährige und 63-Jährige nur zu 7,3 Prozent beschäftigt sind in Deutschland, den Leuten zu sagen, sie sollen zwei Jahre länger arbeiten – das war im Kern nur eine Rentenkürzung.

Was kann man machen? Das muss ich ja auch sagen, weil es sonst ja nicht genügt. Wir müssen hier wirklich Reformwege gehen, aber andere. Wir müssen der neuen Generation sagen: Bei Euch müssen alle mit Einkommen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Alle, auch Rechtsanwälte, auch Bundestagsabgeordnete, auch Beamte und so weiter. Wir können es nicht so belassen, dass nur die abhängig Beschäftigten einzahlen. (Beifall) Dafür müssen wir alle Einkommen heranziehen. Dann sind wir schon aus einer großen Zahlungsschwierigkeit heraus.

Das Zweite, was wir machen müssen: Wir müssen die Beitragsbemessungsgrenzen aufgeben, damit man auch von hohen Einkommen Beiträge bezahlen muss. Ich kenne den Einwand, dass ja dann auch hohe Renten gezahlt werden müssen. Das Bundesverfassungsgericht lässt zu, dass wir den damit verbundenen Rentenanstieg abflachen. Wenn wir diesen Weg gingen, wäre das Ganze finanzierbar. Dass die Union den Weg nicht geht, will ich ja noch verstehen, aber dass die SPD den Weg nicht geht, das kann ich überhaupt nicht verstehen. (Beifall) Das ist meines Erachtens der Weg, der auch zu einer gerechten Rente führt.

Die Altersarmut ist doch jetzt schon programmiert. Jetzt haben wir die erste Studienuntersuchung, die besagt: Im Osten wird die Rente im Schnitt unter dem Grundsicherungsniveau liegen, und der Westen entwickelt sich in der gleichen Richtung. Das ist doch keine Lösung. Und wenn diese junge Unternehmerin, die wahrscheinlich Existenzgründungsdarlehen genommen hat, gleichzeitig erklärt: „Aber bitte keine Garantierente", frage ich mich: Wie stellt sie sich denn das Leben im Alter vor? Ich glaube, hier brauchen wir eine andere Solidarität in unserer Gesellschaft. (Beifall)

Heiner Bremer
Ich liebe Gregor Gysis Beiträge. Wir sind uns ja schon oft in Diskussionen begegnet.

Gregor Gysi
Das stimmt.

Heiner Bremer
Ich liebe sie deshalb, weil sie meistens eine Gegenrede provozieren. Ich habe die große Hoffnung, dass es diesmal nicht der Fall ist, weil wir angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der Tatsache – auch wenn hier wenig 67-Jährige dabei sind –, dass alle dann doch ganz schnell zum Abendessen wollen, hier nicht ewig diskutieren können.

Renate Künast
Die Jungen sind die Hungrigen.

Dagmar Engel
Okay. Eine Runde haben wir noch.

Heiner Bremer
Wir wollen noch ein ganz anderes Thema behandeln.

Gregor Gysi
Da irrst Du Dich. Im Alter fängt man an, das Essen zu lieben. Glaub' es mir. (Heiterkeit)

Heiner Bremer
Wir haben aber noch zwei wichtige Themenbereiche, die wir noch ansprechen wollen.

Dagmar Engel
Genau. Wir wollen wenigstens eines dieser Themen noch kurz ansprechen. Es ist auch schon im Zusammenhang mit der Rentendiskussion angesprochen worden. Sie sehen jetzt gleich, worum es geht. Sie haben heute einen Beschluss dazu gefasst, und ich möchte dazu gern ein paar O-Töne einspielen. (Einspieler) – Ja, es ist ein bisschen schwierig für Herrn Laumann. Herr Laumann, die anderen sind für Mindestlöhne. Sie nicht.

Karl-Josef Laumann
Ich bin für tarifliche Mindestlöhne. Wir haben im Grunde nur einen großen Wirkungsunterschied. Der Teil, der für gesetzliche Mindestlöhne ist, ist der Meinung, dass wir den Kampf aufgeben, über Tarifverträge das Lohnproblem zu lösen. (Widerspruch) Sie müssen mir ja nicht recht geben, ich will es nur mal vortragen.

Meine Sorge ist, dass wir eine ganze Menge von Branchen erleben werden, wo bei einem gesetzlichen Mindestlohn, egal ob jetzt 8,50 Euro oder 7,50 Euro, gesagt wird, die soziale Frage ist gelöst, darunter geht nichts mehr. Wunderbar. Aber dann brauchen wir auch über Tarifverträge in diesem Bereich nicht mehr zu reden. Ich sage uns voraus, dass die Lohnfindung in Tarifverhandlungen gehört, und dass wir von der Politik die Aufgabe haben, da, wo es viele gibt, die sich nicht daran halten wollen, über Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, über das Einsetzen des Entsendegesetzes diese Tarifverträge zu gesetzlichen Mindestlöhnen zu machen, die dann quasi wirken wie ein gesetzlicher Mindestlohn.

Diesen Weg, wenn Sie meine politische Biografie angucken, bin ich weit über zehn Jahre gegangen. Auch da will ich mal sagen: Die Jahre unter Gerhard Schröder ist keine einzige Branche in das Entsendegesetz aufgenommen worden, keine einzige Allgemeinverbindlichkeit gemacht worden. Ich habe in Nordrhein-Westfalen das in wesentlichen Branchen hingekriegt. Es gibt kein Bundesland, wo die Friseure einen Mindestlohn haben. Das finden Sie nur in Nordrhein-Westfalen. Ich habe viel Zeit investiert, um das hinzukriegen. Deswegen sollten wir diesen Weg weitergehen.

Jetzt sage ich einen weiteren Punkt. Es ist ja bei der CDU/FDP im Koalitionsvertrag drin, dass man über die Frage der Zuverdienste in Hartz IV gucken will, ob man da andere Anrechnungsmöglichkeiten schaffen kann, um mehr Anreize zu haben, immer mehr zu verdienen. Wenn man diesen Weg geht, muss man wissen, was das für den Lohnsektor bedeutet. Ich glaube, dass man diesen Weg nur dann gehen kann, wenn man in den meisten Branchen tarifliche Mindestlöhne hat. Ich setze sehr darauf, dass wir in den nächsten Monaten auch zu einer Aufnahme der Zeitarbeit in das Entsendegesetz kommen. Dann hätten wir damit nämlich zum ersten Mal einen tariflich festgelegten gesetzlichen Mindestlohn quer über alle Branchen. Das wird dann schon seine Wirkungen haben, denn da spielt uns ja die Frage des freien Arbeitszugangs der westeuropäischen Länder in die Hände. Sie wissen, dass man ab Mai oder Juni nächsten Jahres ja Zeitarbeit zu polnischen Tarifverträgen machen kann.

Also Aufnahme der Zeitarbeit auch ins Entsendegesetz, um diese Problematik damit zu lösen. Das ist der Weg, den ich gerne weitergehen würde.

Dagmar Engel
Frau Künast.

Renate Künast
Ich will mal bei der Zeitarbeit anfangen. Herr Laumann, Ihr Wort in den Koalitionsgehörgang, damit sich überhaupt etwas verändert. An der Stelle fällt mir immer auf, das Original der CDU – ich meine, Sie sind ein Original –, aber das Original CDU haben wir an dieser Stelle hier nicht sitzen.

Karl-Josef Laumann
Doch.

Renate Künast
Nein. So wie Sie sich immer mühevoll zieren, haben wir es nicht.

Karl-Josef Laumann
Ich rede für die CDU heute.

Renate Künast
Mag sein. Dann sitzt der ganz Bundestag mit falschen CDU-Leuten voll. (Heiterkeit)

Karl-Josef Laumann
Nein, nein.

Renate Künast
Ich will Ihnen mal sagen: Ich glaube, dass wir eine Mischung brauchen. Weil Sie gerade noch mal die Frage der tariflichen Vereinbarungen angesprochen haben. Wir brauchen, damit Menschen in Würde leben können, wir brauchen, weil die Kommunen sonst ständig überbelastet sind, einen gesetzlichen Mindestlohn. Ich würde sagen, dass das die Basis ist. Darüber kann immer noch ein tariflich vereinbarter Lohn liegen. (Vereinzelt Beifall)

Damit würden Sie nämlich verschiedenen Entwicklungen Rechnung tragen. Der Tatsache, dass leider nicht überall alle organisiert sind. Der Tatsache, dass sich in verschiedenen Regionen Deutschlands die verschiedenen Branchen unterschiedlich entwickeln. Wenn wir über Löhne reden – das will ich auch mal sagen –, reden wir doch mal über das andere Ende der Löhne. Es wird oft so zurückhaltend über Mindestlöhne geredet, die den ganz normalen Otto Normalverbraucher treffen. Reden wir bitte auch mal über Manager-Gehälter. Ich würde mir wünschen, dass man Manager-Gehälter nur bis 500.000 Euro als Betriebskosten abrechnen kann. Man kann nämlich auf eine Million gehen, noch Boni ohne Ende draufsetzen, und immer wird das Betriebsergebnis nachher den Steuern entsprechend angehoben und sind wenig Steuern zu zahlen.

Zu dieser großen Gerechtigkeit gehört das auf beiden Seiten. Auf der einen Seite der Mindestlohn der Würde wegen, weil man davon leben können muss, weil man sich auch in einer immer größer werdenden EU mit dieser Freizügigkeit ja auch bewegen muss. Wir sind ansonsten in der Situation, dass die großen Migrationsströme innerhalb der Europäischen Union das absolute Lohndumping herstellen. Aber Gerechtigkeit nach oben will ich im wahrsten Sinne des Wortes auch. Zumal wir gerade die Rente diskutiert haben. Wenn Sie nicht gewisse Einnahmen haben und gewisse Löhne, wird sich das Problem hinten bei der Rente wegen zu niedriger Löhne, wegen der prekären Arbeitsverhältnisse am Ende immer noch potenzieren.

Ich will noch einen Satz dazu sagen, weil ja oft das Argument kommt, dass die Löhne die Unternehmen so ungeheuer belasten. Wenn wir Unternehmen entlasten wollen, macht es doch in einer Sozialen Marktwirtschaft keinen Sinn zu sagen, wir schlagen immer die Löhne nach unten, sondern dann müssen Sie mal gucken, was macht eigentlich den größten Teil der Kosten bei Betrieben aus. Die Rohstoff- und Energiekosten machen 60, 70 Prozent bei den Unternehmen aus. Also müssen wir, weil wir über Investieren und Sparen geredet haben, die Unternehmen heute unterstützen, intelligent mit Rohstoffen, mit Energie umzugehen, sie selber herzustellen, um an dieser Stelle die Kosten zu senken und nicht bei den Löhnen.

Heiner Bremer
Herr Scholz, von Ihrem Nachbarn hier am Tisch stammt das Zitat, korrigieren Sie mich, aber ich denke, es ist korrekt: „Jeder muss von seiner Hände Arbeit leben können." Heißt das nicht, dass man den Niedriglohnsektor in jedem Fall begrenzen, wenn nicht zurückbauen muss? Oder doch den Weg eines gesetzlichen Mindestlohns gehen muss, wenn man diesem Anspruch gerecht werden will.

Olaf Scholz
Wir müssen den Niedriglohnsektor zurückführen. Der ist in Deutschland sehr groß geworden. Natürlich geht es bei der Diskussion um Mindestlöhne darum, ihn zu begrenzen. Aber wer einen Mindestlohn bekommt, ist immer noch im Niedriglohnbereich. Das muss man ja auch dazu sagen, wenn man die Zahlen nennt. Es geht also um etwas ganz anderes. Aber vielleicht ist die Frage insofern ein guter Hinweis. Manche reden ja, wenn es um Mindestlöhne geht, darüber, als ob es um Wohlstand geht. Damit haben Mindestlöhne nichts zu tun. Sie sind nur ein Schutz vor dem freien Fall nach unten. (Beifall)

Im Übrigen muss man Herrn Rogowski, der hier zitiert wurde, aber auch vielen anderen sagen, dass sie ein paar Grundprinzipien der Marktwirtschaft nicht richtig verstanden haben. Unternehmer zahlen die Löhne, die sie zahlen müssen, nicht die Löhne, die sie zahlen können. (Beifall)

Heiner Bremer
Wenn Sie mich dabei angucken, ich bin kein Unternehmer.

Olaf Scholz
Aber wenn über Mindestlöhne und Löhne geredet wird, wird immer so argumentiert, mehr können wir uns gar nicht leisten. Es wird schon Situationen geben, in denen es auch solch eine Grenze gibt. Aber im Regelfall ist das gar nicht das Thema, sondern der Lohn ist gewissermaßen nur so hoch, wie er sein muss. Wenn man sehr gute Leute haben will, die sehr rar sind auf dem Arbeitsmarkt, zahlt man vielleicht mehr. Auch mehr als den Tarifvertrag. Aber wenn die Situation anders ist, und

das gilt zum Beispiel gerade für die ungelernte Arbeit, dann ist es so, dass der Lohn nach unten gedrückt werden kann ohne Ende. Deshalb sind diejenigen, die mit scheinbar marktwirtschaftlichen Argumenten gegen Mindestlöhne argumentieren, solche, die die Marktwirtschaft und ihre Prinzipien gar nicht verstanden haben und genau in diesem Bereich außer Kraft setzen wollen.

Ich will dann noch dazu sagen, dass ich glaube, dass wir jetzt aus meiner Sicht den Durchbruch bei den Mindestlöhnen geschafft haben. Das ist nicht mehr zurückzuholen. Man muss ja auch mal optimistisch nach vorne diskutieren. Die Meinungsführerschaft in der Frage, ob es Mindestlöhne in Deutschland geben soll, ist längst auf der Seite der Mindestlohnbefürworter. Das gilt für die Bevölkerung, das gilt, wenn man öffentlich auftritt, meistens sogar für die Politik, und es gilt mittlerweile für einen ganz erheblichen Teil der Unternehmerschaft in Deutschland. Der Trend zum gesetzlichen Mindestlohn – ich sage ausdrücklich: auch zu einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn – ist in Deutschland nicht mehr aufzuhalten. Wir sollten dafür sorgen, dass wir ganz schnell am Zielbahnhof ankommen. (Beifall)

Heiner Bremer
Der Kollege Rogowski scheint nicht nur bei Ihnen auf Widerspruch zu stoßen, sondern auch bei Gregor Gysi. Wenn Sie fertig sind, schließt er sich gleich an.

Olaf Scholz
Ich gebe ihm gleich das Wort. (Heiterkeit)

Drittens würde ich ganz gerne sagen, dass wir nicht so tun sollten, als ob wir alle einig seien in der Frage. Ich habe die letzte Legislaturperiode die Ausweitung des Entsendegesetzes und die Umwandlung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes als einen ganz harten, ständigen Kampf erlebt. Jeder einzelne Mindestlohn ist unserem damaligen Koalitionspartner aus der Nase gezogen worden. Freiwillig war das nicht. Ich habe Bündnispartner gehabt; die kenne ich alle persönlich, so wenige sind es.

Karl-Josef Laumann
Na, na.

Olaf Scholz
Aber immerhin, Sie waren dabei. Das hat dazu geführt, dass wir es hinbekommen haben.

Obwohl im Koalitionsvertrag steht, es soll bei dem Setting an Mindestlöhnen, das wir haben, bleiben, fehlt es noch an dem bereits vereinbarten Mindestlohn für die Weiterbildungsbranche. Der ist nicht in Kraft gesetzt. Wir lesen jeden Tag in den Zeitungen, es sei fraglich, ob es den Mindestlohn für die Pflege geben soll. Es ist auch nicht vereinbart und nicht durchgesetzt, dass es auch tatsächlich den Mindestlohn für das Wach- und Sicherheitsgewerbe geben soll. Was im Anschluss bei der Post passiert, weiß ich auch nicht. Deshalb sage ich, bevor jemand allzu allgemein wird, diese Mindestlöhne als Branchenmindestlöhne müssen als allernächstes kommen. Das ist eine Frage, wie man Butter bei die Fische packt. (Beifall) Manchmal glaube ich auch, dass der Trend, über den ich vorher gesprochen habe, der Siegeszug des Mindestlohns sich in der Frage auch durchsetzt.

Zuletzt, was die Leiharbeit betrifft, wünsche ich, dass es in dieser Legislaturperiode klappt. Manchmal sind politische Verhältnisse ja selbst dann, wenn die Regierenden es anders sehen wollen, so, dass sie es nicht aufhalten können. Aber immerhin, die FDP hat immer gesagt, sie sei dagegen, und die CDU hat in der letzten Legislaturperiode jedes Mal gesagt, sie wolle keinen Mindestlohn für die Leiharbeit. Sonst stünde nämlich in dem Gesetz über die Mindestlöhne ein weiterer Spiegelstrich: Leih- und Zeitarbeit. Das ist von der CDU verhindert worden, weil sie es in der letzten Legislaturperiode nicht wollte. Wenn es in dieser klappt, wäre das ein großer Fortschritt, und zwar aus dem Grund, den Laumann genannt hat: Es wäre wichtig, weil es eine zentrale Branche ist, die sehr viel Verantwortung für das Lohndumping in unserer Gesellschaft trägt. Den Mindestlohn in der Leiharbeit brauchen wir ganz schnell. (Beifall)

Heiner Bremer
Gregor Gysi.

Gregor Gysi
Was die Herren Henkel und Rogowski nicht beantworten, ist die Frage, weshalb 20 Mitgliedsländer der EU nach ihrer Auffassung ökonomisch restlos bescheuert sind, indem sie einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn eingeführt haben. Das hat mir auch die Bundesregierung noch nie beantwortet, warum sie die einzigen Schlauen und alle anderen dämlich sind.

Das Zweite, was ich gerne Herrn Rogowski gefragt hätte, ist: Wenn Arbeit, die nicht 8,50 Euro oder gar 10 Euro wert ist, dann nicht mehr verrichtet wird, wieso kommt Großbritannien mit einem gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn von über 8 Euro hin und Frankreich auch. Das ist doch alles schon praktisch widerlegt. Insofern stimme ich Herrn Scholz zu: Der Weg geht hin zu einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, und den brauchen wir auch dringend. Ich möchte ja viele rumänische Unternehmer auch in Deutschland haben. Aber wir müssen ihnen sagen, dass hier rumänische Löhne nicht bezahlbar sind, weil wir keine rumänischen Preise haben. Da muss es ein gesetzliches Minimum geben, das wir auch durchsetzen müssen. Und wenn ich vorschlagen darf, wer es durchsetzen soll, schlage ich Ihnen vor: Nehmen Sie nicht wieder den Zoll, neben Sie lieber die Finanzämter, die sind da besser. Das kann man sich in Großbritannien ansehen. (Beifall)

Zwei Bemerkungen will ich aber noch machen. Die eine zu den Aufstockern. Ich finde, die Aufstocker, die vollzeitbeschäftigt sind, sind wirklich ein Skandal. (Beifall) Man muss sich das einmal überlegen: Da leistet jemand eine volle Arbeitszeit seine Arbeit und verdient so wenig, dass er noch zusätzlich Hartz IV beantragen muss. Und dann sagt Frau Merkel noch, sie sei stolz darauf, dass der Staat das macht. Ich sage, ich finde es einen Skandal. Dafür brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn, damit man wenigstens in Würde leben kann, wenn man einen vollen Arbeitsplatz absolviert. Anders geht es gar nicht. (Beifall)

Zur Leiharbeit möchte ich auch etwas sagen. Leider haben Sie ja damals diese Ausnahme ermöglicht, dass für die Leiharbeiter selbst Tarifverträge gemacht werden, Herr Scholz, was ich völlig falsch finde. Die französische Regelung ist vernünftiger. Wenn dort ein Unternehmer einen Leiharbeiter bekommt, muss er ihm den gleichen Lohn bezahlen wie dem eigenen, plus zehn Prozent. Das ist eine Lösung. (Beifall)

Ich sage Ihnen, wenn das so bleibt, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter etwa zwei Drittel verdienen, dann werden die weiterhin missbraucht, um die Stammbelegschaft zu Lohnverzichten zu zwingen. Genau das geht nicht. Das ist eine moderne Form von Sklaverei. Weg mit dieser Art von Leiharbeit, kann ich nur sagen. (Beifall)

Heiner Bremer
Meine Damen und Herren, ich sehe, Sie sind noch sehr aktiv dabei. Trotzdem, wir haben bald eindreiviertel Stunden diskutiert, ich hoffe auch so, dass Sie viele Gedanken mitnehmen können in die heimischen Diskussionen. Vielleicht wäre es ganz fair und sinnvoll, wenn wir mit Ihren Fragen aufhörten. Die kreisen auch um Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge.

Axel Weber von der IG Metall sagt: Herr Scholz, wie will die SPD den Missbrauch von Leiharbeit bekämpfen, nachdem sie diesen Missbrauch durch ihre Gesetzgebung erst ermöglicht hat? Und warum sollen wir der SPD überhaupt noch vertrauen? (Leichter Beifall – Widerspruch)

Die zweite Frage von Dieter Wegel, IG BCE: Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss, um den Missbrauch von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen zu verhindern, abgeändert werden. Welche Ansätze gibt es da bei irgendeiner der hier vertretenen Parteien?

Gregor Gysi
Jeder einen Satz dazu!

Heiner Bremer
Einen Satz von Ihnen, das würde ich ja gerne mal erleben; nur einen Satz. Aber einen kurzen, Haupt- und Relativsatz.

Gregor Gysi
Wollen Sie den jetzt hören?

Heiner Bremer
Nein, erst fängt Herr Scholz an, der ist ja ganz böse gefragt worden.

Olaf Scholz
Erstens: Was die befristete Beschäftigung betrifft, ist es furchtbar, wie es sich heute entwickelt hat. Wir hören, dass die Hälfte derjenigen, die neu eingestellt werden, einen befristeten Vertrag bekommen. So war das über Jahrzehnte nicht, und die Wirtschaft Deutschlands ist auch gewachsen, als es anders war. Deshalb muss die Regelung aus dem Jahr 1985 mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz und der sanktionslosen Befristung wieder abgeschafft werden. (Beifall) Ich meine, die Zahlen, die wir heute kennen, sprechen dafür.

Das Zweite ist: Bei der Leiharbeit ist alles schiefgegangen, allerdings nicht nur der SPD, sondern es gab ein großes Bündnis von Staat, von Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, die alle einig waren, dass sie etwas Gutes machen würden und sich alle gemeinsam geirrt haben. Man hat nämlich gedacht: Wie kriegen wir die Leiharbeit aus dem Schmuddelimage? Dann hat man gesagt, wir regeln erstens im Gesetz, dass der Leiharbeitnehmer in dem Betrieb, in dem er tätig ist, den gleichen Lohn verdienen muss wie alle dort Beschäftigten. Wenn das heute jemand hört, der dort arbeitet, fühlt er sich verhöhnt, aber das ist bis heute die Gesetzeslage. Zum Zweiten steht darin: Das gilt dann nicht, wenn in einem Zeitarbeitsunternehmen ein Tarifvertrag existiert. Da es damals gar keine gab, dachten alle, jetzt kommt eine Zeit, in der dadurch die Löhne steigen, zwar nicht so wie bei anderen, aber doch nach vorne, und das wäre ein großer Fortschritt. Und was ist passiert? Da haben irgendwelche Leute mit scheinbaren Arbeitgeberverbänden, die es meistens bis dahin gar nicht gab, und mit Gewerkschaften, von denen man auch noch nicht gehört hatte, Tarifverträge abgeschlossen und da 3,20 Euro und 4,10 Euro reingeschrieben. Das ist ein Missbrauch, der so massiv geworden ist, der selbst für ganz viele in der Branche heute das Einkommen und den Lebensunterhalt bestimmt. Dieser Missbrauch kann nur durch eine grundlegende Revision dieses Gesetzes zurückgedrängt werden. (Leichter Beifall)

Der erste Schritt ist ein Mindestlohn für die Leiharbeit. Der zweite Schritt ist, dass festgelegt wird, dass nach einer bestimmten Zeit immer der Lohn in dem Betrieb zu zahlen ist, in dem man beschäftigt ist, (Beifall) egal, was in dem Tarifvertrag steht. Die dritte Regel sollte sein, dass typisch für die Zeitarbeit die unbefristete Beschäftigung bei dem Zeitarbeitsunternehmen ist und nur der befristete Einsatz in wechselnden Unternehmen. Auch das ist früher Jahrzehntelang gut gegangen. Wenn wir das wieder machen, funktioniert das auch mit der Zeitarbeit als Flexibilitätsinstrument. Leiharbeit als Lohndumping muss in Deutschland aufhören. (Beifall)

Dagmar Engel
Ist damit alles gesagt oder wollen Sie noch etwas dazu sagen?

Karl-Josef Laumann
Einen Satz habe ich ja eben schon gesagt: Die Leiharbeit braucht einen Mindestlohn. Den können wir nach den heutigen Gegebenheiten nur machen, wenn wir die konkurrierenden Tarifverträge in den Griff kriegen.

Dass das bei der Zeitarbeit so schiefgegangen ist, liegt daran, dass wir konkurrierende Tarifverträge bekommen haben, sonst wäre es anders gelaufen. Da haben wir damals alle die Lage nicht richtig eingeschätzt. Im Übrigen: Ich war damals schon Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung im Deutschen Bundestag. Der Protest des DGB gegen das neue Arbeitnehmerüberlassungsgesetz hielt sich sehr in Grenzen. Wir haben damals alle nicht an die konkurrierenden Tarifverträge gedacht.

Dann kommt der nächste Punkt. Ich bin ganz klar der Meinung, dass konzerneigene Zeitarbeit entweder tariflich oder gesetzlich verboten werden muss. Punkt, aus. Das ist, wenn ich das in den Betrieben sehe, in Wahrheit genau der Punkt, wo die Stammbelegschaften ausgewechselt werden, weil konzerneigene Leiharbeit möglich ist. Wenn ich Arbeitsminister in Berlin wäre, würde ich durchsetzen, dass die Arbeitsverwaltung keine Lohnzuschüsse zahlt, wenn sie an Leiharbeitsfirmen vermittelt. (Beifall)

Heiner Bremer
Frau Künast.

Renate Künast
Ich glaube, dass wir beim Thema Leiharbeit alle gar nicht weit auseinander sind. Wir wissen, was im Augenblick damit getrieben wird. Da wird immer ordentlich outgesourct. Das Ganze dient dazu, Löhne zu drücken.

Ich will an die Ausführungen von Olaf Scholz gar nicht großartig noch etwas anhängen, sondern ich würde gerne das Thema befristete Arbeitsverhältnisse, junge Leute und Fachkräftemangel noch einmal ansprechen wollen, das in diesem Dunstkreis für uns ja auch ein Problem ist. Wir erleben, dass wir die Fehlentwicklung bei der Leiharbeit haben, die dann immer mehr befristet wird. Wir erleben, dass diese Koalition jetzt am liebsten die Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse hätte. Das halte ich für einen Fehler, weil wir das, was wir da noch haben, halten sollten.

Ich finde immer noch, dass uns eines fehlt, nämlich der Einstieg in Jobs für junge Menschen. Da hat mir das, was Frau Schavan oder andere bisher vorgelegt haben, überhaupt nicht gereicht. Einfach eine Garantie zu geben, heißt noch nicht, dass diese 240.000 jungen Menschen tatsächlich in einen Job kommen. Ich erwarte, dass dahinter ein wirtschaftliches Konzept

gelegt wird. Wo ist das eigentlich? Wo sind Wirtschaftsbereiche, die sich politisch entwickeln können, in denen ausgebildet wird und junge Leute hineinvermittelt werden? Das ist mir ein wichtiger Punkt. Wir reden immer über die Arbeitsverhältnisse, die schon existieren, und wie wir diese sozial gestalten. Für mich ist auch eine wichtige Frage: Wie bauen wir in der Zukunft Wirtschaftsbereiche auf, in denen neue Jobs entstehen können, in die hinein ausgebildet wird, in denen unbefristete Arbeitsverhältnisse entstehen?

In diesem Zusammenhang ist beispielsweise die Energiefrage, die wir vor anderthalb Stunden angesprochen haben, eine wichtige Frage. Es gibt eine Vielzahl neuer Jobs, für die die Kammern nicht ausbilden und für die wir keine finanziellen Anreizprogramme machen. Wir zahlen massenhaft falsche Subventionen, aber wir zahlen nicht Unterstützungs- und Anreizprogramme dort, wo wirklich unbefristete Jobs entstehen können. Da ist das politische Loch.

Franz-Josef Laumann
Ich will nur sagen: Es gibt eine Bertelsmann-Studie, dass der öffentliche Dienst, was befristete Arbeitsverträge angeht, schlimmer ist als die Privatwirtschaft. Das wollte ich nur einmal sagen.

Heiner Bremer
Herr Gysi hat das Wort. Herr Laumann, diesen einen Satz, der jetzt kommt, sollten Sie genießen.

Gregor Gysi
Weil die anderen so viel gesagt haben, mache ich es mit einem Doppelpunkt. Etwas Selbstkritisches, aber auch Kritisches an die Gewerkschaften: Ich finde, wir haben uns in den letzten Jahren zu viel bieten lassen und wir dürfen uns in den nächsten Jahren nicht wieder so viel bieten lassen! – Danke. (Beifall)

Heiner Bremer
Ein flammendes Schlussplädoyer. – Wir haben Ihre Geduld lange genug, glaube ich, strapaziert. Wir hoffen natürlich, dass Sie auch Spaß an dieser Diskussion hatten, dass sie Ihnen Orientierung gegeben hat, ein bisschen Information und Hinweise, die Sie weiterverwenden können.

Wir wollen abschließen mit dem Statement eines Mannes, den Sie alle kennen und der eigentlich allen nur Hoffnung und Mut macht.

Dagmar Engel
Und bleiben Sie noch ein bisschen da, denn anschließend gibt es die Veranstaltungshinweise.

(Einspieler mit Dieter Hildebrandt)

Heiner Bremer
Dem ist, glaube ich, nichts weiter hinzuzufügen, jedenfalls nicht von uns, auch nicht von dieser Runde. Hinzuzufügen bleibt mir aber, dass es jetzt ein gemeinsames Abendessen gibt. Diese Nachricht hört sicher jeder ganz gerne. Nach zwei Stunden Diskussion ist ja Nüchternheit doch nicht unbedingt der beste Ratgeber. Danach gibt es die unterhaltsamen Parteiabende.

Wir wünschen Ihnen weiterhin einen sehr schönen Abend und einen sehr aufschlussreichen und interessanten Verlauf dieses 19. Parlaments der Arbeit.

Dagmar Engel
Vielen Dank. (Beifall)

(Ende des 3. Kongresstages: 19.16 Uhr)

•

Tagesprotokoll des 19. DGB-Bundeskongresses
Textdokumentation: Stenografenteam Josef Hrycyk, Hamburg